

# POLITISCHE STUDIEN 484

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

70. Jahrgang | März-April 2019 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

## ENTSCHEIDUNG FÜR EUROPA

Mit Beiträgen von

Philip Bednarczyk | Daniel Göler | Wolfgang Klein | Robert Lohmann  
Gisela Müller-Brandeck-Bocquet | Manfred Weber



/// RUPERT GRÜBL im Zeitgespräch: Wissen tut Not

/// RICHARD LOIBL Von der Lederhose zum Laptop

/// ANDREA ROTTER 70 Jahre NATO

[www.hss.de](http://www.hss.de)



„Es gilt, für die Menschen ein **GREIFBARES** Europa zu schaffen.“

## EUROPA WÄHLEN

Die Wahl zum 9. Europäischen Parlament ist sowohl eine Zäsur als auch eine Neuorientierung. Wir führen die erste Wahl zum einzigen direkt vom Volk bestimmten Organ der Europäischen Union durch, an der weniger Mitgliedsstaaten teilnehmen als bei der vorangegangenen Wahl. Das ist ein Novum in der Geschichte unseres Staatenverbunds, das keine bloße Verkleinerung der europäischen Legislative von 751 auf 705 Abgeordnete bedeutet. Mit dem für den 29. März vorgesehenen Austritt Großbritanniens wird sich nicht nur das Stimmgewicht im Parlament neu verteilen, sondern auch innerhalb unserer Union und ihrer Agenda.

Am 26. Mai 2019 wird es mittels klarer Mehrheiten und hoher Wahlbeteiligung entscheidend werden, für Europa ein klares und demokratisch erwirktes Mandat zu bekommen. Ziel der vor uns liegenden politischen Auseinandersetzung wird es sein, nicht darüber zu diskutieren, ob wir Europa wollen, sondern welches Europa wir uns vorstellen. Das ist ein klarer Kontrast zu den populistischen Kräften von links wie rechts, welche ihre Kritik und Angriffe weniger auf die Richtung als vielmehr auf das Fundament von Europa ansetzen. Es gilt, für die Menschen ein greifbares Europa zu schaffen, mit einer nachvollziehbaren und effektiven Arbeitsteilung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Wir brauchen ein Europa, das fördert und schützt, aber auch Raum zur Eigenverantwortung kultiviert.

Über Europa zu informieren, wird nun bis zur Stimmabgabe im Mittelpunkt stehen. Was Europa ist und welche Errungenschaften damit einhergehen. Aber auch, welche Perspektiven Europa bietet, welche Werte verbinden und welche Konflikte gemeinsam zu lösen sind. Mit diesen Politischen Studien sensibilisiert, informiert und moderiert die Hanns-Seidel-Stiftung diesen Diskurs, um eine Entscheidung für Europa mit gutem (Ge-)wissen zu fällen.

**Markus Ferber, MdEP**  
ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Stv. Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.



10

# INHALT



50



19

## IM FOKUS

- 06 EUROPA HAT DIE WAHL**  
Einführung  
**LISA HAFNER**
- 10 WAS EUROPA JETZT BRAUCHT**  
Für ein bürgerliches Europa  
**MANFRED WEBER**
- 19 WAS HAT DAS TANDEM NEUES ZU BIETEN?**  
Deutschland und Frankreich im Dienste Europas  
**GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET**



37

- 28 WEGMARKE DER INTEGRATION**  
Europawahl 2019 – Ein Überblick über die größten Herausforderungen  
**DANIEL GÖLER / ROBERT LOHMANN**
- 37 ... WEN INTERESSIERT DAS?**  
Die Europawahl aus amerikanischer Sicht  
**PHILIP BEDNARCZYK**

## 41 EUROPA? – WIR!

Kunst, Kultur und Städtepartnerschaften als Motor für Europa  
**WOLFGANG KLEIN**

## POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

### 46 WISSEN TUT NOT

Politische Bildung in digitalen Zeiten  
**RUPERT GRÜBL**

## ANALYSEN

### 50 VON DER LEDERHOSE ZUM LAPTOP – BAYERNS WEG IN DIE MODERNE

Große Eröffnung: Das Museum der Bayerischen Geschichte  
**RICHARD LOIBL**

### 63 70 JAHRE NATO

Ein altes Bündnis vor neuen Herausforderungen  
**ANDREA ROTTER**

## AKTUELLES BUCH

- 74 AUS DER GESCHICHTE LERNEN ...**  
Zeitzeugen der Weimarer Republik erinnern sich  
**BARBARA FÜRNBETH**

## RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 77 REZENSIONEN**
- 92 ANKÜNDIGUNGEN**
- 94 IMPRESSUM**



/// Einführung

## EUROPA HAT DIE WAHL

**LISA HAFNER** /// Dieses Jahr im Mai wählt Europa zum neunten Mal, genau 40 Jahre nach der allerersten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Angesichts der steigenden Popularität nationalistischer und europhober Parteien könnte diese Abstimmung eine Zäsur in der Geschichte der Europäischen Integration markieren.

Kaum einer spricht dieser Tage von einer Jubiläumswahl im Jahr 2019. Das mag daran liegen, dass überzeugte Anhänger der Europäischen Union die Abstimmung eher mit Unbehagen erwarten. Aktuelle Umfragen zufolge werden die großen Volksparteien erstmals in der Geschichte ihre absolute Mehrheit verlieren,

gleichzeitig dürfen populistische Kräfte an den Rändern wohl mit starken Gewinnen rechnen. Die Mitte des Spektrums leidet dabei nicht nur generell an einer krankenden Sozialdemokratie, sondern verliert mit der britischen Labourpartei auch nominell eine der traditionell stärksten sozialdemokratischen Kräfte. Die größten Gewinner sitzen dann – trotz Wegfall der UKIP – wohl rechts außen, wo bereits vorab über eine starke gemeinsame Fraktion der rechtspopulistischen Akteure spekuliert wird.

Diese veränderten Verhältnisse werden die Mehrheitsfindung im Parlament unter Umständen erschweren, im schlimmsten Fall gar blockieren. Denn

**ÜBERZEUGTE** Anhänger der EU erwarten die Wahl eher mit Unbehagen.

problematisch sind die antieuropäischen Protestparteien deshalb, weil es einigen von ihnen schon lange nicht mehr um das „Wie“ der Europäischen Integration geht, sondern das europäische Projekt mittlerweile per se zur Disposition steht. „Populisten stellen oft die richtigen Fragen, geben aber die falschen Antworten“, sagt der niederländische Populismusforscher Cas Mudde. Beseelt von dem Wunsch, im Strudel unserer sich globalisierenden Welt Halt zu finden, die Kontrolle wieder zu übernehmen, einfache Lösungen für immer komplexere Probleme zu finden, beantworten Populisten auf ihre Weise die drängenden Fragen, die der Wandel unserer Zeit aufgeworfen hat: links die Soziale Frage, rechts die Frage der Identität.

Die Kommission hat Handlungsbedarf identifiziert und mit dem Weißbuch vom März 2017 einige Optionen vorgelegt, wie die Gemeinschaftspolitik zukünftig gestaltet werden kann. Mehr noch als technokratische Optimierungen braucht es jedoch vor allem eine klare Vision über die Zukunft der Union und eine neue Erzählung für die Ge-

meinschaft. In diesem Sinne möchte die vorliegende Ausgabe der Politischen Studien die Europawahl zum Anlass nehmen, um die Zukunft Europas aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten.

Manfred Weber, der Spitzenkandidat der EVP, möchte mit seiner Vision von einem bürgerlichen Europa überzeugen, indem er „Europa zurück zu

**Der Spitzenkandidat MANFRED WEBER setzt auf europäische Identität und die Stärke der Gemeinschaft.**

den Menschen“ bringt und gleichzeitig beweist, dass sich Heimatverbundenheit und europäische Identität nicht gegenseitig ausschließen. In seinem Beitrag skizziert er seine Ideen für die Europäische Union als Antwort auf die Her-

ausforderungen des 21. Jahrhunderts. Angesichts globaler Gefahren und Probleme setzt er auf eine starke europäische Gemeinschaft und damit ein klares Zeichen gegen destruktive nationalistische Tendenzen.

Für die Würzburger Professorin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet kommt derzeit ein positiver Impuls für Europas Zukunft aus Frankreich und Deutschland. Die beiden Länder gelten seit jeher als der Motor der Europäischen Integration, weil sie als „pro-integratives Kraftzentrum“ mit ihren Initiativen die Weiterentwicklung des europäischen Projekts anstoßen. Kann der hier skizzierte deutsch-französische Aufruf für das Leitbild von einem souveränen Europa der Union zukunftsweisende Impulse geben?

Einen Einblick in die möglichen Auswirkungen der Europawahl auf die weitere Entwicklung der Europäischen Integration bieten Professor Daniel Göler und der Wissenschaftliche Mitarbeiter Robert Lohmann von der Universität Passau in einem Beitrag, der sich wesentlich mit den drei Gesichtspunkten Parlamentarisierung des europäischen Regierungssystems, der zunehmenden Politisierung europapolitischer Themen und der Polarisierung zwischen pro- und antieuropäischen Kräften auseinandersetzt.

Inwieweit eine solche Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern der EU das aktuell bereits angespannte transatlantische Verhältnis zwischen den USA und Europa noch weiter belasten könnte, erläutert der US-amerikanische Gastwissenschaftler der Robert-Bosch-Stiftung an der Universität Passau, Philip Bednarczyk.

Dieser Sorge um die transatlantischen Beziehungen schließt sich der dar-

stellende Künstler Wolfgang Klein mit einem allgemeinen Plädoyer für die Völkerverständigung in Europa an, welche Künstler als Vermittler zwischen den Kulturen aktiv gestalten können.

Allzu selbstverständlich erscheint uns heutzutage, in einer Gesellschaft, in der die Stimmen der Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges langsam aber sicher verstummen, diese friedliche Völkerverständigung im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Projektes. Dass aber der Frieden in Europa kein Selbstläufer ist, lässt sich dieser Tage dort erahnen, wo xenophobe oder antisemitische Ressentiments geschürt werden – bezeichnenderweise ist jüngst das Konterfei Simone Veils in Paris neonazistischen Vandalen zum Opfer gefallen.

**Der Frieden in Europa ist KEIN Selbstläufer.**

Es gibt zwei mögliche Szenarien zum Ausgang der Wahlen. Das pessimistische wurde eingangs beschrieben. Die optimistische Perspektive geht von der Annahme aus, dass durch die reale Gefährdung des europäischen Projekts, insbesondere in den Wirren des Brexit, die Attraktivität antieuropäischer Parteien abnimmt und gleichzeitig die pro-europäischen Kräfte verstärkt zur Wahl mobilisieren können. Die Tage vom 23. bis 26. Mai werden zeigen, welches Szenario sich bewahrheitet. Eine Gewissheit gibt es schon jetzt und wird auch

unabhängig davon relevant bleiben: Europa braucht Reformen, aber vor allem ein tragfähiges Gemeinschaftsprojekt für die Zukunft. Die Union muss für die Fragen des 21. Jahrhunderts überzeugende Lösungen finden, bevor Nationalisten die falschen Antworten geben. ///



/// LISA HAFNER

ist Referentin für Europäische Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Für ein bürgerliches Europa

## WAS EUROPA JETZT BRAUCHT

**MANFRED WEBER** /// Die kommende Europawahl am 26. Mai wird über die Zukunft und Richtung unseres Kontinents entscheiden. Erstarken Nationalismus sowie linker und rechter Populismus oder sagen wir Ja zu einem Europa, das lernt, sich weiterentwickelt und sich an der Frage orientiert, was die Menschen von Europa erwarten? Mein Ziel ist ein bürgerliches Europa.

### Europa am Scheideweg

Europa steht am Scheideweg. Wir leben in einer Welt mit dramatischen Veränderungen. Diskontinuität und Disruptionen bilden die Konstanten im 21. Jahrhundert. Die Beschleunigung und Entgrenzung setzen bewährte Konzepte und scheinbare Gewissheiten unter Druck. Zentrale Katalysatoren für diesen Prozess bilden Globalisierung, Digitalisierung und die totale Veränderung der Kommunikation. Die heutige Welt ist enorm beschleunigt und bestimmt durch mediale Aufmerksamkeitszyklen. All das erfordert Antworten, weil bewährte Strukturen und ordnende Prinzipien für unsere Gesellschaft verloren gehen. Diese Fliehkräfte wirken auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verunsichern Menschen. Sie sind auf der Suche nach Antworten. In diese Lücke stoßen die Populisten, Verschwörungstheorien, Fake News und veraltete politische Konzepte. Die einfache Antwort

ist die neue politische Logik und dient so der Bewältigung der scheinbar komplexen und aus den Fugen geratenen

**Globalisierung und Digitalisierung verändern und VERUNSICHERN die Gesellschaft.**

Welt. Populisten und Nationalisten nutzen diese Entwicklungen, um Europa von innen zu bedrohen und die Grundlagen der europäischen Partnerschaft zu hinterfragen.

All das verdeutlicht, unter welchen fordernden Bedingungen Politik gestalten muss. Es ist sogar noch grundsätzlicher: Politik muss zeigen und beweisen,



**Die Europawahl ist richtungsweisend. Nur wer mitmacht, kann auch mitbestimmen, wohin es gehen soll.**

dass sie überhaupt noch gestalten will und kann. Sie muss Antworten auf globale und transnationale Phänomene liefern, deren konkrete Auswirkung im Alltag der Menschen zu spüren ist, Antworten auf Krisen und Konflikte, Klimawandel, Flucht und Migration, Globalisierung und Digitalisierung. Unsere Antwort ist eine bürgerliche. Unsere Antwort ist eine europäische. Unsere Antwort ist ein bürgerliches Europa.

### Europa wird herausgefordert

Europa ist gefordert. Politische Phänomene und Akteure wirken mittelbar und unmittelbar von außen auf die Europäische Union. Die Liste an Herausforderungen, die von außen wirken, ist lang. Vier zentrale Herausforderungen

möchte ich beispielhaft aufgreifen: die Entwicklung Afrikas, der Klimawandel, die Zukunft des Handels und der Weltwirtschaft sowie die internationale Sicherheitsarchitektur.

Europas Entwicklung ist unmittelbar an die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent gebunden. Bevölkerungsexplosion, wirtschaftliche Prosperität, klimatische Veränderungen und Konflikte beeinflussen das Migrationsgeschehen in Afrika und darüber hinaus. Andere Akteure in der Welt engagieren sich mit enormen Investitionen auf dem Kontinent und bauen so Strukturen und Bindungen auf. Europa muss sich für den Chancenkontinent Afrika mit einem Marshall-Plan für Afrika engagieren, einem viel breiter aufgestellten

Ansatz als heute. Perspektiven schaffen, Lebensbedingungen verbessern und langfristige Stabilität sichern – gemeinsam mit Afrika in Form einer modernen, nachhaltigen und wohlfördernden Partnerschaft, die selbständiges Wirtschaften und Good Governance-Prinzipien beachtet. Denn eines ist klar: Wenn es unserem Nachbarkontinent Afrika nicht gut geht, kann es auch uns Europäern dauerhaft nicht gut gehen.

Am Kontinent Afrika sehen wir schon heute die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen des Klimawandels. Uns bleibt gar keine Alternative, als ihm entschlossen entgegenzutreten und ihn versuchen einzudämmen, weil sich sonst die Probleme Afrikas potenzieren und wir das unmittelbar spüren werden. Der Klimawandel ist aber auch für die Menschen auf unserem europäischen Kontinent erfahrbar.

### **Europa muss sich intensiver in AFRIKA engagieren.**

Ob in Spanien oder in Unterfranken, die Menschen erkennen, dass wir vor großen Aufgaben stehen. Wer, wenn nicht Europa, kann dem globalen Phänomen begegnen? Das gilt in zweifacher Hinsicht: Zum einen wird hier deutlich, dass kein Staat alleine dem Klimawandel wirkungsvoll entgegenzutreten kann. Hierzu braucht es ein starkes Bündnis. Zum anderen kann und muss Europa beispielhaft für die Welt vorangehen

und Zeichen setzen für entschiedenen Klimaschutz. Bisher stehen wir beim Klimaschutz an der Spitze. Dies muss so bleiben.

Die dritte zentrale Herausforderung ist der Erhalt der Innovations- und Wirtschaftskraft Europas. Aktuell sehen wir für die Weltkonjunktur trübere Zeiten aufziehen. Handelskonflikte, Verschuldungsspiralen und der Abschied einzelner Akteure vom Prinzip des Multilateralismus werfen ihren Schatten voraus. Für die globale Wirtschaftsentwicklung spielt Europa allein schon auf Grund seiner Marktgröße eine bedeutsame Rolle. Aber auch für unsere eigene Prosperität ist es wichtig, Weichen zu stellen und Innovationen zu ermöglichen. Der Faktor als globale Wirtschaftsmacht ist damit Verantwortung und Auftrag zugleich, der Europa gerecht werden muss. Deshalb stehen wir zum Welthandel, zu neuen und fairen Handelsverträgen. Wenn andere sich abschotten, müssen wir Europäer Brücken bauen.

Am deutlichsten wird der äußere Druck, der auf Europa wirkt, wenn man die internationale Sicherheitslage betrachtet. Die Krisen sind bis an die Grenzen Europas herangerückt. Am augenscheinlichsten waren dabei in den vergangenen Jahren der Konflikt in der Ostukraine und das dramatische Kriegsgeschehen in Syrien, die wir mit Migrationswellen im Osten, die kaum von uns wahrgenommen wurden, und im Süden, die unsere Gesellschaft immens bewegen, direkt spüren. Nicht nur die physisch nahen Konflikte fordern Europa, die Sicherheitsagenda ist umfassend: von der Sicherung der EU-Außengrenzen über Hackerangriffe, transnational organisierte Kriminalität, internationalen Terrorismus, Propagan-

da-Kriege im Netz bis hin zu humanitärem Engagement, das Menschenleben schützt, und einer dringend notwendigen Stärkung der Verteidigungsunion in der EU aufgrund der auch wachsenden militärischen Bedrohung. Sicherheit im Innern der EU sowie übergreifend zu gewährleisten, ist eine Schicksalsfrage der Gemeinschaft. Wir erkennen mehr und mehr, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen müssen.

### **EUROPA muss selber handeln.**

Aber auch innere Faktoren fordern Europa. So waren die vergangenen Jahre geprägt vom Krisenmodus. Vor über 10 Jahren begann eine internationale Finanzkrise, die die Euro-Krise entzündete. Die letzten Jahre wurden von einer Migrationskrise geprägt, die die europäische Gemeinschaft und die Gesellschaften durchgerüttelt hat. Beide Krisen haben Spuren hinterlassen. Populisten und Nationalisten versuchten, Konfliktlinien zwischen oben und unten, Heimischen und Fremden sowie Ost-West-Süd-Nord zu politisieren und für sich selbst zu nutzen.

Linke Kräfte versuchen, die EU umzubauen. Sie stehen für ein Europa der Vergangenheit und der Umverteilung, das Leistung hemmt. Es ist auch ein Europa, das die wirtschaftlichen Chancen verspielt und an den Finanzmärkten ins Straucheln gerät. Ein Europa, das seine Bürger bevormundet, statt Freiheit zu fördern und bürgernah zu agieren.

Kurzum: Linke Kräfte wollen ein anderes Europa. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums stehen rechte Populisten und Nationalisten. Sie wollen Europa spalten und zerstören. Überall wächst dieser Nationalismus, der Europa im Kern ablehnt. Le Pen, Wilders und Co. verwerfen Europa. Ihre Botschaft ist ein egoistischer und zerstörerischer Nationalismus. Ihre Botschaft ist das Ende Europas.

### **Wir brauchen Europa – Europa braucht uns**

Nimmt man die äußeren wie inneren Herausforderungen Europas zusammen und blickt auf die kommenden Monate, so wird deutlich: Wir brauchen Europa und Europa braucht uns. Mit den Europawahlen am 26. Mai 2019 steht Europa am Scheideweg seiner künftigen Entwicklung und Fähigkeiten. In welchem Europa könnten wir am 27. Mai, dem Tag nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, aufwachen? In einem Europa mit gespaltenem Parlament mit starken linken und rechten radikalen Kräften oder mit einem Parlament, in dessen Mitte Personen sitzen, die das Parlament und wenn nicht gar die EU als solche abschaffen wollen. Ein Parlament, das sich durch die starke Polarisierung in der Mehrheitsfindung lahmlegt. Vor uns stünden dann fünf Jahre der Unentschlossenheit, der Lähmung, der Zerrissenheit und der erstarkten Nationalismen. Möglich sind Stillstand, Handlungsunfähigkeit nach innen und nach außen sowie die Unfähigkeit, Herausforderungen und Chancen zu bearbeiten.

Noch schlimmer wären offener Streit und Zerrissenheit, die dritte Akteure auf Kosten der Gemeinschaft nutzen könnten. Was all das für Wohlstand, Sicherheit und unser politisches System

bedeuten würde, mag man nur erahnen. Diese Szenarien sind keine Fiktion, sondern könnten vor einem bedrohlichen Hintergrund von eskalierenden internationalen Handelsstreitigkeiten, dem Abbau von Sicherheitsstrukturen wie etwa der Beendigung des INF-Vertrags, dem Brexit, dem verlangsamten Weltwirtschaftswachstum, Krisen und Kriegen in der Welt sowie den beschriebenen Mega-Trends Realität werden. An eine konstruktive Bearbeitung dieser Themen oder gar der Nutzbarmachung von Chancen wäre nicht zu denken.

**Es braucht ein HANDLUNGSFÄHIGES und starkes europäisches Parlament.**

Wir brauchen eine europäische Antwort – wir brauchen Europa! Dies sei all jenen gesagt, die von links wie von rechts an den Grundfesten Europas rütteln wollen. Wer glaubt denn heute noch, Klimawandel, transnational agierende Unternehmen, Finanzströme und Migration alleine lösen zu können. Wer heute noch oder erneut glaubt, dass unilaterale Handlungen der zielführende Weg sind, hat weder den Weg noch das Ziel begriffen und ist geschichtsvergesen. Wir stehen für Partnerschaft, Kompromiss und Zusammenhalt.

#### **Unser Europa**

Wie sieht die Antwort der Union aus? Welches Europa wollen wir, um etwas in diesem Richtungsstreit entgegenzusetzen?

#### **Unser Europa schützt seine Werte**

Unser Europa ist eine Union der Werte. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, Soziale Marktwirtschaft, die Gleichheit von Mann und Frau und unsere europäische Leitkultur mit ihren christlich-jüdischen Werten gehören genauso wie Aufklärung und Humanismus zu unserem Europa, das Werte schützt. Das ist unser „European Way of Life“. Auch das Vereinigte Königreich ist Teil dieser einzigartigen Wertegemeinschaft. Wir wollen Großbritannien deshalb eng an die EU angebunden halten. Gleichzeitig müssen wir Europas Grenzen definieren. Mit uns wird es keinen Türkei-Beitritt geben. Die EU-Beitrittsgespräche müssen beendet und in Partnerschaftsgespräche überführt werden. Europa muss den Zusammenhalt der Gemeinschaft von Staaten sichern und gesellschaftliche Spaltungen überwinden. Unser Europa sucht den Dialog und führt zusammen, wo andere spalten. Europa muss entschlossen für seine, für unsere Werte, eintreten, im Inneren wie nach außen. Die Grundprinzipien der EU sind für uns nicht verhandelbar.

#### **Unser Europa übernimmt Verantwortung in der Welt**

Die Herausforderungen sind groß. Aufstrebende Mächte wie China, Indien, weitere asiatische Länder und Russland sowie die Veränderungen in der Politik der USA fordern uns heraus. Die Antwort kann nur ein starkes Europa sein. Wir müssen unser Schicksal selbst und selbstbewusst in die Hand nehmen. Das ist keine Abkehr von alten Bündnissen und Partnern, sondern eine Ergänzung und notwendige Selbstbehauptung der Werte unserer Bündnisse. Wir wollen, dass Europa seine globale Verantwor-

tung in der Konfliktbearbeitung, der Krisenprävention, im Klimaschutz, in der Entwicklungszusammenarbeit oder in der Förderung des internationalen Handels auf Grundlage unserer Werte wahrnimmt. Dazu brauchen wir ein handlungsfähiges Europa und dafür ist eine ambitionierte außenpolitische Agenda notwendig.

**Europa will sich als Weltmacht der WERTE präsentieren.**

Heute blockieren sich die EU-Staaten zu häufig selbst. Im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik wollen wir deshalb das Einstimmigkeitsprinzip hinter uns lassen. Gleichzeitig stehen wir für ein außenpolitisch starkes Europa, das Aggressoren in die Schranken weist und sich nicht erpressbar macht. Daher setzen wir uns für eine europäische Energieunion ein. Wir stehen zur Verlängerung der Russlandsanktionen, bis die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt sind. Unsere wertegeleitete Außenpolitik und unser Einsatz für multilaterale Lösungen sind weltweit einzigartig. Europa muss seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen. Wir wollen uns als Weltmacht der Werte präsentieren.

#### **Unser Europa ist eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft**

Unser Europa muss sich im Notfall auch selbst verteidigen können. Dies trägt zur Stabilität von Nachbarn und

Partnern bei und sichert die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur. Damit wir angesichts neuer Bedrohungen auch im 21. Jahrhundert in der Lage sind, uns zu verteidigen, wollen wir die Idee gemeinsamer Europäischer Streitkräfte konkret angehen. Als ersten Schritt auf diesem Weg wollen wir in den kommenden zwei Jahren eine EU-Cyber-Einheit aufbauen, um Cyberattacken, Terrorismus und Desinformation erfolgreich abwehren zu können. Militärische Fähigkeiten müssen gemeinsam geplant, beschafft und bereitgestellt werden. Dies bedeutet die Bündelung der Rüstungsbeschaffungen und in Zukunftsbereichen wie der Drohnentechnologie gemeinsame Forschung und Entwicklung. Unser Europa wird so gemeinsam verteidigungsfähig werden.

#### **Unser Europa schützt seine Bürger**

Unser Europa tut alles Menschenmögliche, um die Bürger zu schützen. Das ist der Kernauftrag Europas. Herausforderungen wie transnational organisierte Kriminalität, Menschenhandel, Cyberkriminalität oder Drogenhandel müssen europäisch angepackt werden. Gleichzeitig gilt es, Erfahrungen des hohen bayerischen Sicherheitsniveaus in andere europäische Regionen zu übertragen. Davon würden alle profitieren. Das bayerische Erfolgsmodell der Schleierfahndung etwa kann Vorreiter sein. Zusätzliche Sicherheit schaffen wir mit einem

**Der SCHUTZ der Bürger ist hoch und gewährleistet.**



verpflichtenden europaweiten Informationsaustausch, einer systematischen Datenerfassung durch alle EU-Staaten, dem Aufbau einer europaweiten Gefährderdatei und dem Ausbau von Europol zu einer Art europäischen „FBI“. Unser Europa schützt seine Bürger und schafft so die Voraussetzung für Freiheit, friedliches Zusammenleben und Vertrauen in Europa.

### Unser Europa kontrolliert seine Grenzen

Bedrohungen machen nicht an Grenzen halt. Die Sicherheit beginnt deshalb an der EU-Außengrenze. Unser Europa kontrolliert seine Grenzen und geht entschlossen gegen illegale Migration vor. Wir müssen wissen, wer sich bei uns aufhält. Es muss die Entscheidung der staatlichen Strukturen sein, wer zu uns kommen kann und wer nicht. Dazu braucht es die Verbesserung des Außengrenzschatzes und den Ausbau von Frontex zu einer echten Grenz- und Küstenwache mit mindestens 10.000 zusätzlichen Grenzschützern. Wir wollen sogenannte Hotspots in Nordafrika einrichten, die die Kooperation mit Drittstaaten nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens ausbauen und nicht bleiberechtigte Personen konsequent rückführen. Im Kern müssen die Schleuser bekämpft und illegale Migration möglichst bereits an der Außengrenze gestoppt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, das EU-weite Asyl- und Flüchtlingsrecht weiterzuentwickeln und die Harmonisierung der Aufnahme- und Leistungsstandards in den EU-Staaten voranzutreiben. Wir wissen, dass wir uns stärker in Afrika engagieren müssen, beispielsweise mit einem Marshall-Plan für unseren Nachbarkontinent. Wenn es Afrika nicht gut

geht, kann es Europa auch nicht dauerhaft gut gehen. Unser Europa sorgt für sichere Außengrenzen und sichert Freiheit im Inneren.

### Unser Europa hält unsere Währung stabil

Die Finanz- und Schuldenkrise hat die Eurozone in eine schwierige Situation gebracht. Nur mit großen Anstrengungen hat die EU diese Krise überwunden und ist dann wieder auf den Erfolgs- und Wachstumspfad zurückgekehrt. Es ist klar: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Fundament der gemeinsamen Währung. Unser Europa respektiert Beschlossenes und gemeinsame Regeln. Der Stabilitätspakt muss eingehalten werden. Damit verhindern wir auch für die Zukunft eine Transfer- und Schuldenunion. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir ab. Eurobonds, wie seit langem von Sozialdemokraten, Linken und Grünen gefordert, wird es in unserem Europa ebenso wenig geben. Wir lehnen einen europäischen Finanzminister oder eine europäische Arbeitslosenversicherung ab. Richtig und notwendig ist die

**Es darf KEINE europäische Schuldenunion geben.**

Schaffung eines Europäischen Währungsfonds, damit die Finanzstabilität unseres Europas nicht vom Wohlergehen anderer Wirtschaftsmächte abhängig ist. Das Bargeld muss bestehen blei-

ben. Unser Europa ist eine Stabilitäts- und keine Schuldenunion.

### Unser Europa sorgt für ein gutes Leben

Unser Europa ist der Garant dafür, dass unsere Gesellschaft freiheitlich bleibt, zusammenhält, die Soziale Marktwirtschaft ihr Wohlstandsversprechen einlösen kann und Stabilität und Frieden in der Welt gefördert werden. Um Innovationen und Wohlstand zu befördern, werden wir den europäischen Binnenmarkt stärken und insbesondere auch den digitalen Binnenmarkt vollenden. Mit einer klugen Handelspolitik schützen wir unsere Exportindustrie sowie die Gesundheit der Menschen, Umwelt, Klima, Sozialstandards und Arbeitsplätze in Europa und der Welt. Ein fairer Welthandel ist Grundlage für wachsenden Wohlstand. Wir werden den freien und fairen Handel deshalb vorantreiben, indem wir ausgehandelte Handelsverträge ratifizieren (etwa mit Kanada und Japan), die neuen Abkommen mit Singapur, Vietnam und den Mercosur-Staaten zum Abschluss bringen und einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA starten. Der Ausverkauf unserer europäischen Schlüsseltechnologien muss gestoppt werden.

Aber Europa kann noch viel mehr. Gemeinsam können wir das Leben der Menschen besser machen. Mit einem europäischen Masterplan wollen wir Forschungskapazitäten und -ressourcen bündeln und ausweiten, um Krebs und Alzheimer zumindest zu beherrschen. Das europäische Gemeinschaftsprojekt, ein neuer „Airbus“ des 21. Jahrhunderts ist eine europäische Digitalplattform für smarte Anwendungen und künstliche Intelligenz. So sichert unser Europa ein gutes Leben für unsere Bürger.

### Unser Europa begeistert die Jugend

Europas Zukunft ist die Jugend und wir gewinnen die Jugend für Europa. Ohne sie würden wir die Zukunft verspielen. Dafür werden wir das ErasmusPlus-Programm ausbauen und besonders Lehrlinge, Auszubildende und Menschen ohne Hochschulabschluss motivieren, einen europäischen Auslandsaufenthalt zu erleben. Wir wollen das DiscoverEU-Interrail-Programm deutlich ausweiten, damit jeder 18-jährige Europäer die Vielfalt unseres Kontinents erleben kann, indem er mit dem Zug Europa bereist. Unser Europa verbindet Menschen durch verstärkten Jugend- und Bildungsaustausch, gemeinsame Kulturereignisse und Erlebnisse.

**Wir brauchen die JUGEND.**

### Unser Europa lebt von starken Nationalstaaten und Regionen

Europa kann nur erfolgreich sein, wenn es breit getragen wird. Es ist vor allem ein Projekt der Nationalstaaten und der starken Regionen. Der Grundsatz der Subsidiarität sichert Bürgernähe, Leistungsfähigkeit und Vielfalt. Eine Aufgabe soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn eine untere sie nicht ebenso oder gar besser erledigen kann. Wir wollen durch eine verstärkte Zusammenarbeit die Rolle der Regionen in Europa weiter stärken. Die Regionen und ihre Belange brauchen in Brüssel mehr Gewicht. Denn unser Europa, das sind nicht „die da oben“ in

Brüssel und in Straßburg, unser Europa ist nicht abstrakt. Teils lebensferne Regelungen müssen der Vergangenheit angehören. Mir ist bewusst, dass der Abbau von Bürokratie ein hehres Ziel ist. Deshalb will ich es konkret machen: Ich möchte einen Systemcheck durchführen, welche Aufgaben besser auf EU-Ebene und welche sinnvoller auf Bundes- und Länderebene angesiedelt werden.

Unser Europa ist näher bei den Menschen und stärkt die Handlungsfähigkeit aller Ebenen. Wir stärken insbesondere auch die ländlichen Räume Europas und unterstützen eine europäische Regional- und Agrarpolitik, die kleinstrukturierte ländliche Räume fördert und die finanzielle Unterstützung in gleichbleibender Höhe und Verteilung für unsere Landwirtschaft sichert. In der Vielfalt der Regionen liegt die Stärke Europas. Alle Regionen machen die Identität und die Leistungsfähigkeit des gesamten Kontinents aus. Unser Europa lässt mehr Regionalität und Freiräume zu.

### Unser Europa hört auf die Menschen und ist bürgernah

Ich will Europa den Menschen zurückgeben. Aus Sicht der Menschen ist eine zu große Distanz zwischen der EU und ihnen entstanden. Das darf so nicht bleiben, sonst wird die EU scheitern. Europas Demokratie muss auf allen Ebenen eine parlamentarische Demokratie sein, wenn sie den Rückhalt der Menschen behalten will. Die Bürger müssen in den Wahlen die Zukunft unseres Kontinents bestimmen, nicht irgendwelche Diplomaten in den Hinterzimmern. Grundvoraussetzung dafür ist die Stärkung des Europäischen Parlaments als Volksvertretung, etwa durch ein legislatives Initiativrecht oder stärkere Kontrollrechte gegenüber der Kommission. Die natio-

Wir müssen wieder **BÜRGERNÄHER** werden.

nalen Parlamente müssen über eine ausgebauten Subsidiaritätsrüge deutlich in ihrer Kontrollfunktion gestärkt werden. Unser Europa ist ein Europa aller Bürger, nicht der Eliten.

### Die Richtungsentscheidung

Die Europawahl ist also keine Nebenwahl. Sie entscheidet über Europas Zukunft, ob das partnerschaftliche Zusammenwirken und ob die große Idee von Christdemokraten wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Franz Josef Strauß oder Helmut Kohl eine Zukunft hat. Wir als CSU und CDU stehen für ein Europa der Mitte, ein Europa der Menschen und ein Europa der Zukunft, handlungsfähig und ambitioniert. Ich will Europa den Menschen zurückgeben und ein neues Kapitel für Europa aufschlagen. ///



/// **MANFRED WEBER** MdEP

ist Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament und Stellvertreter CSU-Parteivorsitzender, Brüssel/München. Er führt EVP, CSU und CDU als Spitzenkandidat in die Europawahl.

/// Deutschland und Frankreich im Dienste Europas

## WAS HAT DAS TANDEM NEUES ZU BIETEN?

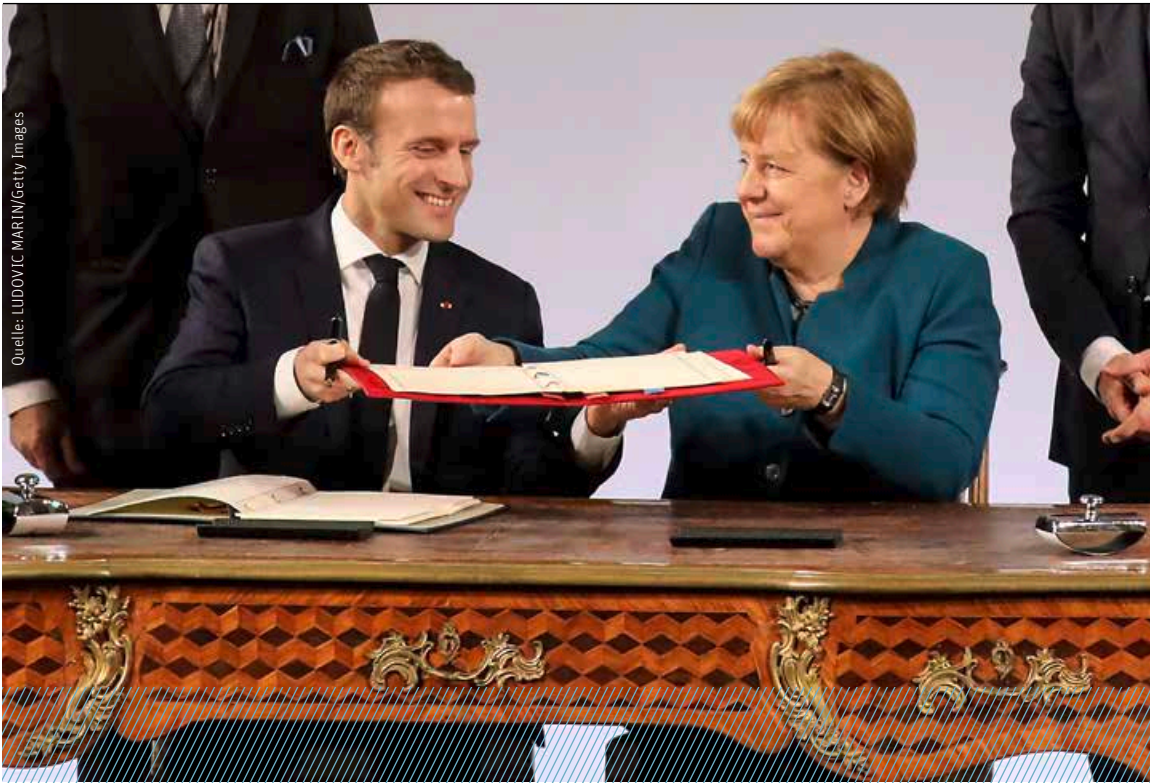
**GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET** /// Deutschland und Frankreich spielen seit Jahrzehnten im europäischen Integrationsprozess eine besonders verantwortungsvolle Rolle. Wie üben sie diese aus? Das Tandem hat nun ein neues Leitbild entworfen, das der EU dabei helfen kann, sich in einer Welt im Umbruch zu behaupten.

### Der „Motor für Europa“<sup>1</sup>

Seit Mitte der 1970er-Jahre gelten die deutsch-französischen Beziehungen als „Motor für Europa“ bzw. als „Motor der Integration“. Damit wird dem deutsch-französischen Bilateralismus die Fähigkeit und die Verantwortung zuerkannt, dem europäischen Einigungsprozess als Kraftzentrum zu dienen. Beide Staaten erarbeiten gemeinsame Ideen und Initiativen, die dem komplexen und schwierigen Integrationsprojekt Entwicklungsperspektiven eröffnen und die Richtung weisen. Über Jahrzehnte hinweg konnte das Tandem diese Rolle ausüben. Fast immer von sehr unterschiedlichen Ansätzen, Interessen und Zielvorstellungen ausgehend, konnte es häufig gemeinsame Kompromisse erarbeiten, in welchen die grundlegenden Positionen beider Seiten, beispielsweise

mit Blick auf die Wirtschaftsordnung oder das politische Institutionengefüge, ihren Niederschlag fanden. Dies bewirkte, dass auch die anderen Mitgliedsstaaten sich in aller Regel in den Kompromissen wiederfanden und somit den deutsch-französischen Vorstößen folgen konnten. Zum Erfolg des Motors gehört weiterhin, dass er auch die europäischen Institutionen, allen voran die Kommission, für die bilateralen Vorstöße gewinnen kann.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind der **MOTOR** Europas.



Der deutsch-französische Motor läuft noch. Merkel und Macron bei der Unterzeichnung des Aachener Vertrages Ende Januar 2019.

So basieren alle wichtigen Innovationen des Einigungsprozesses auf deutsch-französischen Initiativen, sei es in den 1970er-Jahren die Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) als Vorläufer des Euro, sei es die Direktwahl des Europäischen Parlaments sowie die Schaffung des Europäischen Rats als höchstes Leitungsgremium, das die Staats- und Regierungschefs zusammenführt. Auch die Vollendung des Binnenmarktes in den 1980er- bis 1990er-Jahren, die Schaffung des Euro, der Einstieg in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit dem Maastrichter Vertrag, später die Einführung des Amtes des Hohen Vertreters für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik ebenso wie die des Präsidenten des Europäischen Rats – all diese substanziellen Fortschritte der EG/EU wurden

von deutsch-französischen Initiativen angeregt.

Mit der Osterweiterung 2004 und 2007 wurden zunehmend Zweifel an der Funktionsfähigkeit des „Motors der Integration“ geäußert, denn nun traten Staaten der EU bei, die sich in den bewährten bilateralen Kompromissen möglicherweise nicht wiederfinden konnten. Außerdem wurde befürchtet, dass der Motor zu schwach sei, um die EU der 27 bzw. seit 2013 der 28 Mitgliedsstaaten weiterhin vorwärts zu bringen.<sup>2</sup>

Doch trotz dieser Zweifel haben auch die langen Krisenjahre seit Ausbruch der Staatsschuldenkrise 2010 erneut gezeigt, dass ohne deutsch-französische Initiativen und Vorstöße Krisen nicht gelöst und Fortschritte nicht erzielt werden können. Denn – und das ist

die ungeschminkte Wahrheit – es ist keine Alternative zum deutsch-französischen Motor in Sicht. Welches andere Tandem möchte oder könnte ihn ersetzen? Wer ist bereit und fähig, ihn zu verstärken? Die Anfang der 1990er-Jahre in das Weimarer Dreieck, bestehend aus Deutschland, Frankreich und Polen, gesetzten Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt. Der Motor hat zwei unterschiedliche Aufgabentypen nachzukommen. Zum einen muss er als Teil des Europäischen Rats und Ministerrats bei der Politikgestaltung der EU maßgeblich mitwirken. Zum anderen besteht die noch anspruchsvollere, noble Aufgabe des Motors darin, Zukunftsperspektiven für die EU zu eröffnen. Das Folgende konzentriert sich auf die Frage, ob Deutschland und Frankreich in jüngster Vergangenheit fähig waren, sich und der EU ein neues Leitbild vorzuschlagen, das den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird.

und Merkel-Hollande ganz wesentlich das Krisenmanagement und trugen in vielen Politikfeldern Substanzielles zum Fortgang der EU bei.<sup>3</sup> Weitsichtige oder gar visionäre Ideen zur Zukunft des vereinten Europa konnten sie aber nicht entwickeln. Dieses Defizit färbte auf die EU als Ganzes ab, deren Mutlosigkeit es nicht mehr vermochte, die Bürger von ihrer Unverzichtbarkeit und ihrem Mehrwert zu überzeugen. Dies wiederum hat erheblich zu den bedrohlichen Entwicklungen beigetragen, die es allen den offen EU-feindlichen Parteien quer durch Europa erst ermöglichten, das europäische Einigungsprojekt zu unterminieren. Inzwischen aber zeichnet sich ein neues Leitbild ab, das Frankreich und Deutschland der EU gemeinsam vorschlagen: eine europäische Souveränität bzw. die Schaffung eines souveränen und starken Europas als Antwort auf die Herausforderungen.

### Emmanuel Macrons Vorschläge

In der inzwischen berühmten Rede, die Frankreichs neuer Staatspräsident am 26.9.2017 an der Pariser Sorbonne hielt, prägte Macron den Begriff der „europäischen Souveränität“.<sup>4</sup> Diese „europäische Souveränität“ möchte Macron auf sechs Pfeilern aufbauen: auf einer starken europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einer effektiven und zugleich humanen Migrationspolitik, einer auf Afrika fokussierten partnerschaftlichen Entwicklungspolitik, einer auf Nachhaltigkeit abzielenden Vorreiterrolle in der Umwelt- und Klimapolitik, der aktiven Gestaltung der Digitalisierung sowie der Konsolidierung und Stärkung der Wirtschafts-, Industrie- und Währungsmacht der EU. Zu allen sechs Pfeilern unterbreitete Macron konkrete Vorschläge, von denen in

### Das deutsch-französische Tandem ist bislang ALTERNATIVLOS.

#### Ein neues deutsch-französisches Leitbild für die EU?

Die EU wurde in den letzten Jahren von vielfachen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen erschüttert. Hierfür hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den treffenden Begriff der Polykrise, der Mehrfachkrise geprägt. In diesen schwierigen Jahren ab 2010 dominierten die Tandems Merkel-Sarkozy

Deutschland leider fast nur jene zum Ausbau der Eurozone wahrgenommen wurden. Am Ende seiner Rede rief Macron zur Neubegründung Europas im Geiste einer europäischen Souveränität auf, die er in den heutigen Zeiten für alternativlos hält.<sup>5</sup> Offen appellierte er an Deutschland, gemeinsam mit Frankreich der Neubegründung die entscheidenden, konkreten Impulse zu verleihen. Weiterhin bot Macron an, bis zum 22. Januar 2018 einen neuen Elysée Vertrag abzuschließen.

### Macron strebt ein **SOUVERÄNES** Europa an.

#### Deutschlands Antwort

Das direkt angesprochene Deutschland ließ Macron lange auf eine Antwort warten. Dafür zeichneten die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen sowie die permanenten Krisen der Anfang März 2018 angetretenen dritten Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel verantwortlich. Daher wird das Interview, das Merkel am 3.6.2018 der Frankfurter Sonntagszeitung gab, gerne als die deutsche Antwort auf Macron verstanden.<sup>6</sup> De facto jedoch findet sich eine erste Antwort bereits im Koalitionsvertrag vom 12.3.2018, der einen neuen Aufbruch für Europa verspricht. Hier heißt es: „Die globalen Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Neue Schwerpunktsetzungen der USA, das

Erstarken Chinas und die Politik Russlands machen deutlich: Europa muss sein Schicksal mehr als bisher in die eigenen Hände nehmen. Nur gemeinsam hat die EU eine Chance, sich in dieser Welt zu behaupten und ihre gemeinsamen Interessen durchzusetzen.“ Besser lassen sich die weltpolitischen Umbrüche nicht benennen, die Europa zu neuen Antworten zwingen.

Der Begriff „europäische Souveränität“ oder „souveränes Europa“ fällt hier ebensowenig wie im Kanzlerin-Interview. Dennoch hat Angela Merkel die Zeichen der Zeit klar erkannt. „Wir stehen vor umfassenden Problemen, weil sich die gesamte Weltordnung ändert. [...] Das alles bedeutet für uns Europäer, dass wir unsere Stellung im globalen Gefüge neu definieren müssen, dass wir uns als gemeinsam handelnder globaler Akteur einbringen müssen.“ Hier erinnert die Kanzlerin an den berühmten Satz, den sie nach einem desaströsen Europa-Besuch von US-Präsident Trump am 28.5.2017 in Trudering bei München geäußert hatte: „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. [...] Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“ Wie Macron unterbreitet auch die Kanzlerin in ihrer „Antwort“ eine Vielzahl an konkreten Vorschlägen und Ideen. Zum Schluss rekla-

### Merkel will den **MULTILATERALISMUS** stärken.

miert Merkel selbstbewusst für die EU eine wichtige internationale Stellung: „Europa soll wahrgenommen werden als starke Stimme im Konzert der globalen Akteure. [...] Es soll klar sein, [...] dass wir die Kraft sind, die den Multilateralismus stärkt.“

#### Neue deutsch-französische Perspektiven: Meseberg

Bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen, die am 19.6.2018 auf Schloss Meseberg stattfanden, wurden einige der konkreten Ideen und Initiativen beider Seiten aufgegriffen und in gemeinsame Vorschläge an die europäischen Partner gegossen, als aktuelles Beispiel eines Motors, der sich als Kompromisschmiede versteht. So wird die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der GASP vorgeschlagen, ebenso die Schaffung eines – nicht näher beziffernten – Haushalts für die Eurozone; weiterhin wird eine EU-Einigung über eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft bis Ende 2018 gefordert und vieles mehr.<sup>7</sup>

Hier aber soll die Aufmerksamkeit auf den ersten Satz der Erklärung von Meseberg gelenkt werden, wo es heißt: „Frankreich und Deutschland eint das gemeinsame Eintreten für das europäische Projekt: ein demokratisches, souveränes und geeintes Europa“. Damit wird wortwörtlich der Titel der Sorbonne-Rede aufgegriffen und von deutscher Seite ist es das erste Mal, dass man von einem „souveränen Europa“ spricht. Das neue gemeinsame Leitbild ist geboren. Auch Kommissionspräsident Juncker hat dies aufgegriffen und seiner letzten Rede zur Lage der Union im September 2018 den Titel „Die Stunde der Europäischen Souveränität“ gegeben.

### **DEUTSCHLAND** schließt sich dem neuen Leitbild eines souveränen Europas an.

#### Der Vertrag von Aachen: Erneuerter Bilateralismus im Dienste Europas

Am 22.1.2019, zum ungerunden 56. Geburtstag des Elysée Vertrags, unterzeichneten Merkel und Macron in der für beide Nationen bedeutsamen Kaiserstadt Aachen (Aix-la-Chapelle) einen neuen Vertrag über die „deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“, der den alten Freundschaftsvertrag „ergänzt“.<sup>8</sup> Die einjährige Verspätung steht für die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Macron und Merkel.

Dennoch ist der Aachener Vertrag vom europäischem Geist geprägt, der „Motor der Integration“ stellt sich erneut in den Dienst Europas. So ist der gesamte Vorspann ein einziges Bekenntnis zur deutsch-französischen Verpflichtung, für eine „geeinte, leistungsfähige, souveräne und starke Europäische Union“ einzutreten. Weiter heißt es, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit „zugleich allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union offen zu halten“ ist. Schließlich wird auch das „feste Bekenntnis zu einer internationalen, regelbasierten und auf Multilateralismus gründenden Ordnung, in deren Zentrum die Vereinten Nationen stehen“, abgegeben. Neben diesem Präambel-gleichen Vorspann beziehen sich auch die Kapitel 1 und 2 des Vertrags (Europäische Angelegenheiten, Frieden, Sicherheit und Entwicklung) ausschließlich darauf, die EU und ihre Politik zu stärken und voranzubringen.

Beide Kapitel knüpfen an all die Beschlüsse und Projekte der EU an, die die Union in den letzten Jahren auf ihrem Weg zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion in Angriff genommen hat. Hier sind die Schaffung eines Hauptquartiers für EU-Kriseninterventionen im Juni 2017, die Errichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Dezember 2017 sowie der Europäische Verteidigungsfonds zu nennen. Es ist unverständlich, dass dies im Vertrag von Aachen keinerlei Erwähnung findet. Auch eine explizite Würdigung der EU-Institutionen hätte den europäischen Geist des Vertrags durchaus noch verstärkt – ein bedauerliches Versäumnis.

Klar aber ist: Alle Aussagen des Aachener Vertrags zur Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegen vollumfänglich im Rahmen der einschlägigen EU-Politiken und stellen keine Militarisierung der deutsch-französischen Beziehungen – wie mitunter behauptet – dar. Dennoch sind künftige Konflikte vorprogrammiert, wenn

**Der bilaterale AACHENER VERTRAG will die weitere Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.**

es heißt, dass beide Staaten „bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte entwickeln“ wollen. Auch mag überraschen, dass hier visionäre Ideen fehlen. So wird die noch im Sommer 2018 sowohl von

Macron als auch von Merkel befeuerte Debatte um die künftige Einrichtung einer „echten“ europäischen Armee nicht erwähnt. Ist das die Anerkennung der Tatsache, dass solch ein Projekt dann doch noch zu unausgereift ist?

Die Kapitel 3-5 des Vertrages tragen einen starken bilateralen Stempel, etwa wenn es um die Schaffung eines „deutsch-französischen Wirtschaftsraums mit gemeinsamen Regeln“ geht oder um verstärkte Zusammenarbeit „im Bereich der Forschung und des digitalen Wandels, einschließlich der Themen Künstliche Intelligenz und Sprunginnovationen“. Besonders weitreichend und innovativ fallen die Bestimmungen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus. So sollen die betroffenen Gebietskörperschaften mit angemessenen Kompetenzen ausgestattet werden, um den „Alltag der Menschen, die in Grenzregionen leben, zu erleichtern“.

Es ist ein zweites Defizit des Aachener Vertrags, dass er diese die Menschen unmittelbar betreffenden Maßnahmen nicht explizit als mögliches Vorbild für andere herausstellt. Nirgends findet sich ein „So wollen wir das in den deutsch-französischen Grenzregionen machen und hoffen, dass weitere EU-Grenzregionen uns folgen werden“. Eine solche Öffnung zu anderen EU-Staaten fehlt leider, so dass ausgerechnet in den bürgernahen Teilen des Aachener Vertrags der europäische Geist zu kurz kommt – die zweite vertane Chance.

Trotz dieser Versäumnisse kann dem Aachener Vertrag in toto bestätigt werden, dass er die deutsch-französische Freundschaft in den Dienst des europäischen Einigungsprozesses stellt. Nun gilt es, diesen Freundschaftsvertrag anzuwenden und ihn mit Leben zu füllen. Um seinen europäischen Geist voll zu entfalten,

darf der deutsch-französische Bilateralismus andere EU-Mitgliedsstaaten selbstredend nicht ausgrenzen. Entsprechende Befürchtungen wurden noch während des Aachener Festaktes laut. Der erneuerte Bilateralismus könne den Zusammenhalt der EU gefährden, warnte Donald Tusk. Diese Furcht ist weit verbreitet, verkennt jedoch Sinn und Zweck des Motors: Er muss ein pro-integratives Kraftzentrum darstellen, das die anderen Mitgliedsstaaten motiviert, ihrerseits für das europäische Projekt einzutreten. „Deutschland und Frankreich können an vielen Stellen Anstöße geben, aber handeln müssen am Ende alle gemeinsam“, so Merkel in ihrem FAS-Interview.

**Der bilaterale Vertrag muss als Motor im Dienste EUROPAS fungieren.**

Nach der Unterzeichnung wurde sofort der Name „Elysée 2.0“ in Umlauf gebracht.<sup>9</sup> Dem ist die Bezeichnung „Vertrag von Aachen“ vorzuziehen. Sie holt das Freundschaftsabkommen aus dem französischen Präsidentsitz heraus, sie symbolisiert die gemeinsamen Wurzeln und erinnert schließlich an den Internationalen Karlspreis zu Aachen, mit dem besondere Verdienste um Europas Einigung ausgezeichnet werden – wie treffend also für einen bilateralen Vertrag, der ganz im Dienste Europas steht.

#### Ausblick

Seit Amtsantritt Emmanuel Macrons im Mai 2017 und der dritten Großen Koali-

tion unter Angela Merkel im März 2018 arbeitet das Tandem trotz vieler Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen an einem neuen Leitbild, das der EU Orientierung und Entwicklungsperspektiven bieten soll. Die Idee einer europäischen Souveränität und der Anspruch, als EU weltweit den Multilateralismus zu stärken, könnten Europas Selbstbehauptungs- und Überlebenswillen wieder neu entfachen. Die weltpolitischen Umbrüche mit all den breitgefächerten Angriffen auf die uns bekannte, regelbasierte multilaterale Weltordnung und EU-interne Entwicklungen wie der Brexit und die Infragestellung europäischer Grundwerte in einigen Mitgliedsstaaten haben den „Motor der Integration“ dazu veranlasst, seiner übergeordneten Verantwortung für Europa erneut nachzukommen.

Bisher jedoch sind ihm die anderen Mitgliedsstaaten, wie die Ergebnisse der letzten Treffen des Europäischen Rats zeigen, nicht gefolgt. Im Dezember 2018 konnte man sich weder auf die Schaffung eines Haushalts für die Eurozone noch auf die Einführung einer Digitalsteuer einigen. Der deutsch-französische Vorschlag, die EU durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der GASP handlungsfähiger zu machen, wurde nicht einmal erörtert. Nun könnte man argumentieren, dass beide Seiten des Tandems derzeit innenpolitisch derart geschwächt sind – Merkel durch Koalitionskonflikte sowie ihren Rückzug vom CDU-Parteivorsitz, Macron durch die Gelbwesten –, so dass die anderen Mitgliedsstaaten ihnen nicht mehr folgen wollen. Ja, beide sind geschwächt. Doch ein Blick auf die Nachbarn zeigt, dass wohl andere, innenpolitische Beweggründe sie veranlassen, im europapolitischen Immobilismus zu verharren

oder die Integration gar zurückdrehen zu wollen. Man denke an Polen, Ungarn, Österreich, Italien. Oder ist die EU bereits so heterogen, dass die Logik des Motors nicht mehr funktioniert?

Immerhin, erste Anzeichen eines Strebens nach europäischer Souveränität lassen sich beobachten. Hier seien zum einen die Versuche der Kommission genannt, die Rolle des Euro im internationalen Zahlungsverkehr zu stärken, um unter dem Motto „Weg vom Dollar“ langfristig den extraterritorialen Sanktionen der USA zu entgehen.<sup>10</sup> Zum anderen ist auf die jüngste Schaffung von Instex (Instrument for Supporting Trade Exchanges) zu verweisen, das EU-Firmen beim Handel mit dem Iran vor US-Strafen schützen soll. Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben Instex Ende Januar 2019 gegründet. Das neue Leitbild kann aber auch zu deutsch-französischem Streit führen, wie Frankreichs kritische Haltung zum Nord-Stream-2-Projekt zeigt.

Es gibt erste Anzeichen, das neue Leitbild zu **KONKRETISIEREN**.

Selbstredend wäre es naiv, von der Lancierung eines neuen Leitbildes Wunder zu erwarten. Dennoch kommt der deutsch-französische Aufruf, ein souveränes Europa zu schaffen, zur rechten Zeit. Die weltpolitischen Umbrüche erzwingen von den Staaten und Bürgern Europas die Einsicht, dass sie nur gemeinsam, als vereinte EU, ihre Zukunft sichern können. Um es in den

Worten des großen Alfred Grosser auszudrücken: „Als Europäische Union sind wir wer. Sonst sind wir nichts.“<sup>11</sup>

Außerdem hat das neue Leitbild das Potenzial, den Begriff der Souveränität nicht rückwärtsgewandt, rein national und in andere ausschließender Manier zu verstehen. Vielmehr bedeutet europäische Souveränität zu schaffen, konzeptionelles Neuland zu betreten und ein offenes, integratives Verständnis von Souveränität als zusammengesetzter Mehrebenen-Souveränität zu entwerfen – welch spannende Zukunftsaufgabe. ///



/// PROF. DR. GISELA MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET

ist Professorin für Europaforschung und Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Würzburg und Inhaberin eines Jean-Monnet-Lehrstuhls.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Picht, Robert/ Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration, Bonn 1990.
- <sup>2</sup> Vgl. Schild, Joachim: Mission Impossible? The Potential of Franco-German Leadership in the Enlarged EU, in: Journal of Common Market Studies, 5/2010, S. 1367-1390.
- <sup>3</sup> Vgl. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Schicksalsjahre für die EU: 2017-2018, in: Die Zukunft Europas in einer Welt im Umbruch, hrsg. von Wolfram Hilz und Antje Nötzold, Wiesbaden 2018, S. 23-44.
- <sup>4</sup> Die Rede „Eine Initiative für Europa. Für ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa“ ist abrufbar unter [www.ambafrance-de.org](http://www.ambafrance-de.org)
- <sup>5</sup> In einem Brief „Für einen Neubeginn in Europa“, den Macron am 5.3.2019 in allen 28 Mitgliedsstaaten veröffentlichte und der sich direkt an die EU-Bürger wandte, wiederholte er – wenn auch vereinfacht – dieses Grundanliegen, in: Die Welt, 5.4.2019.
- <sup>6</sup> <https://www.faz.net/social-media/instagram/kanzlerin-angela-merkel-f-a-s-interview-europa-muss-handlungsfahig-sein-15619721.html?premium>
- <sup>7</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklarung-von-meseberg-1140536>
- <sup>8</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-und-frankreich-schliessen-vertrag-von-aachen-1566838>
- <sup>9</sup> <https://www.euractiv.com/section/central-europe/news/france-and-germany-to-sign-elysee-2-0-treaty/>
- <sup>10</sup> Mitteilung der Kommission: Towards a stronger international role of the euro, 5.12.2018.
- <sup>11</sup> Grosser im Interview mit der Süddeutschen Zeitung, 2.3.2018.

/// Europawahl 2019 – Ein Überblick über die größten Herausforderungen

## WEGMARKE DER INTEGRATION

**DANIEL GÖLER/ROBERT LOHMANN** /// Welche Auswirkungen wird die Europawahl 2019 für den weiteren Fortgang des europäischen Integrationsprozesses haben? Es könnte sein, dass die kommende Europawahl sowohl in Bezug auf eine weitere Parlamentarisierung des politischen Systems als auch hinsichtlich einer stärkeren Politisierung und Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen eine Wegmarke bilden wird.

Die Ende Mai 2019 stattfindende Wahl zum Europäischen Parlament (EP) kann als eine Wegmarke angesehen werden, denn es ist die erste Wahl nach einer Reihe von Zäsuren in den letzten fünf Jahren. Durch die dramatischen Verwerfungen der sogenannten Flüchtlingskrise, den Brexit-Prozess, die zunehmende Erosion des gemeinsamen europäischen Wertefundaments sowie durch zahlreiche außenpolitische Herausforderungen hat sich die europapolitische Lage tiefgreifend verändert. Die Europawahl 2019 hat aber nicht nur wegen des veränderten europapolitischen Umfeldes eine besondere Bedeutung, sondern sie besitzt auch das Potenzial, durch ihren Verlauf die Zukunft des Integrationsprozesses selbst nachhaltig zu prägen. Der folgende Beitrag möchte hierbei drei Aspekte besonders herausarbeiten: die Frage einer weiteren Parlamentarisierung des politischen Systems der Union, die Herausforderungen und Chancen einer Politisierung der Europapolitik sowie die Konsequenzen einer

Die Europawahl 2019 besitzt das **POTENZIAL**, die Zukunft des Integrationsprozesses zu prägen.

sich im Wahlkampf verstärkt zeigenden Polarisierung der politischen Auseinandersetzung. All diese Aspekte haben sowohl eigenständige, über die vorgenannten Herausforderungen hinausweisende Folgen für die weitere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses als auch das Potenzial, krisenverschärfend oder krisenlösend zu wirken.

### Parlamentarisierung als konstitutionelle Wegmarke

Jenseits aller parteipolitischen Fragen stellt die Europawahl 2019 eine wichtige konstitutionelle Wegmarke für die Europäische Union (EU) dar, denn im



Wer zieht am 26. Mai hier ein und wer soll der Hausherr werden?

Nachgang der Wahlen wird es darum gehen, ob der im Jahr 2014 erreichte Schritt in Richtung einer Parlamentarisierung des „Regierungssystems“ der EU fortgesetzt wird oder nicht.<sup>1</sup> Hintergrund ist, dass der EU-Vertrag (EUV) bei der Frage, wer den letztlich entscheidenden Einfluss auf die Bestimmung des Kommissionspräsidenten hat, nicht eindeutig ist. Im diesbezüglichen Artikel heißt es: „Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.“ (Art. 17 Absatz 7, Satz 1 und 2 EUV)

Die betreffende Vertragsregelung entstand seinerzeit im Europäischen Verfassungskonvent als Kompromiss zwischen denjenigen, die beabsichtigten, als Teil einer umfassenden Demokratisierungs- und Parlamentarisierungsagenda die Bestimmung des Kommissionspräsidenten dem Europäischen Parlament zu übertragen, und denjenigen, welche an der bisherigen Prärogative der Staats- und Regierungschefs bei Ernennung des Kommissionspräsidenten festhalten wollten. Das Problem dieses Kompromisses, der inhaltlich in den Lissabonner Vertrag übernommen wurde, besteht darin, dass es sich um keine Einigung in der Sache, sondern um einen Formelkompromiss handelt. Die Anhänger einer Parlamentarisierung interpretieren die Regelung so, dass das EP der entscheidende Akteur sei und das Vorschlagsrecht des Europäischen Rates diesem keinen wirklichen Gestaltungsraum eröffne, da die Staats- und

Regierungschefs ja die Ergebnisse der Wahlen zum EP zu berücksichtigen hätten. Die andere Seite hingegen sieht in der Regelung die klare Verankerung einer substanziellen Rolle der Staats- und Regierungschefs, da dem Parlament keine Möglichkeit eröffnet wurde, das Vorschlagsrecht des Europäischen Rates zu umgehen. Denn: „Erhält dieser [vom Europäischen Rat vorgeschlagene] Kandidat nicht die Mehrheit, so schlägt der Europäische Rat dem Europäischen Parlament innerhalb eines Monats mit qualifizierter Mehrheit einen neuen Kandidaten vor, für dessen Wahl das Europäische Parlament dasselbe Verfahren anwendet.“ (Art. 17 Absatz 7, Satz 3 EUV)

**Die Streitfrage, wer den  
KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN bestimmt,  
ist noch nicht geklärt.**

Das Offenlassen dieser zentralen konstitutionellen Frage führte dazu, dass das EP beziehungsweise die in ihm vertretenen transnationalen Parteienbündnisse bei der ersten Wahl nach den Lissabon-Regeln im Jahr 2014 eine durchaus bewusst konfrontative Strategie verfolgten, um die Rolle des EP zu stärken. So nominierten die Parteienbündnisse im Vorfeld der Wahlen Spitzenkandidaten, und die große Mehrheit der Europaparlamentarier machte deutlich, dass das EP im Nachgang der Wahlen keinen anderen Kandidaten zum Kommissionspräsidenten wählen würde als den erfolgreichsten Spitzenkandidaten.<sup>2</sup> Diese Strategie wur-

de in der Öffentlichkeit durchaus kontrovers diskutiert, wie sich exemplarisch an der Debatte zwischen Jürgen Habermas und Udo Di Fabio im Anschluss an die Wahl 2014 zeigte. Während Habermas die Auffassung vertrat, dass ein Übergehen der Spitzenkandidaten durch den Europäischen Rat „das europäische Projekt ins Herz treffen [würde] und fortan [...] keinem Bürger die Beteiligung an einer Europawahl mehr zuzumuten“ wäre, kritisiert Di Fabio das Vorgehen des Parlaments als einen Versuch „der gezielten Rechtsüberschreitung [, um den] Vertragsverbund der EU unter der Hand zu verstaatlichen.“<sup>3</sup>

Zwar gab es nach der Wahl noch Überlegungen im Europäischen Rat, einen anderen Kandidaten ins Spiel zu bringen. Angesichts der klaren Haltung des EP, das trotz aller internen Friktionen „zunächst einmal vor allem das Spitzenkandidatenprinzip gegen die nationalen Regierungen im Europäischen Rat durchsetzen wollte, versammelten sich die großen Fraktionen rasch hinter der EVP und Juncker“,<sup>4</sup> der dann auch vom Europäischen Rat nominiert und vom EP gewählt wurde. Die entscheidende Frage für die künftige Entwicklung der EU wird nun sein, ob diese faktische Aushebelung des Vorschlagsrechts des Europäischen Rates für das Amt des Kommissionspräsidenten eine Ausnahme bildete oder stilbildend sein wird. Oder wie es der Spitzenkandidat der SPE aus dem Jahr 2014, Martin Schulz, im Nachgang der Wahlen formulierte: „Von mehreren möglichen Auslegungen [von Artikel 17 Absatz 7 EUV] hat sich diejenige durchgesetzt, die nunmehr als Präzedenzfall für die Wahlen 2019 gelten und verteidigt werden muss.“<sup>5</sup> Sollten nach den Wahlen 2019 das EP bzw. die in ihm vertretenen Parteienbündnisse er-

neut den Kommissionspräsidenten faktisch alleine bestimmen, könnte man durchaus von einer Weiterentwicklung der Vertrags- oder Verfassungswirklichkeit in Richtung eines parlamentarischen Systems sprechen.

**Die kommende Europawahl  
wird in diesem Streit RICHTUNGS-  
WEISEND sein.**

Die aktuelle Entwicklung läuft genau in diese Richtung, da zumindest die großen europäischen Parteienbündnisse sich wieder auf die Aufstellung von Spitzenkandidaten verständigt haben. Die beiden aussichtsreichsten Kandidaten sind dabei die Spitzenkandidaten der EVP und SPE, Manfred Weber und Frans Timmermans. Zwischenzeitliche Versuche von Seiten der Staats- und Regierungschefs, das Spitzenkandidatenmodell wieder zurückzudrängen, wurden letztlich nicht mit Nachdruck verfolgt. Interessant ist hierbei auch die Berichterstattung über die Nominierungsprozesse bzw. Wahlen innerhalb der beiden großen Parteien. Denn der Grundtenor der Berichterstattung beschäftigte sich mit genau den Fragen, die auch bei nationalen Kandidatenaufstellungen im Zentrum stehen wie etwa politische Ausrichtung, Wahlchancen und regionale (hier nationale) Herkunft. Die Grundfrage, inwiefern der nächste Kommissionspräsident wirklich aus dem Kreis der Spitzenkandidaten kommen wird, wurde praktisch kaum the-



matisiert beziehungsweise es wurde mehr oder weniger implizit davon ausgegangen, dass mit den Nominierungen der Spitzenkandidaten auch der Bewerberkreis für das Amt des Kommissionspräsidenten abgesteckt sei. Zumindest in der medialen Berichterstattung scheint damit die Frage, ob der Nominierungsprozess des Jahres 2014 Vorbildcharakter haben sollte, bereits ein Stück weit beantwortet.

### Politisierung und Polarisierung der europapolitischen Debatten und Entscheidungsprozesse

Inwieweit das Spitzenkandidatenmodell sich zur Vertrags- bzw. Verfassungswirklichkeit der Union weiterentwickelt, wird neben den Debatten zwischen EP und Europäischem Rat auch davon abhängen, wie sich das neue EP parteipolitisch zusammensetzt. Sehr wahrscheinlich ist, dass EVP und SPE die stärksten politischen Kräfte bleiben, doch kann die zunehmende Fraktionierung der europäischen „Parteienlandschaft“ die Bildung einer tragfähigen Mehrheit erschweren. Die „Erosion des faktischen Duopols der rechten und linken Mitte“,<sup>6</sup> bestehend aus EVP und SPE, wird die Zusammenarbeit im EP verändern. Anstelle dieses faktischen Duopols wird eine höhere Anzahl an Akteuren treten, die sich zudem nicht mehr eindeutig auf der klassischen Rechts-Links-Skala einordnen lassen.

In der fachwissenschaftlichen Debatte werden diese Veränderungen unter anderem durch den Ansatz des Postfunktionalismus thematisiert. Bereits seit dem ersten Leitartikel im Jahre 2009 wird von Liesbet Hooghe und Gary Marks diskutiert, inwieweit sich der Zerfall des sogenannten permissiven Konsenses und die vermehrten europä-

skeptischen Tendenzen in der Bevölkerung seit dem Vertrag von Maastricht nicht nur auf die Akzeptanz der Europäischen Union, sondern darüber hinaus auch auf die Erosion nationaler Volksparteien und eine grundsätzliche Ablehnung etablierter institutioneller Strukturen auswirken. Der Austritt Großbritanniens aus der Union und die im Vorfeld geführte Leave-Kampagne, die auch sehr viel über das Verhältnis breiter Teile der britischen Bevölkerung zu den etablierten Strukturen und politischen Eliten in Großbritannien aussagen, stehen hierfür nachträglich als eine Art Blaupause.

### In der Bevölkerung nehmen **EUROPASKEPTISCHE** Tendenzen zu.

Vor allem die von Hooghe und Marks aufgezeigte neue und maßgeblich durch den europäischen Integrationsprozess verstärkte Spaltung in der Parteienlandschaft zwischen den sogenannten „green / alternative / libertarian“, kurz GAL, und den „traditionalism / authority / nationalism“, kurz TAN, steht im Fokus der Debatte. Dabei wird die Bildung neuer Protestparteien als Reaktion auf die (vermeintliche) Unfähigkeit etablierter Parteien gesehen, Antworten auf aktuelle Herausforderungen der europäischen Integration zu geben. Neben wirtschaftlichen Aspekten steht hier vor allem die Identitätsfrage im Vordergrund: „Postfunctionalism puts the spotlight on identity politics.

The migration crisis touched a nerve of national identity because it asked Europe's populations to harbor culturally dissimilar people.”

Diesen Identitätsfragen werden dabei sehr weitgehende Auswirkungen auf das etablierte Parteiensystem beigemessen, denn „[t]o the extent that European integration activates identity issues related to the reconfiguration of the state, it disrupts established party systems, gives rise to new radical left and radical nationalist parties, and constrains supranational problem solving.”<sup>7</sup>

Zu der größeren Rolle von Identitätsfragen kommt hinzu, dass die Politik der Union (oder das, was die Bürger der EU zuschreiben) zunehmend zu kontroversen Debatten in den europäischen Gesellschaften führt. Dieses auch als Politisierung bezeichnete Phänomen hat seinen Ursprung darin, dass die Bürger der Mitgliedsstaaten durch die fortwährende Vertiefung der Integration immer stärker direkt von europäischen Themen betroffen sind. Im Falle einer dauerhaft negativen Betroffenheit kann diese Entwicklung auch zu einer grundsätzlichen Ablehnung des Integrationsprozesses (nach Hooghe und Marks: „constraining dissensus“) führen, eine Tendenz, welche vermutlich auch die Europawahlen 2019 und damit die Zusammensetzung des nächsten Europäischen Parlaments beeinflussen wird.

Prognosen über den Ausgang der Wahlen zum EP aufzustellen, sind noch schwieriger als für nationale Wahlen. Diejenigen, die existieren, sehen gegenüber den 2014er-Wahlen keinen nominellen Anstieg euroskeptischer Parteien und Strömungen, was allerdings mit dem Ausscheiden der britischen Abgeordneten von UKIP und der britischen Konservativen begründet ist. Andere

### PROGNOSEN zum Ausgang der Europawahlen sind kaum machbar

europaskeptische oder fundamental kritische Parteien und Strömungen (AfD, FPÖ, Lega etc.) könnten diesen Verlust kompensieren, sodass europaskeptische Meinungen im neuen Parlament wiederum bei ca. 20 % der Mandate landen könnten.<sup>8</sup>

Was das für die Bildung von Fraktionen und somit auch für die Bildung von Mehrheiten im künftigen Europäischen Parlament bedeuten wird, kann bestenfalls erahnt werden: „Aus machtpolitischen Gründen besteht ein nicht geringer Anreiz für rechtspopulistische und EU-kritische Parteien, nach den Europawahlen ihre Stärke durch eine möglichst große gemeinsame Fraktion symbolisch zu untermauern. Gleichzeitig gäbe ihnen diese noch mehr Möglichkeiten, Rederechte und Ressourcen im EP zu fordern.“<sup>9</sup> Versuche, europaskeptische und rechtsgerichtete Bündnisse im Parlament zu bilden, gab es schon immer. Diese waren mal mehr, mal weniger von Erfolg gekrönt. Bei dieser Wahl scheint die Wahrscheinlichkeit eines solchen Bündnisses sehr hoch zu sein. Italiens stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der Lega, Matteo Salvini, begann bereits im Juli 2018 mit dem Versuch, ein Bündnis aus Parteien zu schmieden, „die sich ein anderes Europa vorstellen“.<sup>10</sup> Auch Steve Bannon's Bestrebungen, mit „The Movement“ ein Drittel der Mandate im neuen Parlament in einer rechtsgerichteten

Vereinigung zu bündeln, zählen hierzu. Ob sich diese Zusammenarbeit über den Wahlkampf hinaus in eine institutionalisierte Zusammenarbeit im EP auswirkt, bleibt noch offen.

Ebenso sind auf der „GAL“-Seite neue Bestrebungen vorhanden, welche die Fraktionierung im Parlament vorantreiben können. Die neue politische Plattform „Volt“ steht hierfür beispielhaft. Als eine paneuropäische Initiative gegründet, setzt sie sich zum Ziel, 25 Mandate im neuen Parlament zu erreichen. Es stehen dabei weniger die konkreten Inhalte im Vordergrund, sondern vielmehr der Gedanke, eine paneuropäische Partei zu sein, die ein Gegengewicht zu wachsendem Europaskeptizismus bilden soll.

In all diesen Bewegungen und Parteien stehen (neben den konkreten Inhalten wie der Zukunft des Euros, der Migrationspolitik und der Sicherung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts) die Stellung zur EU im Ganzen und damit einhergehend auch die Frage des Verhältnisses von Europa und Nation für die Identität der europäischen Bevölkerung im Zentrum. Insofern wird die Europawahl 2019 auch von sehr grundlegenden Debatten nicht nur über die Zukunft der EU, sondern auch der Nationalstaaten geprägt sein. Inwiefern diese zu einer Politisierung und Polarisierung entlang der Annah-

men des Postfunktionalismus führen wird, bleibt abzuwarten.

### Die Wahl 2019 als Wegmarke

Die Europawahl im Mai 2019 und der sich ihr anschließende Prozess der Formierung der Fraktionen innerhalb des Parlaments sowie die Bildung der neuen Kommission werden die künftige Entwicklung der EU maßgeblich beeinflussen. In konstitutioneller Sicht wird sich entscheiden, ob sich die EU weiter in Richtung eines parlamentarischen Systems entwickelt oder ob der Parlamentarisierungsschritt der Wahl 2014 wieder revidiert wird. Hinsichtlich der Perspektiven künftiger Politikgestaltung wird die Wahl – und vielleicht noch mehr der ihr vorangehende Wahlkampf – zeigen, ob europapolitische Themen wirklich im Zentrum des politischen Diskurses angekommen sind. Außerdem stellt sich die Frage, ob sie Gegenstand auch grundsätzlicher Kontroversen sind und damit von einer Politisierung der Europapolitik gesprochen werden kann – oder ob die Debatten eher wie in der Vergangenheit von nationalen Sachthemen und Personalfragen überlagert werden. Letzteres würde bedeuten, dass die Europawahlen weiterhin als sogenannte Second Order Election eingestuft werden können. Und schließlich werden die politischen Trennlinien, anhand derer der Wahlkampf geführt und die Fraktionsbildung im EP erfolgen werden, zeigen, inwiefern sich ein neuer, maßgeblich durch die europäische Integration hervorgerufener Cleavage wirklich als Strukturmerkmal europäischer Politik etabliert.

All diese Entwicklungen bergen sowohl Chancen als auch Risiken. Eine stärkere Parlamentarisierung wäre aus demokratietheoretischer Sicht wünschenswert. Hinsichtlich der oft schwer

auszutarierten nationalen Interessen und Befindlichkeiten stellt eine solche Entwicklung aber auch Herausforderungen dar. Zudem stellt sich die Frage, ob interne Struktur- und Demokratieprobleme des EP wie etwa die Überrepräsentation kleinerer Staaten bei der Sitzverteilung durch eine solche Auf-

schon auf beiden Seiten dieses Cleavages führen.

In welche Richtung die Entwicklung während und nach der Europawahl laufen wird, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer prognostizieren. Gleiches gilt auch für die Frage, welchen Einfluss die Wahlen auf die aktuelle tiefgreifende Krise des Integrationsprojekts haben werden. Was man aber sagen kann, ist, dass die Europawahlen die künftige Entwicklung des Integrationsprojektes in verschiedener Hinsicht leiten und somit durchaus als eine Wegmarke der Integration angesehen werden können. ///

Eine **STÄRKERE** Parlamentarisierung ist aus demokratietheoretischer Sicht wünschenswert.

wertung des Parlaments nicht verschärft würden. Eine Politisierung der europapolitischen Debatte wäre einerseits durchaus positiv und ein Zeichen dafür, dass die Europapolitik endgültig aus der Technokratensphäre herausgetreten ist. Auch kann eine Politisierung dazu beitragen, die EU den Menschen näher zu bringen und Europapolitik als Teil des normalen politischen Diskurses zu verankern. Andererseits stellen diese Entwicklungen eine große Herausforderung für die etablierten Verfahren und Kompromissfindungsmöglichkeiten der bisherigen Europapolitik dar. Und auch eine Polarisierung entlang eines Cleavages „green / alternative / libertarian“ vs. „traditionalism / authority / nationalism“ wäre ambivalent. Denn neben den vielfach diskutierten negativen Auswirkungen einer solchen Polarisierung könnte diese auch zu einer verstärkten Aufmerksamkeit für Grundsatzfragen der Integration und damit einer Mobilisierung von Men-



/// **PROF. DR. DANIEL GÖLER**  
ist Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik der Universität Passau und Mitglied im Vorstand des Instituts für Europäische Politik in Berlin.



/// **DR. ROBERT LOHMANN**  
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau.

„Volt“ stellt als paneuropäische Bewegung das **GEGENGEWICHT** zum wachsenden Europaskeptizismus dar.

**Anmerkungen**

- <sup>1</sup> Vgl. Göler, Daniel / Jopp, Mathias: Die Europawahl 2014 und das Konzept der Spitzenkandidaten – ein Kommentar, in: *integration* 2/2014, S. 152-160, hier S. 158.
- <sup>2</sup> Heidbreder, Eva / Auracher, Jelena: Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit. Die Europawahl 2014 als Weichenstellung für die Politisierung der EU, in: *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, hrsg. von Michael Kaeding und Niko Switek, Wiesbaden 2015, S. 223-231, hier: S. 225-226.
- <sup>3</sup> <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/juergen-habermas-im-gespraech-europa-wird-direkt-ingerichtet-12963798-p3.html>, Stand: 4.2.2019; <https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/europa-eine-demokratische-zaesur-12980401.html>, Stand: 4.2.2019.
- <sup>4</sup> von Ondarza, Nicolai / Schenuit, Felix: Die Reform des Europäischen Parlaments, in: *SWP-Aktuell / Stiftung Wissenschaft und Politik* 11/2018, S. 6.
- <sup>5</sup> Schulz, Martin: Das neue, demokratische Europa, in: *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, hrsg. von Michael Kaeding und Niko Switek, Wiesbaden 2015, S. 12-14, hier S. 13.
- <sup>6</sup> Leggewie, Claus: Nebenwahlen? Hauptsache! Europa vor einer Richtungsentscheidung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Europa wählt* 4-5/2019, S. 4-10, hier S. 5.
- <sup>7</sup> Hooghe, Liesbet / Marks, Gary: A Postfunctional Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus, in: *British Journal of Political Science* 1/2009, S. 1-23; Dieselb.: Grand theories of European integration in the twenty-first century, in: *Journal of European Public Policy*, 17.1.2019, S. 10 (1. Zitat) und S. 5 (2. Zitat); Börzel, Tanja A. / Risse, Thomas: From the euro to the Schengen crises. European integration theories, politicization, and identity politics, in: *Journal of European Public Policy* 1/2018, S. 83-108.
- <sup>8</sup> Vgl. bspw. von Ondarza, Nicolai / Schenuit, Felix: Die Europawahlen 2019 und das Europäische Parteiensystem, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Europa wählt* 4-5/2019, S. 11-18; [www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html](http://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html), Stand: 4.2.2019.
- <sup>9</sup> Siehe von Ondarza / Schenuit: Die Europawahlen 2019 und das Europäische Parteiensystem, S. 17.
- <sup>10</sup> [https://www.washingtonpost.com/outlook/italy-has-done-a-lot-maybe-too-much/2018/07/19/dc81a292-8acf-11e8-8aea-86e88ae760d8\\_story.html?noredirect=on&utm\\_term=.37fc127568c1](https://www.washingtonpost.com/outlook/italy-has-done-a-lot-maybe-too-much/2018/07/19/dc81a292-8acf-11e8-8aea-86e88ae760d8_story.html?noredirect=on&utm_term=.37fc127568c1), Stand: 4.2.2019.

/// Die Europawahl aus amerikanischer Sicht

## ... WEN INTERESSIERT DAS?

**PHILIP BEDNARCZYK** /// Obwohl die transatlantischen Beziehungen während der diesjährigen Europawahlen für die europäischen Wähler nicht besonders von Belang waren, wird das Ergebnis der Wahl wohl doch Einfluss auf das künftige Verhältnis der EU zu den USA haben.

Wenn man bedenkt, dass verschiedene Akteure, die eine nationalistisch und populistisch inspirierte Politik verfolgen, versuchen, das europäische Projekt zu stören, ja gar zu zerstören, könnten die diesjährigen Europawahlen durchaus gravierende Folgen für amerikanische Interessen in Europa haben. Die zukünftigen Handelsbeziehungen oder die gegenseitige Abstimmung in den Beziehungen zu Peking und Moskau und die Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik, um nur ein paar Bereiche zu nennen, werden angesichts der Ergebnisse der Wahlen zum europäischen

Parlament und der anschließenden Neubildung der Europäischen Kommission eine neue Dynamik annehmen.

Die derzeitigen politischen Verhältnisse im Europäischen Parlament und auch der Kommission stehen den transatlantischen Beziehungen nicht entgegen. Momentane Differenzen werden auf europäischer Seite zwar durchaus als ernstes Problem wahrgenommen, aber auch als wie in jeder Ehe und Familie intern regel- und lösbar. Ein neues Europäisches Parlament mit stärkeren souveränen und anti-globalen Tendenzen, wird sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher Ebene gegenüber den USA viel skeptischer agieren. Verstärkt werden könnte dies noch, wenn sich im Nachgang der Wahlen auch in der neuen Europäischen Kommission entsprechende Strömungen wiederfinden, was angesichts nationalistischer und populistischer Regierungen in mehreren EU-Mitgliedsstaaten nicht ausgeschlossen

Die Europawahl hat **AUSWIRKUNGEN** auf die transatlantischen Beziehungen.



Die Amerikaner sollten das Projekt Europa nicht vernachlässigen oder ihm gar wie manche unter ihnen nachhaltig schaden wollen. Nur im Gesamten bleibt das Bild stimmig.

ist. Laut Anne Applebaum in der Washington Post sind dies wohl die bislang interessantesten Europawahlen, nicht zuletzt auch deshalb, weil es dieses Mal so viel zu verlieren gibt.<sup>1</sup>

Dennoch schenkt die Regierung in Washington den Europawahlen aber wohl keine sonderlich große Aufmerksamkeit. Schon jetzt wird trotz der Auswirkungen neuer Mehrheiten im Europäischen Parlament und einer neu zu besetzenden Kommission mit einem neuen Spitzenkandidaten ihnen kaum Interesse entgegengebracht. Zudem schafft die in Teilen von Politik, Medien und öffentlicher Meinung herrschende Dämonisierung und Geringschätzung

der EU kein günstiges Umfeld für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Wahlen.

Auf der anderen Seite gibt es aber im Kongress auch Gruppen, die das Geschehen aufmerksam verfolgen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die in die Strukturen zwischen dem US-Kongress und dem Europaparlament eingebunden sind, wie z. B. im „Transatlantic Legislator’s Dialogue“ (TLD). Dieser trifft sich zweimal im Jahr, einmal in Europa und einmal in Washington. Die Delegation des europäischen Parlaments wird von dem deutschen Abgeordneten Christian Ehler angeführt, die Delegation des Kongresses vom Demo-

kraten Jim Costa. Dem TLD und auch dem parteiübergreifenden EU-Ausschuss des Kongresses unter der Leitung des Demokraten Gregory Meeks und des Republikaners Joe Wilson wird, gerade angesichts der angespannten transatlantischen Beziehungen, eine wichtige Rolle zuwachsen. Dabei wäre es klug, positive Signale der Unterstützung für die EU und ihren Beitrag zum Erhalt eines freien, friedlichen und geeinten Europas zu senden.

Diejenigen, die die EU untergraben wollen, amerikanische sowie russische Akteure, werden allerdings auch mit von der Partie sein. Steve Bannon, der ehemals leitende Strategie Donald Trumps, sieht die Wahlen als Chance, die politische Landschaft in Europa neu zu formen. Seine Bewegung beabsichtigt, im Mai 2019 den Vampir und damit auch Brüssel, das schlagende Herz des globalistischen Projekts, zu pfehlen.<sup>2</sup> Obwohl diese Initiative bei scheinbar gleichgesinnten europäischen Parteien eher ablehnend aufgenommen wurde, gelang es Bannon, in der europäischen Politik einen sozioökonomischen Graben zwischen Befürwortern und Gegnern des europäischen Projekts aufzeigen.

Hinzu kommt, dass die aktuelle amerikanische Regierung keine klare Vorstellung davon hat, wie die EU und die Beziehungen zu ihr in der Zukunft aussehen sollen und das, obwohl es eigentlich auf der Hand liegen würde. Man sollte die ökonomischen und politischen Beziehungen nutzen, um den Gefahren für die westliche Lebensweise, die von Moskau und Peking ausgehen – wie es die National Security Agency formuliert – entgegen zu treten. Stattdessen scheint die US-Regierung den institutionellen Akteuren der EU skeptisch gegenüberzustehen und favorisiert

dafür die einzelnen Mitgliedsstaaten als Hauptakteure. Präsident Trump verkündete in Polen: „Amerikaner, Polen und die Nationen Europas schätzen individuelle Freiheit und Souveränität. Wir müssen zusammenarbeiten, um den Kräften [...], die diese Werte bedrohen und unterminieren und die Verbindungen von Kultur, Glaube und Tradition – die uns zu dem machen wer wir sind – auslöschen, entgegentreten zu können“.<sup>3</sup>

Insgesamt befinden wir uns in einer Situation, in der das Verständnis für die Europäische Union in den USA, aber auch für die aktuelle US-Politik in der EU eher gering ausgeprägt ist. Vor allem die Konzentration der Berichterstattung in Europa auf den Präsidenten führt zu einer verkürzten Darstellung der US-Politik. Die Regierung in Washington andererseits gibt sich nur dann mit der EU ab, wenn sie etwas von ihr will, sie eine unklare Anweisung des Präsidenten zum Handel implementieren muss

**Das gegenseitige Interesse ist derzeit eher GERING.**

oder sie begreift, welche Macht die EU in Wirklichkeit hat. Man sollte die momentane Lage als eine unglückliche Momentaufnahme der US-EU Beziehungen sehen. Jedoch sind die transatlantischen Beziehungen nicht allein von den Führungsetagen in Washington und Brüssel abhängig, sondern bestehen aus einem unglaublich starken Netzwerk städti-

**Langfristig muss das bestehende gute **NETZWERK** zwischen der EU und den USA weiter gepflegt und gestärkt werden.**

scher, staatlicher, kultureller, persönlicher und geschäftlicher Beziehungen, welches weiter wächst und allen Beteiligten zugutekommt. Und das ist es, was wir versuchen sollten, zu erhalten und zu pflegen. ///



**/// PHILIP BEDNARCZYK M.A.**

ist derzeit als Gastwissenschaftler (Fellow) der Robert Bosch Stiftung an der Universität Passau tätig. Zuvor war er Democratic Staff Director of the U.S. House of Representatives, im Subcommittee on Europe and Eurasia in Washington.

**Anmerkungen**

<sup>1</sup> Applebaum, Anne: The anti-Europeans have a plan for crippling the European Union, o. O. 2019, <https://www.washingtonpost.com>, Stand: 28.1.2019.

<sup>2</sup> Lewis, Paul / Hawkins, Tim T. / Macfarlane Ken / u.a.: How Steve Bannon's far-right 'Movement' stalled in Europe, o. O. 2018; <https://www.theguardian.com/>, Stand: 28.1.2019.

<sup>3</sup> Trump, Donald J.: Remarks by President Trump to the People of Poland, o. O. 2017, <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-people-poland/>, Stand: 28.1.2019.

/// Kunst, Kultur und Städtepartnerschaften als Motor für Europa

## **EUROPA? – WIR!**

**WOLFGANG KLEIN /// Künstler sind europaweit unterwegs und könn(t)en ein noch deutlicheres Zeugnis ablegen für „unser“ Europa. Grenzübergreifende Partnerschaftsarbeit zwischen Städten und Gemeinden, Jugend- und Bildungseinrichtungen könn(t)en das ihre dazu beitragen. Schließlich sind Städtepartnerschaften das größte Bürger-Netzwerk in Europa.**

Nutzt die EU die bestehenden europäischen Netzwerke von NGOs im richtigen Maße? Könnte „Bürger-Beteiligung“ auf diese Weise im Alltagsleben nicht aktiver praktiziert werden? Diese Fragen beschäftigen mich bereits seit einiger Zeit. Und wie sieht es denn mit den Kulturschaffenden aus? Kultur verbindet, regt an, bewegt und tut gut. Dies gilt für alle 27 verbliebenen Länder der EU.

„Politik kann nie Kultur, Kultur wohl aber Politik bestimmen.“ Dieser Satz des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963), ist heute aktueller denn je. Künstler kennen keine Grenzen und sind europaweit tätig. Sie begeistern, emotionalisieren, wecken Interesse und provozieren. Sie erfüllen somit auch eine politische Aufgabe. Der chinesische Konzeptkünstler, Bildhauer und Kurator Ai Weiwei hat es dezidiert auf den Punkt gebracht: „Ein Künstler muss mit seiner besonderen Empfindsamkeit auf das Leben reagieren und es verändern.“ Welches Potenzial liegt da ungenutzt brach? Wenn es uns Künstlern gelänge, nur 10 % der „Nichtwähler“ dahinge-

**Mit Kultur kann man viel **BEWIRKEN**.**



Quelle: Foto: Michel Soule, Limerdoux

Im Rahmen des Europafestes 2018 in Pessac (Nouvelle Aquitaine) pflanzen Vertreter der Partnerstädte aus Portugal, Spanien, Frankreich, Deutschland und Rumänien eine Buche als „Baum der Freundschaft“.

hend zu „verändern“, dass diese sich an der Wahl zum Europaparlament beteiligen, welche Ausstrahlung hätte dies?

Nutzen wir also die „Begegnungen der Bürger“, um Europa zu stärken indem wir es „neu denken“. Es geht u. a. darum, die Freizügigkeit beim Studieren zu bewahren und damit der europäischen Jugend die Zukunft zu sichern. Dass unsere Jugend für Europa begeis-

tert werden kann, belegen die nachfolgenden Bild-Dokumente vom Europafest in Pessac 2018 (S. 44-45).

Schauen wir hoffnungsfroh in unsere Zukunft und kämpfen wir dafür, dass die Europäische Union ein Hort der Freiheit, der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens bleibt. Und machen wir uns den Satz zu eigen, den der deutsche Dramatiker und Schriftsteller Gerhart Hauptmann (1862–1946) geprägt hat: „Ich war Europäer ebenso selbstverständlich, wie ich Deutscher war, und vielleicht war man kein richtiger Deutscher, wenn man sich nicht gleichzeitig als Europäer fühlte.“ Schon allein dafür hätte er den Nobelpreis für Literatur verdient, den er 1912 ja dann auch erhalten hat. ///

**Die EU steht für Freiheit und Demokratie.**



Quelle: Freunde Göppingen-Pessac / Wolfgang Klein

Ausstellungs-Eröffnung „Europa? – Wir! – Künstler schlagen Brücken“ (2007!) im Rathaus Foyer in Göppingen (Baden-Württemberg).



Quelle: Freunde Göppingen-Pessac / Wolfgang Klein

2008 (!) war die gleiche Ausstellung im Rathaus-Foyer von Göppingens französischer Partnerstadt Pessac zu sehen.



Impressionen vom Europafest in Pessac 2018.



**/// WOLFGANG KLEIN**

ist literarischer Animateur, Schauspieler, Realisator, Kultur-Manager, Kommunikations-Trainer und Coach sowie 1. Vorsitzender des Vereins Freunde Göppingen-Pessac e. V.

Quelle für alle Bilder: Freunde Göppingen-Pessac / Wolfgang Klein

/// Politische Bildung in digitalen Zeiten

## WISSEN TUT NOT

**RUPERT GRÜBL** /// Politische Bildung basiert auf dem Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes. Die schnellen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und insbesondere der Technik führen bei vielen zu Unsicherheit und Zukunftsängsten, welche Radikalisierung und Extremismus begünstigen. Die digitale Infrastruktur sorgt darüber hinaus für eine weiter anwachsende Informationsflut, auch von Fake News. Politische Bildung muss daher ihr Augenmerk besonders auf die erkennbaren Gefahren für unser gesellschaftliches Zusammenleben richten. Wir haben mit Rupert Gröbl, dem neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, über die Thematik und die Neuausrichtung der Institution dazu gesprochen.

**Politische Studien:** Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden, wenn die Vorhersagen der Experten zutreffen, unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und Arbeitswelt, aber vor allem auch das Lehren und Lernen in erheblichem Ausmaß verändern. Das macht politische Bildungsarbeit nicht unbedingt einfacher. Haben Sie dazu schon Pläne für Ihre Institution?

**Rupert Gröbl:** Aus den technischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre erwachsen auch der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit neue Aufgaben. Zu den bisherigen Arbeitsfeldern wollen wir in Zukunft jeglicher Form von Extremis-

mus und Radikalismus noch stärker entgegenreten und die integrative Erziehung und Bildung weiter fördern. Im Bereich der digitalen Welt ist es wichtig, vor Fake News und sogenannten Alternative Facts zu warnen und ihnen mit objektiver Information zu begegnen. Beim Online-Nutzer-Verhalten soll auf der Grundlage von Wertevermittlung, der wir uns besonders widmen wollen, noch mehr Aufklärung erfolgen. Die Landeszentrale wird ihre Palette elektronischer Angebote künftig deutlich ausbauen und um zielgruppenspezifische Online-Formate, interaktive Webinare und informative Social-Media-Foren erweitern.



Mit Social Media gegen Fake News und Extremismus: Paula Bodensteiner im Gespräch mit Rupert Gröbl, dem neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung.

**Politische Studien:** Politische Bildung ist zweifelsfrei eine wichtige Aufgabe an unseren Schulen. Nur wenn die Jugendlichen politische Zusammenhänge erkennen, ihnen Toleranz-, aber auch Kritikfähigkeit vermittelt werden, können sie gesellschaftliches Verantwortungsgefühl entwickeln. Sie haben viele Jahre als Gymna-

siallehrer für Geschichte und Sozialkunde gearbeitet, Sie kennen die Praxis. Wie stellen Sie sich deshalb Ihre Zusammenarbeit mit den Schulen vor?

**Rupert Gröbl:** Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit wendet sich natürlich bei den ihr übertragenen Aufgaben an alle gesellschaftliche Grup-

„Beim Online-Nutzer-Verhalten soll auf der Grundlage von Wertevermittlung noch mehr **AUFKLÄRUNG** erfolgen.“



“

In diesem Jahr wird die Landeszentrale bayernweit erstmals einen **SCHÜLER-MEDIENTAG** organisieren.

pen und alle Generationen. Als Geschichts- und Sozialkundelehrer liegt mir aber selbstverständlich die politische Bildung an den Schulen besonders am Herzen. In Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, z. B. dem Institut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), möchte ich schulartspezifische Unterrichtsmaterialien, z. T. auch web-gestützt, erarbeiten. In diesem Jahr wird die Landeszentrale bayernweit erstmals auch einen Schüler-Medientag organisieren, um einen Beitrag zur Medienkompetenz der Schüler zu leisten.

**Politische Studien: Fake News, also Falschmeldungen, hat es schon immer gegeben. Vorgänge, die nie stattgefunden hatten, wurden schlichtweg erfunden, Tatsachen verdreht, häufig aus politischen, aber auch aus finanziellen Grün-**

**den. Neu sind aufgrund der heutigen digitalen Möglichkeiten dabei aber Geschwindigkeit und Reichweite. Was wahr oder falsch ist, lässt sich häufig nicht auf den ersten Blick erkennen. Wie wollen und werden Sie in Ihrer Bildungsarbeit darauf reagieren?**

**Rupert Gröbl:** Allein die tägliche Menge der in der digitalen Welt veröffentlichten Nachrichten macht es unmöglich, dieses Problem in Gänze in den Griff zu bekommen. Die Landeszentrale wird jedoch künftig im Bereich der Social Media aktiv werden, um z. B. via Facebook oder Twitter auf Fake News reagieren zu können. Wir wollen den Nutzern objektive Information zur Verfügung stellen, damit sie sich eigenständig eine politische Meinung bilden können. Diesem Ziel dient auch ein Youtube-Kanal der Landeszentrale, der sobald wie möglich ins Leben gerufen wird.

“

Es gilt vielmehr **ZUSAMMENZUARBEITEN**, um zu erkennen, welche Institution in bestimmten Bereichen besondere Stärken hat.

**Politische Studien:** Es gibt ja zahlreiche Institutionen auf Bundes- und Länderebene in unterschiedlichster Trägerschaft und Organisation wie beispielsweise auch die Hanns-Seidel-Stiftung, die sich die politische Bildung zur Aufgabe gemacht haben. Wie versuchen Sie, die Landeszentrale für politische Bildung in dieser schwer überschaubaren Vielfalt zu positionieren?

**Rupert Gröbl:** In diesen Zeiten darf es nicht darum gehen, dass sich einzelne Institutionen, die sich der politischen Bildung angenommen haben, „positionieren“. Es gilt vielmehr zusammenzuarbeiten, um zu erkennen, welche Institution in bestimmten Bereichen besondere Stärken hat. Daher lade ich zu einer Kooperation aller Institutionen, die das Ziel einer ideologiefreien, überparteilichen Bildungsarbeit verfolgen, ein.

**Die Fragen stellte Paula Bodensteiner, Referentin für Bildung, Hochschulen, Kultur, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



**/// RUPERT GRÖBL OStD**

ist Leiter der Landeszentrale für politische Bildung (BLZ), München.

/// Große Eröffnung: Das Museum der Bayerischen Geschichte

## VON DER LEDERHOSE ZUM LAPTOP – BAYERNS WEG IN DIE MODERNE

**RICHARD LOIBL** /// Das neue Museum in Regensburg zeichnet mittels eines synergetischen Geschichtstheaters den Weg Bayerns zum modernen Staat nach. Mit Bayern wurde und wird ja viel verbunden – seine Bewohner, ihr Dialekt, große Feste, nicht nur königliche Bauwut, heiliges Theater sowie großartige Natur. Die Dauerausstellung zeigt die Klischees, schaut aber auch dahinter. Wie bedroht ist das Idyll, wie katholisch sind die Bayern wirklich, wie schaut das typische bayerische Bauwerk aus? Es wird spannend, Bayern so zu entdecken.

### So begann es...

Es ist ein sehr modernes Haus, das wir im Juni 2019 nach nur sieben Jahren Vorbereitungszeit eröffnen, sowohl von der Architektur als auch insbesondere vom Konzept her. Das Projekt stammt von einer recht alten Idee: 1961 stellte die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag in der Person von Ministerpräsident a. D. Wilhelm Hoegner den Antrag, eine „Stätte geschichtlicher Selbstdokumentation des bayerischen Staates“ zu er-

richten.<sup>1</sup> Dieser Ansatz war seiner Zeit weit voraus. Selbst auf Bundesebene gelang es erst 1986, also eine ganze Generation später, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn zu gründen.

Der zukunftsweisende Vorstoß geriet jedoch in Bayern bald in Konflikt mit den Direktoren der staatlichen Museen, die fürchteten, dafür Schätze aus ihren Häusern abgeben zu müssen. Zudem führte er zu einem Streit bei Professoren und Schulen, die zwischen dem veralteten Konzept des „Nationalmuseums“ und dem unausgegorenen des „Sozialmuseums“ ohne Objekte lavierten, und am Ende gar in den politischen Disput um die neue Staatskanzlei im Münchner Hofgarten. Schließlich ging die Ausformung als Dauerausstellung zur bayerischen Geschichte im Verbund

**Den ersten Ansatz für dieses Museum gab es bereits 1961.**



Das lichtdurchflutete Foyer des neuen Museums bildet eine Verbindung zwischen dem Donau-Ufer und der Altstadt, fotografiert im Juni 2018.

mit der Staatskanzlei in den archäologischen Funden im Hofgarten unter, die den Neubau einschrumpfen und das Museum verschwinden ließen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es aber das „Haus der Bayerischen Geschichte“ schon längst. 1972 war es als Arbeitsgruppe eingerichtet worden und als sich die Umsetzung als Museum verzögerte, machte sich der damalige Leiter Hubert Glaser an ein neues Format, das im Gegensatz zum Museum so sensationell modern erschien und derart in der Luft lag, dass es fast zeitgleich dreimal in der Bundesrepublik angegangen wurde. 1976 realisierte die schon erwähnte Arbeitsgruppe „Haus der Bayerischen Geschichte“ die große historische Ausstellung „Kurfürst Max Emanuel – Bayern und Europa um 1700“ in Schleißheim, die mit fast 280.000 Besuchern einen grandiosen Erfolg feiern konnte.<sup>2</sup> Erst danach kamen die Ausstellungen „Die Zeit der Stauer“ in Stuttgart 1977 und „Preußen – Versuch einer Bilanz“ in Berlin 1981, ebenfalls historische Ausstellungen. Und genau das war das eigentlich Neue, weil bislang ästhetisierende kunsthistorische Präsentationen üblich waren.<sup>3</sup>

Während die Präsentationen in Stuttgart und Berlin keine Fortsetzungen fanden, machte sich die bayerische Arbeitsgruppe sogleich an das nächste Projekt, die große Wittelsbacher-Ausstellung, die dann 1980 an drei Standorten in Lands hut und München wieder mit großartigem Erfolg (480.000 Besucher) realisiert werden sollte. Zum 1. Oktober 1978 glückte nun die förmliche Gründung des Hauses der Bayerischen Geschichte (HdBG) als selbständige und unmittelbar in das Kultusministerium eingegliederte Behörde durch Ministerratsbeschluss am Ende der Ära Alfons Goppel. Ein Haus hatte das Haus der Bayerischen

Geschichte auch zu diesem Zeitpunkt nicht (abgesehen von den Büroräumen in der Wagnmüllerstraße im Münchner Lehel), außerdem keine Sammlung, aber einen eigenen Etat und dazu aufwachsende Kompetenz in Ausstellungsfragen bei steigender Nachfrage nach historischen Ausstellungen. Nachdem bei der Wittelsbacher-Ausstellung der Etat mehr oder weniger gesprengt worden war, wurden im Nachgang dann auch die notwendigen Strukturen für eine effektive Etatverwaltung geschaffen.

**Das „HAUS DER BAYERISCHEN GESCHICHTE“ entstand 1972 aus einer Arbeitsgruppe für Ausstellungen.**

Das waren die Grundlagen für den „Wanderzirkus“, wie die Mitarbeiter des HdBG ihren Betrieb gerne scherzhaft nannten. Gemeint waren damit die Landesausstellungen (so benannt seit 1992), die jährlich an wechselnden Orten und zu wechselnden Themen im ganzen Land stattfanden und -finden. Etabliert wurden sie unter der Leitung von Claus Grimm (1983 bis 2007) und dann bezüglich der wissenschaftlichen Fundierung, aber auch der Öffentlichkeitsarbeit gestärkt und als Marke reformiert. Mit der Bayerischen Landesausstellung „Götterdämmerung: König Ludwig II.“ 2011 auf Herrenchiemsee konnte mit sagenhaften 575.000 Besuchern die erfolgreichste historische Präsentation in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung realisiert werden. Hinzu ka-

men mit der Edition Bayern und der Bayern-Ausstellung neue Formate, die sogleich ihre Kundschaft fanden.

### Die Planungsphase

In diesem so erweiterten „Wanderzirkus“ hatten wir uns gut eingelebt, als mit der ersten Regierungserklärung von Ministerpräsident Horst Seehofer 2008 die Bombe platzte: „Wir wollen unsere bayerische Geschichte für die Menschen greifbarer, erlebbarer, unmittelbarer machen [...]. Ich denke auch daran, mittelfristig ein Museum zur bayerischen Geschichte zu verwirklichen.“ Da war es wieder, das Museum. Aber wie sollte es kommen? Anstelle der Landesausstellungen und für das Haus der Bayerischen Geschichte, als neue Institution, die der alten Konkurrenz macht, als Anhängsel eines Lehrstuhls, im Bayerischen Nationalmuseum oder als neues Haus mit der „ganzen“ Bayerischen Geschichte von Garibaldi bis Seehofer? Vieles wurde damals diskutiert.

Das (alte) HdBG hatte man bezüglich der zuvor zitierten Regierungserklärung nicht konsultiert. Dessen großer Vorteil war, dass Betreiber und Diskutanten der Idee keinerlei praktische Erfahrung mit Museumsprojekten besaßen. Dafür war der Direktor des HdBG aber im „Nebenamt“ gerade noch dabei, das neue Staatliche Textil- und Industriemuseum (tim) in Augsburg zur Welt zu bringen. Dies war ein denkbar schwieriges Projekt, verbunden mit der städtebaulichen Entwicklung eines ganzen Stadtquartiers, ausgeführt bei sehr angespannter Lage der öffentlichen Finanzen, das 2010 dann aber eröffnet werden konnte.<sup>4</sup> Es gab aber reichlich museale Erfahrung bei den Mitarbeitern des HdBG und seinem stellvertretenden Direktor Rainhard Riepertinger.

**2008 beschloss Ministerpräsident Seehofer den Bau eines MUSEUMS ZUR BAYERISCHEN GESCHICHTE.**

Aus diesem Erfahrungsschatz schöpfend konnte der Direktor des HdBG bereits im Februar 2009 eine Einschätzung des Projektes mit Handlungsempfehlungen, ein Grobkonzept und einen detaillierten Plan zur Umsetzung samt realistischem Kostenhorizont vorlegen. Alle wesentlichen Eckpunkte des Projektes waren hier bereits aufgeführt:

- „Das neue Museum darf [...] das HdBG mit seinen Landesausstellungen nicht ersetzen, sondern kann es ergänzen.“
- Vorgeschlagen wird, ein Museum des Freistaates Bayern mit Schwerpunkt auf der Zeit von 1806 bis heute anzustreben, das die politische Geschichte darstellt, die demokratischen Traditionen und nach modernen kulturhistorischen Fragestellungen die prägenden Kräfte Bayerns und seiner Regionen aufzeigt. Dies schließt nicht aus, dass die staatlichen Kontinuitäten in einem einleitenden Teil, der stark multimedial geprägt ist, bis in das frühe Mittelalter zurückverfolgt werden.
- Die Federführung des Projektes erhält das Haus der Bayerischen Geschichte. Nur das Haus kommt als Träger des Museums infrage: der zentralisierende Ansatz eines Museums kann nur im Rahmen des dezentralen Ansatzes des Hauses der Bayerischen Geschichte in

einen verträglichen Rahmen eingebettet werden. Zwei voneinander unabhängige Institutionen würden dagegen zu einer völlig ineffektiven Konkurrenzsituation führen.“

Diese Projektkonstruktion setzte sich durch. Noch im gleichen Jahr wurde das HdBG vom Ministerrat beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten. Zur Unterstützung wurde ein Beirat einberufen, in dem die praktisch erfahrene Museumsseite mit Vertretern der Geschichtshäuser in Bonn und Stuttgart, der wichtigen bayerischen Häuser, u. a. auch des Bayerischen und Germanischen Nationalmuseums sowie kommunaler Museen wie der Kunsthalle Schweinfurt und dem Stadtmuseum Salzburg hohes Gewicht besaßen. Am 17. Juni 2010 legte das HdBG dem Gremium ein erstes Konzept im Sinne der zuvor zitierten Eckpunkte vor, welches Zustimmung und Unterstützung fand. Auf dieser gemeinsamen Basis konnte ein Konflikt, wie er noch in den 1960er-Jahren zwischen HdBG und staatlichen Museen entstanden war, verhindert werden.

**In KOOPERATION mit allen wichtigen bayerischen Museumseinrichtungen erarbeitete das HdBG ein Konzept.**

Nachdem Ministerpräsident Seehofer wenige Tage zuvor bei der Eröffnung der Bayerischen Landesausstellung zu König Ludwig II. auf Herrenchiemsee die Errichtung des neuen Museums an-

gekündigt hatte, stimmte der Bayerische Ministerrat am 17. Mai 2011 dem Konzept zu und beauftragte das HdBG als Part des Wissenschaftsministeriums, damals unter Leitung von Staatsminister Wolfgang Heubisch, mit der Durchführung eines Standortwettbewerbs.

Nun war Zug im Projekt, zumal auch ein eindeutiges Ziel ins Auge gefasst wurde, nämlich die Eröffnung 2018 im Jubiläumsjahr „100 Jahre Freistaat Bayern“. Das HdBG holte die Oberste Bayerische Baubehörde und die Immobilien Freistaat Bayern ins Boot und untersuchte 25 Bewerbungen von Augsburg bis Passau und von Kempten bis Würzburg. Bereits am 10. November 2011 konnte dem Beirat eine ausführliche Bewertung der Bewerbungen vorgestellt werden. Einstimmig entschied sich dieser für die Empfehlung Regensburgs. Am 7. Dezember 2011 folgte der Bayerische Ministerrat dieser Empfehlung. Die wichtigsten Argumente dafür waren:

- das Baugrundstück am Donaumarkt in hervorragender Lage von hoher städtebaulicher Relevanz und Attraktivität, fußläufig nur fünf Minuten vom Dom entfernt und direkt an der alten bayerischen Schlagader Donau gelegen;
- die Möglichkeit, hier einen modernen städtebaulichen Akzent für Regensburg und einen kulturellen Leuchtturm für Bayern zu realisieren;
- alle Museumsfunktionen hier unterzubringen und dabei mit dem Österreicher Stadel historische Bausubstanz einzubeziehen und zu erhalten;
- über Wärmerückgewinnung aus Schmutzwasser in energetischer Hinsicht neue Wege zu beschreiten und dabei die Unterhaltskosten zu senken und

- schließlich die Lage Regensburgs in der Mitte Bayerns und seine historische Relevanz als älteste Hauptstadt Bayerns, Reichsstadt und Ort des Imperwährenden Reichstages.

Jetzt war die entscheidende Frage, ob die Regensburger Bewerbungsversprechungen der Überprüfung standhielten. Vorsichtig beauftragte der Ministerrat das HdBG zunächst nur mit Verhandlungen mit der Stadt Regensburg. In Rekordzeit wurden sie abgeschlossen und mündeten in einen Vertrag zwischen dem Freistaat Bayern und der Stadt Regensburg, den Kunstminister Heubisch und Oberbürgermeister Schaidinger im Beisein von Ministerpräsident Seehofer am 23. April 2012 bei einem Festakt in Regensburg unterzeichneten.

Eine Verschneupause trat nicht ein. Das HdBG verstärkte sein Museums-

### Als Standort fiel die Wahl auf **REGENSBURG.**

team, nicht zuletzt mit den erfahrenen Mitarbeiterinnen aus dem Projekt tim in Augsburg, Christina Schmitt und Natascha Zödi-Schmidt, und machte sich an die weitere Ausarbeitung des Museumskonzepts. Für den Architektenwettbewerb konnte bereits ein ausführliches Konzept samt Raumprogramm vorgelegt werden. Wichtigstes Vorbild dafür war das Textil- und Industriemuseum in Augsburg, das von seinem Gründungsdirektor als flexibles Haus mit multi-

funktional nutzbaren Flächen ausgelegt war, sowohl für Ausstellungs- als auch Veranstaltungszwecke.

Durchgeführt wurde der Architektenwettbewerb bis zum 27. April 2013. Er verlief – das soll hier gar nicht verhohlen werden – strittig. Die dem ästhetischen Ansatz verpflichteten Fachpreisrichter standen den Sachpreisrichtern von der praktisch ausgerichteten Museumsseite gegenüber. Dass der unterlegene Favorit der Museumsseite nach dem Wettbewerb zum „Liebling der Herzen“ in Regensburg gekürt wurde, war ein gewisser Trost. Noch mehr, dass mit Stefan Traxler als erstem Preisträger ein Architekt zum Zuge kam, der für die praktischen Belange des HdBG und die Empfehlungen seiner Museumsgestalter offen war. Als entscheidende Verstärkung für das Projekt konnte kurz nach dem Architektenwettbewerb für die Gestaltung der Dauerausstellung das Büro HG Merz aus Stuttgart gewonnen werden, das zu den renommiertesten Museumsbauern in Europa zählt. Seine Planungen beeinflussten das Innenleben des Traxlerbaus positiv und ermöglichten das wunderbare Foyer als Schaltzentrale des neuen Hauses.

### Es wird gebaut

Architekt, Staatliches Bauamt, Bauleitung und natürlich die Baufirmen trieben den Rohbau voran, sodass am 22. Mai 2015 die Grundsteinlegung erfolgen konnte. Das Ziel – Museumseröffnung noch 2018 – machte ein Brand am 9. Juli 2017 in der Bavariathek, dem medienpädagogischen Zentrum des Museums, leider zunichte: 10 Millionen Euro Schaden! Beinahe noch schlimmer waren die Auswirkungen auf die Moral. Sollten die Baufirmen für den Schaden haftbar gemacht werden? Nicht auszu-



Quelle: © Staatliches Bauamt Regensburg | Foto: Nürnberg Luftbild Hajo Dietz

Luftbild vom Museum der Bayerischen Geschichte (August 2018).

schließen, nachdem die Abnahme noch nicht erfolgt war. Entscheidend war die Frage nach der Ursache: Brandstiftung oder Fehler einer Firma? Sie konnte aber nie endgültig geklärt werden. Diesmal brachte der Finanzausschuss im Landtag den Durchbruch: Der Freistaat übernahm den Schaden. Es ging weiter. Was aber fehlte, war ein neues Ziel. Dieses wurde der Tag der offenen Tür. Am 9. und 10. Juni 2018 sollte das Gebäude den Besuchern außen wie innen erstmals präsentiert werden und zwar so fertig wie nur möglich und mit so viel Programm, wie es nur ging. Wieder war es Ministerpräsident Seehofer, der dieses Vorhaben maßgeblich förderte.

Zum Museumsfest kam dann der neue Ministerpräsident Markus Söder samt neuer Kunstministerin Marion Kiechle. Und vor allem kam Christoph Süß. Wir schafften es, die Panorama-

Präsentation „Was vorher geschah“ fertigzustellen. In einer sensationellen Rundum-Projektion zeigen hier fünf Episoden die Geschichte vor Königreich und Freistaat, und zwar anhand von Regensburger Denkmälern: vom Römerkastell bis zum Immerwährenden Reichstag; Süß in 39 Rollen mit realitätsnahen Rekonstruktionen, meisterhaft ausgeführt von Jangled Nerves aus Stuttgart. Am Samstag, den 9. Juni 2018, lief

Beim **TAG DER OFFENEN TÜR** im Juni 2018 bekamen die begeisterten Regensburger vorab einen Einblick in das neue Museum.

die Präsentation zum ersten Mal, danach die Mundpropaganda, und am Sonntag wollten sie 30.000 sehen. Viele standen zwei Stunden und länger dafür an. Jetzt war die Stimmung gut. Die Stadt freute sich auf ihr neues Museum.

Dann war wieder das HdBG an der Reihe. Im Januar 2019 begann die Objektmontage und im April startet der Probebetrieb. Das Museumswirtshaus und der Laden wurden bereits verpachtet, Führungs- und Aufsichtsdienst vergeben. Im Juni 2019 wollen wir eröffnen. Wenn es gelingt, dann waren wir gemeinsam auf Rekordkurs unterwegs. So schnell wurde nach allem, was wir wissen, noch nie ein vergleichbares Museum, das ohne Sammlung begonnen hat, eröffnet.

### Das Museumskonzept

Ausschlaggebend für den schnellen Fortschritt war das Konzept. Es erwies sich als so tragfähig, dass es während der Genese niemals abgeändert, sondern hinsichtlich Standort und Architektur lediglich leicht modifiziert werden musste. Kernelemente sind die folgenden klassischen Museumsfunktionen, für die eine Nutzfläche von insgesamt ca. 8.000 qm<sup>2</sup> zur Verfügung steht:

- Das Sammlungsdepot: Dafür wurde von der Stadt Regensburg der Österreicher Stadel, ein Nutzbau aus Steinmauerwerk, saniert und hergerichtet.
- Die Bavariathek als moderne, pädagogische Einrichtung mit Bildarchiv, Tonstudio und Schulungsräumen ist gleichzeitig Sitz der Museumsverwaltung. Der Entwurf von Traxler stellte hier deutlich mehr Fläche als gefordert zur Verfügung, weshalb erfreulicherweise für Bildarchiv und Schulungsräume großzügiger geplant werden konnte.

- Der Ausstellungsbereich mit der Dauerausstellung im Ersten Obergeschoss, die eine zusammenhängende Nutzfläche von 2451 qm<sup>2</sup> sowie großzügige Raumhöhen und abgesehen von den Kulturkabinetten keine abgetrennten Raumbereiche aufweist – eine exzeptionell herausragende Basis für die Gestaltung der Ausstellung. Das Flächenangebot, das dem Bedarf von zwei Landesausstellungen entspricht, ermöglicht es, Kulturgut des 19. und 20. Jahrhunderts, also auch Maschinen und Automobile, zu präsentieren. Andererseits überfordert es den Besucher ob der schieren Ausdehnung nicht. Eine Besonderheit des Museums ist der kombinierte Bereich im Erdgeschoss für Sonderausstellungen und Veranstaltungen mit 923 qm<sup>2</sup> Nutzfläche. Durch mobile Trennwände ist er in zwei Bereiche von jeweils ca. 450 bzw. 470 qm<sup>2</sup> teilbar. Diese Flexibilität ermöglicht es, sparsam mit dem Raumangebot umzugehen und die Flächen effektiv zu nutzen.
- Dazu bedarf es aber auch eines optimalen, ebenfalls flexibel nutzbaren Foyers mit zwei Zugängen von der Donau aus im Norden und zur Altstadt im Süden. Alle wesentlichen Funktionen sind von hier aus erreichbar:
  - Museumsladen mit Kasse und Information,
  - Museumswirtshaus mit Vollküche und Biergarten auf der Donauseite,
  - Sonderausstellungs- / Veranstaltungsbereich,
  - Museumspädagogische Räume im Zwischengeschoss sowie
  - das Panorama (Schauroum) mit der Einführung „Was vorher geschah“ von Christoph Süß, das für Veranstaltungen aber auch „zuschaltet“ werden kann.

So wird es beispielsweise möglich, im September 2019 die Bayerische Landesausstellung „Hundert Schätze aus tausend Jahren“ im Foyer mit 500 Gästen zu eröffnen und diese anschließend zu bewirten.

**Das neue Museum „Haus der Bayerischen Geschichte“ basiert auf einem SYNERGETISCHEN Konzept.**

Synergie ist eine der wesentlichen Grundlagen des Museumskonzeptes. Das neue Museum der Bayerischen Geschichte (MDBG) bleibt organisatorischer Teil des HdBG. Dieses behält für die Bayerischen Landesausstellungen die Direktion in Augsburg, gewinnt als zweiten Standort Regensburg hinzu und nutzt Technik, Konzeption, Rekonstruktionen und wissenschaftliche Erträge der Bayerischen Landesausstellungen, um das Museum aktuell zu halten. Um die Zusammengehörigkeit zu betonen und der vom HdBG selbst begründeten Tradition treu zu bleiben, für moderne Geschichtshäuser den Titel „Museum“ zurückzustellen, wird es zukünftig Haus der Bayerischen Geschichte heißen. Für dieses neue HdBG erfand die Peter Schmidt Group ein neues Corporate Design, das 2018 mit dem German Brand Award in Gold ausgezeichnet wurde.

Ausgangspunkt für das inhaltliche Konzept ist das Bayern von heute. Wertet man die Umfragen und Veröffentlichungen hierzu aus, kristallisieren sich folgen-

de Begrifflichkeiten heraus, die mit Bayern besonders verbunden werden:<sup>5</sup>

- Landschaften,
- wirtschaftlicher Erfolg,
- Geschichte, Kultur und Tradition,
- regionale Vielfalt sowie
- (daraus resultierend) eine besondere (staatliche, föderale) Identität und politische Kultur.

Diese Zuschreibungen sind aus der Geschichte herzuleiten. Bayern erlebte – vormals noch stark agrarisch geprägt – in der Nachkriegszeit im bundesdeutschen und europäischen Kontext einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung und entwickelte sich mit besonderer Dynamik seit der Wiedervereinigung, dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung zu einer der wirtschaftsstärksten „Regionen“ Europas mit Schwerpunkten auf Industrie, High Tech und Dienstleistung, neuerdings auch der Digitalisierung in allen Daseinsbereichen. Parallel stieg die Anziehungskraft des Landes.

Gleichzeitig wurden und werden kulturelle Phänomene in Bayern weit über den Freistaat hinaus wahrgenommen, bisweilen als typisch bayerisch apostrophiert oder international sogar als Charakteristikum für die Bundesrepublik gewertet (z. B. Schloss Neuschwanstein, die Bierkultur, insbesondere das Oktoberfest, alpenländische Tracht, der FC Bayern München, der Christkindlesmarkt in Nürnberg, die Augsburger Puppenkiste usw.).<sup>6</sup> Manche Elemente und Stereotype bayerischer Lebensformen und Kultur sind mittlerweile außerhalb Bayerns verbreitet, von der Trachtenwelle auf dem Cannstatter Volksfest in Stuttgart bis zu den „bayerischen“ Bierfesten in den USA, China und Brasilien. In den Medi-

en wurde sogar von einer „Bajuwarisierung“ der Bundesrepublik gesprochen.<sup>7</sup>

Andererseits wurden in Bayern selbst ein beschleunigter kultureller und gesellschaftlicher Wandel und eine zunehmende gesellschaftliche Pluralisierung greifbar.<sup>8</sup> Nach der Bildung der Koalitionsregierung von CSU und FDP 2008 titelten Medien „Wird Bayern deutsch?“<sup>9</sup>, und nach der Landtagswahl 2018 hieß die Heute Show des ZDF in der Sendung vom 19. Oktober Bayern als „normales Bundesland“ willkommen. Konkret nachweisbar ist in diesem Zusammenhang der Rückzug der Dialekte aus den bayerischen Ballungsräumen. Zahlreiche kulturelle Phänomene in Bayern – der im Dialekt gehaltene Bayernfilm, bayerische Musikgruppen, entsprechende Internetforen, vielfältige Geschichtskultur, neue Zeitschriften wie MUH oder das Kabarett – zeigen komplementär zum Phänomen der Internationalisierung und Globalisierung einen vielfältigen, auf Bayern bezogenen Identitätsdiskurs gerade auch in der jüngeren Generation. Insgesamt erweist sich der Freistaat Bayern als ein Land erheblicher Dynamik. Dieser Entwicklungsprozess – das Werden des modernen, heutigen Bayern – soll in der Dauerausstellung des MDBG nachvollzogen, soweit möglich erklärt und attraktiv präsentiert werden.

**Die Dauerausstellung soll anschaulich das WERDEN des modernen, heutigen Bayern zeigen.**

### Zeitlicher Rahmen

Den zeitlichen Rahmen bilden die rund letzten 200 Jahre, ausgehend von der seit dem Mittelalter gewachsenen Territoriallandschaft, die nach 1800 in das neue Königreich Bayern integriert wurde. Hier wurde das heutige Staatsgebiet geschaffen, kamen die Altbayern und Pfälzer mit den Franken und Schwaben – die wesentliche Grundlage für die Vielfalt des Landes – zusammen. Auf den vergleichbaren Ansatz des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart sei verwiesen. Wir orientieren uns am Bayerischen Nationalmuseum und schließen, mit einer „Schnittmenge“ im 19. Jahrhundert, zeitlich an dessen Präsentation bei anderer thematischer Ausrichtung an. Gleichmaßen richten wir daran unser Sammlungskonzept aus, das den Schwerpunkt im 20. und 21. Jahrhundert setzt und damit in die Zukunft zielt und dementsprechend auch die mediale Überlieferung besonders beachtet.

Neben den Grundlagen, die im 19. Jahrhundert für das moderne Bayern gelegt wurden, wirken sehr viel ältere Traditionslinien in die Gegenwart, welche ohne deren Kenntnis nur schwer verstanden werden kann. Dem tragen wir dadurch Rechnung, dass in eigenen Ausstellungssequenzen, den sogenannten „Kulturkabinetten“, derartige Traditionen präsentiert werden, wobei wir hier über die „untere“ Zeitgrenze in die Vergangenheit zurückschreiten. Zudem wird im „Schauraum“, der an das Foyer grenzt, die filmische Präsentation „Was vorher geschah“ angeboten, die in fünf Sequenzen die bayerische Geschichte vor 1800 zeigt. Sie eröffnet neue „Geschichtswege“ – über Monumente in der Stadt Regensburg, anhand derer die „gesamte“ bayerische Ge-

schichte im Kontext der deutschen und europäischen Geschichte erlebt werden kann.

### Raum und Themen

Entsprechend dem zeitlichen Rahmen steht im MdBG das Land Bayern von heute im Zentrum, wobei zu berücksichtigen ist, dass vor 1945 auch die Pfalz mit Speyer, Kaiserslautern und Ludwigshafen zum Königreich bzw. Freistaat gehörte. Um den Prozess nachvollziehen zu können, sind die wichtigen Stationen der politischen Entwicklung und der Wandel der staatlichen Institutionen wie Regierung, Landtag oder Judikative aufzuzeigen. Dabei werden politische Prozesse und der Wandel bayerischer Staatlichkeit in Wechselbeziehung zu Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Alltag entwickelt. Entsprechend dem politischen Auftrag, das demokratische Bewusstsein zu stärken, wird es um Demokratiegeschichte gehen, wobei die freiheitlichen und konsensualen Traditionen Bayerns, aber auch Brüche und Verwerfungen besonders zu beachten sind. Insgesamt geht es um einen multidisziplinären Zugriff, der Impulse der „Neuen Kulturgeschichte“ aufgreift. Die Geschichte Bayerns wird im Kontext der europäischen Zentrallage des Landes verortet und in seiner regionalen Vielfalt und in seiner nationalen sowie internationalen Ver-

netzung bei entsprechenden Transferprozessen zur Geltung gebracht. Sie öffnet sich damit für Fragestellungen auch der deutschen und europäischen Geschichte.

### Museumswissenschaftliche Methoden

Für die Ausstellung ergibt sich aus den Fragestellungen eine chronologische Gliederung für den Hauptteil und zugleich eine erzählende Herangehensweise, die in der Geschichtsforschung wieder größere Beachtung findet.<sup>10</sup> Dadurch bietet sich im Sinne moderner Geschichtsdidaktik auch ein emotionaler Zugang,<sup>11</sup> insbesondere durch die Erörterung nicht nur allgemeiner historischer Sachverhalte, sondern die Konkretisierung an persönlichen Schicksalen.

Aus musealer Sicht kommt als entscheidendes Kriterium hinzu, inwiefern die als wichtig erachteten Sachverhalte durch Objekte darstellbar sind. Wir wollen mit unserem Projekt die Institution „Museum“ zwar in die Zukunft führen, die wesentlichen Grundkonstanten – das Sammeln, Bewahren, Präsentieren und Erschließen von Exponaten – aber nicht verlassen, zumal in der Präsentation von Originalen, ihrer Wahrnehmung im Kontext und Raum ein Alleinstellungsmerkmal des Museums im Vergleich zu Film und Web besteht. Dabei können wir nicht auf eine umfangreiche, alle Fragestellungen abdeckende Sammlung zurückgreifen. Vielfach sind wir auf Leihgaben angewiesen, die dem MdBG nur für eine begrenzte Zeit überlassen werden. Dies engt den Umfang der präsentierbaren Themen ein und stellt hohe Anforderungen an die Ausstellungsgestaltung, die den partiellen Wechsel von Exponaten ermöglichen muss,

ohne die gesamte Ausstellung umzugestalten. Ferner soll sie die Möglichkeiten bieten, wichtige historische Themen über Medien zu präsentieren, freilich ohne den Besucher durch die Aneinanderreihung von Bildschirmen sowie Jahreszahlen- und Ereigniskolonnen zu überfordern.

Dem tragen wir Rechnung, indem wir verschiedene, für den Besucher klar erkennbare Formate anbieten, Hauptthemen in „großen Bildern“ präsentieren und davon Nebenthemen ableiten. Eine zusätzliche Erschließungshilfe bietet der Mediaguide, mit dem man an derartige Ereignisfelder anschließen, sie vertiefen und gegebenenfalls über Medien nachvollziehen kann.

Wichtigste – weil augenfälligste – Elemente des Museums werden die „großen Bilder“ oder „Bühnen“ sein. Darunter kann man im eigentlichen Sinn des Wortes tatsächlich Bilder wie Gemälde, Fotos oder Filme verstehen, wenn sie selbsterklärend einen Sachverhalt aufzeigen. Im besten Sinn klassischer Museumsarbeit wird es sich aber auch um „Arrangements“ handeln, das Zusammenführen von Objekten, deren historische Bedeutung sich erst durch diese Inszenierung erschließt und den Besucher zur intensiveren Beschäftigung mit dem Thema anregt.

Wir suchen dabei die konkrete Geschichte. Diese Bilder wollen wir genau analysieren – das Mikroskop ist hier die Alternative zum Teleskop. Hier endet die Untersuchung und zugleich Präsentation jedoch nicht, sie betrachtet vielmehr die Wahrnehmung und auch die Auswirkung des Ereignisses auf die Menschen und verbindet sich so mit der von Edward Thompson formulierten Forderung, Geschichte „von unten“ zu analysieren.<sup>12</sup> Dabei folgen wir auch

dem Rat des Klassikers der Kulturgeschichte Johan Huizinga, der bereits 1919 fragte: „Welches Bild können wir uns von einer Zeit machen, wenn wir darin keine Menschen sehen?“<sup>13</sup>

Hauptthemen werden anhand konkreter Geschichten in großen BILDERN präsentiert.

Von unseren Bildern spinnen wir den Erzählfaden weiter zu wichtigen Personen und verwandten Sachbereichen. Entscheidend ist dabei für den Besucher, dass er durch die Präsentation klar erkennt: Was ist das Hauptbild, was ist die Vertiefung? In einem Museum, das sich demokratischen Grundsätzen besonders verpflichtet zeigt, wollen wir den Besucher nicht in eine Zwangsführung pressen, sondern ihm ein überschaubares und individuell gestaltbares Angebot machen, bei dem er selbst auswählt, welche Themen er vertiefen will. Lediglich die Präsentation der NS-Zeit wird man durchqueren müssen. Folgendes Beispiel soll diese Vorgehensweise verdeutlichen: Eines der Hauptbilder wird „Bayern industrialisiert mit Maß“ sein. Hier setzen wir die großen Werbeschilder bayerischer Brauereien in Verbindung mit einer der ersten Kältemaschinen nach dem Prinzip Linde. Sie ermöglichte den Sprung des traditionellen Bierbrauerhandwerks zur Exportindustrie. 1913 stammte jedes zehnte auf der Welt getrunkenes Bier aus Bayern.<sup>14</sup> Diese Geschichte steht beispielhaft für die beson-

Das MdBG zeigt auf **MULTIDISZIPLINÄRE** Weise die Geschichte Bayerns.

## NACHGEORDNETE Ausstellungseinheiten greifen fakultative weiterführende und vertiefende Nebenthemen auf.

dere Form der bayerischen Industrialisierung, die mangels Steinkohlevorkommen nicht auf Schwerindustrie, sondern auf die Weiterentwicklung klassischer Handwerkszweige setzte. Der Besucher kann sich ausgehend von diesem Bild die weiteren Erscheinungsformen der Industrialisierung und ihre Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft in nachgeordneten Ausstellungseinheiten weiter erschließen sowie ferner auf dem Media-guide zusätzliche Informationen wie Film- und Hörfunkbeiträge abrufen. ///



© Haus der Bayerischen Geschichte  
Foto: Fred Schöllhorn

/// **DR. RICHARD LOIBL**  
ist Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Augsburg.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vollhardt, Ulla-Britta: Geschichtspolitik im Freistaat Bayern: Das Haus der Bayerischen Geschichte. Idee, Debatte, Institutionalisierung, München 2003.
- <sup>2</sup> Glaser, Hubert (Hrsg.): Kurfürst Max Emanuel. Bayern und Europa um 1700, München 1976.
- <sup>3</sup> Hausserr, Reiner (Hrsg.): Die Zeit der Stauer: Geschichte, Kunst, Kultur, Stuttgart 1977, besonders das Vorwort von Hans Filbinger in Bd. 1, S. V-X; Korff, Gottfried: Zur Einführung, in: Preußen – Versuch einer Bilanz. Bilder und Texte einer Ausstellung, hrsg. von Ulrich Eckhardt, Berlin 1982, S. 14-17.
- <sup>4</sup> Loibl, Richard (Hrsg.): Das Bayerische Textil- und Industriemuseum (tim) in Augsburg, Schriften des tim, Heft 1/2008, Augsburg, besonders S. 4-10.
- <sup>5</sup> Heimatgefühl und Leben in Bayern, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2009; Gruber, Thomas (Hrsg.): Ansichtssache Bayern. Annäherung an eine Heimat, BR-Bayernstudie, Frankfurt a. M. 2010.
- <sup>6</sup> Loibl, Richard: Forschungsreise in den Mythos, in: Wald, Gebirg und Königstraum – Mythos Bayern. Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2018 im Kloster Ettal, hrsg. von Margot Hamm u. a., Augsburg 2018, S. 12-21.
- <sup>7</sup> Vgl. Strohmaier, Brenda: Ganz Deutschland wird zum Hofbräuhaus, in: Die Welt, 24.3.2014.
- <sup>8</sup> Kramer, Ferdinand: Kulturelle Identitäten im Wandel, in: Archive in Bayern 3/2007, S. 171-183.
- <sup>9</sup> Z. B. Die Zeit, 18.9.2008.
- <sup>10</sup> Burke, Peter: Was ist Kulturgeschichte?, Frankfurt a. M. 2005, S. 178.
- <sup>11</sup> Frevert, Ute: Was haben Gefühle in der Geschichte zu suchen?, in: Geschichte und Gesellschaft 35/2009, S. 183-207; Frevert, Ute / Schmidt, Anne: Geschichte, Emotionen und die Macht der Bilder, in: Geschichte und Gesellschaft 37/2011, S. 5-25.
- <sup>12</sup> Thompson, Edward: The Making of the English Working Class, London 1963.
- <sup>13</sup> Huizinga, Johan: Herbst des Mittelalters. Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden (Vorwort), Stuttgart 1975.
- <sup>14</sup> Loibl, Richard: Bier in Bayern, Mythos im Mythos? – eine Einleitung, in: Bier in Bayern. Katalog zur Bayerischen Landesausstellung 2016 in Altdersbach, hrsg. von Rainhard Riepertinger u. a., Augsburg 2016, S. 14-21, hier S. 20.

/// Ein altes Bündnis vor neuen Herausforderungen

## 70 JAHRE NATO

**ANDREA ROTTER** /// Am 4. April 2019 jährt sich die Unterzeichnung des NATO-Vertrages zum 70. Mal – ein stolzes Alter für ein Bündnis, das im Kontext des Kalten Krieges ins Leben gerufen wurde. Seit Ende des Ost-West-Konfliktes wurde schon oft diskutiert, welche Existenzberechtigung das Bündnis noch hat oder ob es nicht sinnvoller wäre, die Verteidigungsallianz in den Ruhestand zu versetzen. Stattdessen gelang es ihr aber, ihre Rolle in einem sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld immer wieder neu zu definieren. Diese Anpassungsfähigkeit ist auch heute gefragt.

### Warum NATO?

„To keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“ – mit diesen Worten erklärte Lord Ismay, erster Generalsekretär der NATO, das Rationale hinter der Gründung der Atlantischen Allianz. Betrachtet man den historischen und geopolitischen Kontext, sind die Beweggründe nachvollziehbar. Hatten sich die USA nach Ende des Ersten Weltkriegs wieder weitgehend in ihre eigene Hemisphäre zurückgezogen, war es sowohl Washington als auch den europäischen Gründungsstaaten nach den katastrophalen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wichtig, die Weltmacht USA an die europäische Sicherheit zu binden. Zudem sollte sichergestellt werden, dass von Deutschland endgültig keine Gefahr mehr für den europäischen Frieden ausgehen würde. Gleichzeitig zeichnete sich spätestens

mit der Berlin-Blockade 1948 ein handfester Konflikt zwischen dem von den USA angeführten Westen und der Sowjetunion ab.

Ausgehend von der gemeinsamen Bedrohungsperzeption einigten sich die zwölf Gründungsstaaten im Nordatlantiktakt darauf, ein System der kollektiven Verteidigung zu begründen. Kernstück des Vertrages ist Artikel 5, in dem die Partner sich gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs zu sichern. Der Angriff auf einen Mitglieds-

Die NATO sollte die europäische **SICHERHEIT** mit den USA verknüpfen.



Die Geburtsstunde der NATO: Am 4. April 1949 unterzeichnet der britische Außenminister Ernest Bevin den Nordatlantikvertrag in Washington. Links steht Sir Oliver Franks, damaliger Botschafter des Vereinigten Königreichs in den USA und gleichzeitig Vorsitzender der NATO-Vertragsvorbereitungsverhandlungen.

Quelle: Photo 12/Getty Images

staat stellt folglich einen Angriff auf das gesamte Bündnis dar. In ihrer 70-jährigen Geschichte war dies erst einmal nach den Anschlägen vom 11. September der Fall. Allerdings liegt die Art des Beistands im Ermessen eines jeden Mitglieds, sodass ein Bündnisfall nicht automatisch eine militärische Reaktion zur Folge haben muss.

War die Aufgabe der NATO im Kalten Krieg noch klar definiert, nämlich als Verteidigungsallianz gegenüber der Sowjetunion und dem 1955 gegründeten Warschauer Pakt, nahm der Zerfall der UdSSR dem Bündnis schlagartig den Grund seines Bestehens. Obgleich die NATO stets an ihrer Kernfunktion der Bündnisverteidigung festhielt, gab das Ende des Kalten Krieges Anstoß für einen tiefgehenden Transformationsprozess hin zu einem System der kollektiven Sicherheit.<sup>1</sup> Bedingt durch die Umbrüche im sicherheitspolitischen Umfeld, z. B. die wiedererlangte Souveränität der mittel- und osteuropäischen Staaten, erweiterte die NATO sukzessive ihr Aufgabengebiet, um neuen Sicherheitsbedrohungen zu begegnen. Das Strategische Konzept von 1991 rückte Dialog- und Kooperationsformate mit den ehemaligen Sowjetstaaten sowie Krisenmanagement und Konfliktprävention stärker in den Fokus.<sup>2</sup>

Durch Partnerschaftsformate wie das Partnership for Peace-Programm (PfP) oder den Mediterranean Dialogue entwickelte die NATO Instrumente, um partnerschaftliche Beziehungen mit Nichtmitgliedsstaaten aufzubauen, und etablierte somit ein breitgefächertes Netzwerk aus Staaten in Europa, Asien und Nordafrika. Im Zentrum der Partnerschaftsprogramme standen die militärische Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen sowie Hilfe-

stellung bei demokratischen Reformen. Neben das Ziel der Bündnisverteidigung trat die ambitionierte Vision, zum Grundstein für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu werden.

Der Beitritt ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in mehreren Erweiterungsrunden (1999, 2004, 2009 und zuletzt 2017) unterstrich die anhaltende Attraktivität der Allianz, die schon lange ihrer Rolle als primär militärisches Bündnis entwachsen war. Bereits im Harmel-Bericht 1967 wurde die politische Dimension der NATO hervorgehoben, die neben der Abschreckung auch als Konsultationsforum und Rahmen für die sicherheits- und verteidigungspolitische Koordination der Mitglieder dienen sollte, obgleich die Debatte, wie ausgeprägt die politische Allianz sein soll, noch heute geführt wird.<sup>3</sup>

Das Bündnis wurde Grundstein für eine **GESAMTEUROPÄISCHE** Sicherheitsarchitektur.

Der Zerfall Jugoslawiens führte die fragile Stabilität der europäischen Sicherheit vor Augen und entfachte innerhalb der NATO eine Debatte über Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes: „NATO should either go out of area or out of business“, konstatierte US-Senator Richard Lugar 1993 und unterstrich die Notwendigkeit der NATO, ihr Aufgabenspektrum neu zu definieren.<sup>4</sup> Nach intensiver Diskussion entschloss man sich, auf UN-Geheiß ein Waffen-

embargo und eine Flugverbotszone während des Bosnienkriegs durchzusetzen, wobei es zu den ersten Kampfeinsätzen der NATO außerhalb ihres Territoriums kam. Seither brachte sich das Bündnis in einer Reihe von Operationen ein, die zum Teil nicht unumstritten waren und deren Schatten auf die folgenden Einsätze fiel. So missfiel den USA die komplizierte Konsensbildung unter den Alliierten während des Kosovo-Einsatzes 1999, weshalb sie nach den Anschlägen von 9/11 lieber auf eine Koalition der Willigen setzten, als sich der mühsamen Entscheidungsfindung auf NATO-Ebene zu unterwerfen („no more war by committee“).

Heute ist die Allianz in der Lage, ein diverses Spektrum an Operationen durchzuführen. So leitet sie aktuell die Missionen in Afghanistan (Resolute Support in Folge des ISAF-Einsatzes), im Kosovo (KFOR) und im Mittelmeerraum (Sea Guardian) und führt darüber hinaus eine Trainingsmission im Irak (NATO Mission Iraq) sowie Unterstützungsleistungen für die Afrikanische Union bei Peacekeeping-Missionen durch. Die Geschichte der NATO ist also von einer herausragenden Anpassungsfähigkeit geprägt, so dass sie zu Recht als „most successful military alliance in history“ charakterisiert wird.<sup>5</sup> Angesichts mehrerer Bedrohungen, die die weitere Entwicklung der NATO und ihre Fähigkeit, auf sicherheitspolitische Herausforderungen

Das **LEISTUNGSSPEKTRUM** der NATO ist mittlerweile sehr vielseitig.

zu reagieren, ernsthaft beeinträchtigen können, muss sich das Bündnis erneut als wandlungsfähig erweisen.

### Anpassung an eine komplexe Bedrohungslage

Hatte man nach dem Kalten Krieg noch auf eine neue, bessere Weltordnung gehofft, in der internationale Kooperation und nicht Konfrontation das bestimmende Merkmal sein sollte, gestalten sich seither die Sicherheitsbedrohungen als deutlich komplexer. An die Stelle eines zentralen Widersachers im bipolaren System traten zerfallende Staaten, nichtstaatliche Akteure (Terroristen, internationale Kriminalität) und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Zugleich verblasste der unipolare Moment der USA, als neue aufstrebende Staaten an internationalem Einfluss gewannen und das von den USA etablierte System in Frage stellten. Mit der Ukraine-Krise und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 rückte erneut die Bedeutung von Bündnisverteidigung und Abschreckung in den Fokus der NATO – eine Situation, die einige Beobachter an die Gegenüberstellung im Kalten Krieg erinnerte, die aufgrund der hybriden Natur der verwendeten Mittel allerdings unter neuen Vorzeichen stattfindet.

Mittels technologischer Fortschritte, z. B. im Cyberraum, können staatliche und nichtstaatliche Akteure die Funktionsfähigkeit eines Staates und seiner kritischen Infrastrukturen (z. B. Strom- oder Wasserversorgung) einschränken oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt in offenen, pluralistischen Staaten unterminieren, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Es handelt sich also um Angriffe unterhalb der Schwelle eines konventionellen Krieges, die das Po-

tenzial haben, westliche Demokratien zu destabilisieren und die Geschlossenheit des Bündnisses zu sprengen. Somit muss sich die Allianz auf neue Bedrohungsszenarien einstellen, ohne ihre traditionellen Aufgaben zu vernachlässigen. Ein Verbund von 29 Nationalstaa-

**Bedrohungen aus dem CYBERRAUM sind eine neue Herausforderung für die Allianz.**

ten mit jeweils unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen, Interessen und Kapazitäten kann dem erforderlichen Aufgabenspektrum nicht gänzlich gerecht werden. Zu Recht warnt mancher Beobachter vor einer Überdehnung der NATO, die sie letztendlich ihrer Relevanz beraubt. Daher ist es unabdingbar, dass sich die Mitglieder auf Prioritäten einigen, die langfristig die wichtigsten Sicherheitsbedrohungen umfassen, aber zugleich auch realisierbar sind.

### Russland: Klassische Bündnisverteidigung und hybride Bedrohungen

2014 läutete für die NATO abrupt die Rückkehr in die „Artikel-5-Welt“ ein.<sup>6</sup> Das Bündnis reagierte auf den Gipfeln von Wales 2014 und Warschau 2016 mit einer Reihe von Maßnahmen, die bislang zwar bemerkenswert gut umgesetzt wurden, aber auch in Zukunft kontinuierliche Anstrengungen erfordern. Hierzu gehört u. a. die „enhanced Forward Presence“ (verstärkte Vornepräsenz) in Polen und den baltischen Staaten. Durch

vier multinationale, auf Rotationsbasis stationierte Bataillone, von denen der Kampfverband in Litauen unter deutscher Führung steht, hat die NATO einen „Stolperdraht“ in Polen und im Baltikum gelegt, der eine mögliche russische Aggression abschrecken soll. Darüber hinaus wurde die Einsatzbereitschaft der NATO Response Force erhöht und durch die Schaffung einer schnell verlegbaren „Speerspitze“ (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) reaktionsschneller gestaltet. Zugleich wurden die Übungsaktivitäten intensiviert und die Fähigkeitsentwicklung durch eine optimierte NATO-Verteidigungsplanung vorangetrieben.<sup>7</sup>

Beim jüngsten Gipfel in Brüssel 2018 wurde zudem eine Reform der NATO-Kommandostruktur beschlossen, wodurch zwei neue Kommandozentralen geschaffen wurden: das Joint Force Command for the Atlantic im US-amerikanischen Norfolk, Virginia, das die Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle zwischen Europa und den USA gewährleisten soll, und das Logistikzentrum in Ulm, das die Verlegung von Truppen und Material innerhalb Europas effektiver gestalten soll. Durch die NATO Readiness Initiative, die sogenannten „Four Thirties“, soll bis 2020 sichergestellt werden, dass die Verbündeten innerhalb von 30 Tagen 30 Bataillone, 30 Schlachtschiffe und 30 Flugstaffeln einsatzbereit haben. Denn neben fehlenden militärischen Kapazitäten der Europäer stellt eine unzureichende militärische Mobilität auf dem Kontinent einen Schwachpunkt innerhalb der NATO dar. Der zunehmend hybriden Natur von Sicherheitsbedrohungen antwortete sie durch die Schaffung eines neuen Cyber Operations Center in Mons, Belgien sowie die Eta-

blierung von Counter-Hybrid Support Teams, die den Alliierten auf Anfrage zur Hilfe kommen, um sie gegen Cyberattacken oder Desinformationskampagnen zu unterstützen.<sup>8</sup> Trotz dieser nennenswerten Fortschritte, gilt es weiterhin, das Fähigkeitsprofil der NATO voranzutreiben und die Resilienz des Bündnisses gegenüber diesen hybriden Bedrohungen zu verstärken.

Das drohende Ende des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces), der seit 1987 die Stationierung von landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500-5.500 km verbat, stellt das Bündnis vor eine obsolet geglaubte Herausforderung. Da Russland bereits seit 2014 vorgeworfen wird, mit der Entwicklung und Aufstellung seiner Marschflugkörper SSC-8 gegen den Vertrag zu verstoßen, ist die

**Das drohende ENDE des INF-Vertrags stellt das Bündnis erneut vor Herausforderungen.**

Ankündigung der USA, aus dem Vertrag auszusteigen, die logische Konsequenz. Bislang demonstriert das Bündnis Einigkeit und steht hinter der Entscheidung Washingtons. Nun bleibt eine sechsmo-natige Übergangsfrist, ehe die USA endgültig aus dem Vertrag ausscheiden, um einen der wichtigsten „Pfeiler europäischer Sicherheit“ zu retten.<sup>9</sup> Hierbei muss nach wie vor der Dialog mit Russland gewahrt bleiben und, wie von der Bundesregierung gefordert, Abrüstung

unter Einbezug aller Akteure (USA, Russland, aber auch China, das nicht durch den INF-Vertrag gebunden ist) wieder auf die internationale Agenda gesetzt werden.<sup>10</sup> Allerdings sind die Fronten nach Moskaus Ankündigung, den INF-Vertrag ebenfalls auszusetzen, derart verhärtet, so dass alle Optionen, wie im Ernstfall die erneute Stationierung US-amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, offen diskutiert werden müssen, um die Abschreckung gegenüber Russland weiterhin wirksam zu gestalten.

#### Diffuse Bedrohungen im Süden

Trotz des Anspruchs einer „360-Grad-NATO“, die die augenscheinliche Bedrohung im Osten mit den diffusen Bedrohungen im Süden balanciert, konzentrieren sich die Anstrengungen der NATO seit 2014 vorwiegend auf die östliche Flanke.<sup>11</sup> Zwar zeigen sich die südeuropäischen Staaten in ihrer Unterstützung solidarisch mit den östlichen Partnern, doch muss die NATO Antworten auf die Herausforderungen im Süden finden, die von fragiler Staatlichkeit und Migrationsströmen über Terrorismus bis hin zur Piraterie reichen, um eine ernsthafte Süd-Ost-Kluft innerhalb des Bündnisses zu verhindern. Zudem haben Staaten wie Frankreich und Italien, die ein Bewusstsein für Herausforderungen aus dem Süden haben, in der Vergangenheit auf nationale Ansätze anstelle einer erweiterten Bündnisrolle gesetzt.<sup>12</sup> Um dieses Defizit anzugehen, wurde 2018 in Brüssel ein umfangreiches Paket verabschiedet, das mehrere Initiativen vorsieht, um das NATO-Engagement im Mittleren Osten und Nordafrika genauer festzulegen. Im Wesentlichen werden drei Ziele verfolgt: Erstens die Abwehr- und Abschreckungsfähig-

keiten des Bündnisses gegenüber Bedrohungen aus dem Süden stärken, zweitens einen Beitrag zum internationalen Krisenmanagement in der Region leisten und drittens Partnerstaaten Hilfestellung bei der Entwicklung ihrer Resilienz gegenüber Sicherheitsbedrohungen bieten. Daneben verfügt das Bündnis nun über die volle operative Einsatzbereitschaft des NATO Strategic Direction South Hub in Neapel (Italien), das neben Informations- und Analysezentrum für Entwicklungen in der südlichen Peripherie auch als zentrale Anlaufstelle für alle Interaktionen mit den NATO-Partnern im Süden fungieren soll.<sup>13</sup>

Allerdings muss das Bündnis eine klarere Strategie für den Süden entwickeln, die überprüfbare Ziele definiert und notwendige Kapazitäten bereitstellt, da die Interdependenz zwischen euro-atlantischer und mediterraner Sicherheit künftig noch weiter zunehmen wird. Es geht also nicht nur darum, einen Konsens innerhalb der NATO zu finden, sondern auch langfristig Verlässlichkeit für die Partner im Süden zu signalisieren. Hierbei dürften in erster Linie die Europäer gefragt sein, da die USA viele der südlichen Herausforderungen als Probleme in Europas „backyard“ erachten und gerade unter Donald Trump kein Interesse an langfristigen Stabilisierungsmaßnahmen besteht. Hierbei ist ein Ausbau der NATO-EU-Kooperation unabdingbar, der gegeb-

**Den Partnern im Süden muss VERLÄSSLICHKEIT signalisiert werden.**

nenfalls im operativen Bereich durch Koalitionen der Willigen ergänzt wird.

#### Über den Tellerrand blicken: China

Während sich die USA und Europa mit den Bedrohungen aus dem Osten und Süden befassen, arbeitet China zielstrebig an seinem weiteren Aufstieg. Gegenwärtige Debatten um die Zukunft der liberalen Ordnung fokussieren sich neben dem Rückzug der USA auf den Systemkonflikt mit einem revisionistischen China, das dabei ist, sein Alternativangebot weiter voran zu bringen. Aus chinesischer Sicht stellt die internationale Ordnung in erster Linie eine transatlantische Ordnung dar. Peking nutzt zwar die Freihandelsstrukturen, um seinen globalen Einfluss zu vergrößern, gilt jedoch nicht als Verfechter ihrer liberalen Normen. Der aktuelle Strategic Foresight Analysis-Bericht der NATO betont, dass sich die geostrategische Machtverschiebung durch den wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas zum asiatisch-pazifischen Raum fortsetzen wird – eine Tatsache, die das transatlantische Bündnis nicht ignorieren kann.<sup>14</sup>

Als globale Macht haben die USA unter Präsident Obama bereits den „pivot to Asia“, den Strategieschwenk hin zum asiatisch-pazifischen Raum, initiiert, weshalb Washington den Europäern künftig noch mehr Eigenverantwortung für ihre Sicherheit abverlangen wird. Das Szenario, dass die NATO im Falle einer direkten Konfrontation zwischen den USA und China im asiatisch-pazifischen Raum eine Rolle spielt, ist derzeit unwahrscheinlich. Langsam reift in den USA und Europa allerdings das Bewusstsein dafür, dass Pekings Belt and Road-Initiative sowie Investitionen in wichtige Industrien (vgl. Made in Chi-

na 2025-Strategy), in sensible Technologiefelder (z. B. das deutsche Robotikunternehmen KUKA AG) und in kritische Infrastrukturen (z. B. Griechenlands Hafen in Piräus) Peking erheblichen Einfluss in europäischen Mitgliedsstaaten verschaffen und potenziell Europas Sicherheitsinteressen mittel- bis langfristig gefährden können.<sup>15</sup> Daher sollte zum einen der noch nicht lange existierende Dialog mit China intensiviert werden. Zum anderen muss in der NATO die Debatte angestoßen werden, welche Implikationen die Abhängigkeit europäischer Schlüsselindustrien von China für die Sicherheit des Bündnisses mit sich bringt und welche Maßnahmen die Allianz ergreifen kann, um ihre Sicherheitsinteressen langfristig zu wahren.<sup>16</sup>

**Die NATO braucht die Entwicklung einer GEMEINSAMEN Strategie gegenüber dem Machtaufstieg Chinas.**

#### Kohärenz des Bündnisses

Neben einer Vielzahl an externen Herausforderungen muss das Bündnis zukünftig mehr Energie darauf verwenden, seine interne Geschlossenheit zu bewahren. Konsequenzen aus der America-First-Politik der gegenwärtigen US-Administration und daraus resultierende transatlantische Konflikte sowie nationalistische Bestrebungen innerhalb Europas, die zum Teil mit einem Niedergang demokratischer Strukturen einhergehen, bergen das Potenzial, die Kohärenz des Bündnisses zu riskieren.

Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich die Dynamik innerhalb der Allianz verändert. Zwar gab es schon mehrere handfeste Krisen zwischen den Alliierten, z. B. das Zerwürfnis über die US-Invasion des Iraks 2003, doch wurde trotz aller Konflikte nie die rote Linie überschritten, natürlich die Bündnissolidarität ernsthaft in Frage zu stellen bzw. sie an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Beides hat Donald Trump getan, als er in den Raum stellte, die USA würden ihre Beistandsleistungen im Ernstfall von den Eigenleistungen des betroffenen Staates abhängig machen, und beim letzten NATO-Gipfel 2018 sogar drohte, die USA aus der NATO abziehen, sollten die europäischen Bündnispartner nicht ihre Verteidigungsetats erhöhen.<sup>17</sup> Natürlich kann man dagegenhalten, dass die USA trotz der präsidentiellen Rhetorik ihre Verpflichtungen innerhalb der NATO erfüllen und sie zudem ihre Truppenpräsenz in Europa sowie die sogenannte European Deterrence Initiative, also das Budget für das US-Engagement in Osteuropa, deutlich erhöht haben. Dennoch löst das Auftreten des Präsidenten, der im Ernstfall über den Einsatz US-amerikanischer Truppen entscheidet, eine schwere Vertrauenskrise innerhalb der Allianz aus. Dies führt nicht nur zur Verunsicherung der osteuropäischen Partner, die sich im besonderen Maße von Russland bedroht fühlen, sondern unterminiert auch die Abschreckungsstrategie des Bündnisses gegenüber Moskau, die auf Amerikas Sicherheitsgarantien basiert.

Natürlich ist die Kritik der USA an Europas Engagement für die eigene Sicherheit weder unbegründet noch neu. Bereits die Obama-Administration kritisierte die ungleiche Lastenverteilung

innerhalb der NATO deutlich. Doch Donald Trump legt den Finger unnachgiebiger in die Wunde der europäischen Trittbrettfahrerei. Fakt ist, Europa muss wesentlich mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Donald Trump kann man ausgehend von seiner Auffassung der Weltpolitik als Nullsummenspiel und seinem transaktionalen Verständnis nur von den Vorzügen der NATO überzeugen, wenn die europäischen Alliierten als verlässliche Partner auftreten. Das bedeutet einerseits einen enormen finanziellen Aufwand, andererseits einen langen Atem und viel politischen Willen.

**Europa muss mehr VERANTWORTUNG für die eigene Sicherheit übernehmen.**

Zwar ist die Kluft zwischen den USA und Europa mit Hinblick auf finanzielle Mittel und Kapazitäten noch unverhältnismäßig groß, doch haben die europäischen Staaten eine Trendwende erreicht.

Nach Jahren sinkender Verteidigungsausgaben investiert das gesamte Bündnis deutlich mehr in die Verteidigung.<sup>18</sup>

Gleichzeitig sind im Rahmen der Europäischen Union beachtliche Initiativen ins Leben gerufen worden, um den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken: ein jährlicher Koordinationsprozess hinsichtlich der Verteidigungsinvestitionen (CARD), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) sowie der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) zur Förderung gemeinsamer Rüstungsprojekte. Allerdings hat das erklärte Ziel, die in der Globalen Strategie 2016 genannte „Strategische Autonomie“, seitdem zu Irritationen in den USA und innerhalb Europas geführt.<sup>19</sup> In einer Manier, die an Madeleine Albright's berühmten drei Ds (de-link, duplicate, discriminate) erinnert, warnt Washington davor, Kapazitäten der NATO zu duplizieren oder gar zu beeinträchtigen. Gleichzeitig ist das Konzept der Strategischen Autonomie nicht ausreichend definiert bzw. von allen europäischen Staaten gleichermaßen unterstützt. Während Paris sich zunehmend frustriert von Berlins Zaudern zeigt, wird eine etwaige Emanzipation von den USA, gleichwohl diese auf Jahre noch unrealistisch ist, von osteuropäi-

in Mrd. Dollar	2015	2016	2017 (geschätzt)	2018 (geschätzt)
USA	594	603 (+1,52%)	618 (+2,49%)	623 (+0,81%)
Europa & Kanada	277	286 (+3,25%)	301 (+5,24%)	312 (+3,65%)
Gesamt	871	889 (+2,07%)	919 (+3,37%)	936 (+1,85%)

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf dem jährlichen NATO-Bericht über die Entwicklung der Verteidigungsausgaben.

schen Staaten abgelehnt: „Autonomie bedeutet Autonomie von jemandem – es ist besser einen anderen Begriff zu benutzen“, bemerkt Litauens Verteidigungsminister Raimundas Karoblis und unterstreicht somit die Sorge vieler Osteuropäer, die USA mit zu ambitionierten Initiativen zu verprellen.<sup>20</sup> Europa muss also nicht nur seine enormen Fähigkeitslücken zur NATO schnell und komplementär schließen, sondern zunächst auf eine allgemein akzeptierte konzeptionelle Basis stellen.

### **INNENPOLITISCHE** Entwicklungen einiger Mitglieder gefährden die gemeinsamen Werte der NATO.

Eine weitere Herausforderung für das transatlantische Bündnis stellen die innenpolitischen Entwicklungen in einigen NATO-Mitgliedsländern dar. Von Beginn an verband man mit der NATO nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Allianz, deren Mitglieder durch gemeinsame Werte geeint waren. So hält die Präambel des Nordatlantikvertrages fest, dass ihre Mitglieder „entschlossen [sind], die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.“<sup>21</sup> Umstrittene Reformen in Polen, Einschränkungen der Pressefreiheit in Ungarn sowie die Umwälzungen seit dem Verfassungsreferendum in der Türkei stellen den selbstge-

steckten demokratiefördernden Anspruch des Bündnisses in Frage. Natürlich ist es strategisch delikater, einen internen Konflikt heraufzubeschwören, falls man als Bündnis diese kritischen Entwicklungen offen anspricht. Allerdings leidet langfristig gesehen nicht nur die externe Glaubwürdigkeit der NATO, sondern auch die Wahrung der eigenen sicherheitspolitischen Interessen, falls derartige Entwicklungen unkommentiert fortschreiten.<sup>22</sup>

### **Die Welt braucht die NATO immer noch**

Ihre 70-jährige Geschichte zeugt davon, dass sich die NATO immer wieder erfolgreich an ihr sicherheitspolitisches Umfeld anpassen und so ihre Raison d'Être erneuern konnte. Auch heute nimmt die NATO eine wichtige Rolle als militärische und politische Allianz ein, die wie kein anderes Bündnis einen Beitrag zur transatlantischen Sicherheit leistet. Nicht umsonst unterstreicht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu Beginn des Jubiläumjahres in der New York Times die Bedeutung des Bündnisses für die internationale Ordnung: „The world still needs NATO“ – vor allem gegenüber Akteuren wie Russland und China, die die internationale Ordnung herausfordern.<sup>23</sup> Hierzu bedarf es allerdings einer erneuten Anpassungsfähigkeit, da sich das Bündnis mit einer Vielzahl von externen Sicherheitsbedrohungen konfrontiert sieht, während interne Konflikte die Kohärenz der Allianz gefährden. Wichtige Weichen, um diesen Bedrohungen zu begegnen, wurden in den letzten Jahren gestellt. Damit die NATO allerdings auch ihr nächstes Jubiläum als relevanter Akteur begehen kann, bedarf es einer langfristigen strategischen Ausrichtung, ausrei-

chend finanzieller Ressourcen, eines enormen politischen Willens sowie der Geschlossenheit der Mitglieder gegenüber Akteuren, die einen Keil in die Allianz treiben möchten. Hierzu müssen ehrliche und unangenehme Debatten im Bündnis geführt werden – aber das gehört in einer 70-jährigen Partnerschaft auch dazu. ///



**/// ANDREA ROTTER M.A.**  
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

#### **Anmerkungen**

- <sup>1</sup> Vgl. Meier-Walser, Reinhard: Die NATO im Funktions- und Bedeutungswandel – Veränderungen und Perspektiven transatlantischer Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2018.
- <sup>2</sup> Vgl. The Alliance's New Strategic Concept, NATO, [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23847.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm), Stand: 23.1.2019.
- <sup>3</sup> Vgl. Rynning, Sten: The Divide: France, Germany and Political NATO, in: International Affairs Nr.2/2017, S. 267-289.
- <sup>4</sup> Zit. nach Asmus, Ronald u. a.: Building a New NATO, in: Foreign Affairs Nr.4, September/October 1993, S. 28-40.
- <sup>5</sup> Why NATO Matters, in: The New York Times, <https://www.nytimes.com/2018/07/08/opinion/editorials/why-nato-matters.html>, Stand: 23.1.2019.
- <sup>6</sup> Kamp, Karl-Heinz: Der NATO-Gipfel von Warschau – Sieben zu erwartende Botschaften, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, [https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier\\_sicherheitspolitik\\_2016\\_18.pdf](https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2016_18.pdf), Stand: 2.2.2019.
- <sup>7</sup> Vgl. Meyer zum Felde, Rainer: Erfolg und Desaster zugleich – Der NATO-Gipfel in Brüssel und seine Konsequenzen, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 2/4 2018, S. 385-388.
- <sup>8</sup> Brussels Summit Declaration: NATO, [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_156624.htm#27](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm#27), Stand: 2.2.2019.
- <sup>9</sup> Mölling, Christian / Brauß, Heinrich: Europas Sicherheit ohne INF-Vertrag: Politische und strate-

- gische Handlungsoptionen für Deutschland und die NATO, DGAP kompakt, <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapkompakt/abschreckung-und-ruestungskontrolle>, Stand: 2.2.2019.
- <sup>10</sup> Russland setzt INF-Vertrag ebenfalls aus, Zeit Online, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-02/atomare-abruestung-russland-wladimir-putin-aussetzen-usa>, Stand: 3.2.2019.
- <sup>11</sup> Lesser, Ian u. a.: The Future of NATO's Mediterranean Dialogue, <http://www.gmfus.org/publications/future-natos-mediterranean-dialogue>, Stand: 2.2.2019.
- <sup>12</sup> Wall, Colin: NATO's New Window to the South, Atlantic Council, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/nato-s-new-window-to-the-south>, Stand: 2.2.2019.
- <sup>13</sup> Vgl. Brussels Summit Declaration: NATO, [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_156624.htm#27](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm#27), Stand: 2.2.2019.
- <sup>14</sup> Alle vier Jahre erstellt die NATO eine zukunftsgerichtete Analyse, um Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld der Allianz zu prognostizieren: NATO, in: Strategic Foresight Analysis 2017 Report, <https://www.act.nato.int/futures-work>, Stand: 3.2.2019.
- <sup>15</sup> Vgl. Le Corre, Philippe: China's Rise as a Geoeconomic Influencer: Four European Case Studies, Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2018/10/15/chinas-rise-as-geoeconomic-influencer-four-european-case-studies-pub-77462>, Stand: 3.2.2019; siehe auch Aktuelle Analysen 68: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU, hrsg. von Hanns-Seidel-Stiftung, München 2018.
- <sup>16</sup> Vgl. Wright, Thomas / Brenner, Thorsten: China's Relations with U.S. Allies and Partners in Europe, Brookings, <https://www.brookings.edu/testimonies/chinas-relations-with-u-s-allies-and-partners-in-europe/>, Stand: 3.2.2019.
- <sup>17</sup> Vgl. Barnes, Julian E. / Cooper, Helene: Pulling U.S. From NATO, Aides Say Amid New Concerns Over Russia, <https://www.nytimes.com/2019/01/14/us/politics/nato-president-trump.html>, Stand: 29.1.2019.
- <sup>18</sup> Defence Expenditure of NATO Countries (2011-2018), NATO, [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/pdf\\_2018\\_07/20180709\\_180710-pr2018-91-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_07/20180709_180710-pr2018-91-en.pdf), Stand: 29.1.2019.
- <sup>19</sup> A Global Strategy for the European Union, [https://eeas.europa.eu/archives/docs/top\\_stories/pdf/eugs\\_review\\_web.pdf](https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf), Stand: 4.2.2019.
- <sup>20</sup> Zit. nach Trofimov, Yaroslav: Is Europe Ready to Defend Itself?, <https://www.wsj.com/articles/is-europe-ready-to-defend-itself-11546623417>, Stand: 4.2.2019.
- <sup>21</sup> Der Nordatlantikvertrag, NATO, [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_17120.htm?selectedLocale=de](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de), Stand: 21.1.2019.
- <sup>22</sup> Vgl. Katz, Jonathan / Tausig, Torrey: An Inconvenient Truth: Addressing Democratic Backsliding within NATO, <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2018/07/10/an-inconvenient-truth-addressing-democratic-backsliding-within-nato/>, Stand: 21.1.2019.
- <sup>23</sup> Von der Leyen, Ursula: The World Still Needs NATO, in: New York Times, <https://www.nytimes.com/2019/01/18/opinion/nato-european-union-america.html>, Stand: 2.2.2019.



Jarausch, Konrad H.: *Zerrissene Leben. Das Jahrhundert unserer Mütter und Väter.* Darmstadt: wbg Theiss 2018, 456 Seiten, € 29,95.

/// Zeitzeugen der Weimarer Republik erinnern sich

## AUS DER GESCHICHTE LERNEN ...

Hier wird Geschichte einmal ganz anders erzählt: Der Autor, Professor für Europäische Zivilisation an der University of North Carolina in Chapel Hill in den USA, hat 80 Zeitzeugenberichte von Männern und Frauen ausgewertet und diese zu einer deutschen Geschichte des gesamten 20. Jahrhunderts verwoben. Dabei stehen nicht die großen politischen Ereignisse im Vordergrund, sondern der Mensch wird in seinen Alltag und sein jeweiliges individuelles Umfeld verortet, allerdings nie, ohne die Einzelschicksale der Protagonisten in die über-

geordneten politischen Strukturen einzuordnen. Geschichte wird sozusagen von „unten“ erzählt und ohne Heranziehung amtlicher Dokumente.

Jarauschs Zeitzeugen sind allesamt in der Weimarer Republik geboren und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus beheimatet. Viele von ihnen haben den Nationalsozialismus unterstützt und den Zweiten Weltkrieg erlebt, aber auch die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau in beiden Teilen Deutschlands. Zur Zeit der Wiedervereinigung 1989/1990 gingen die meisten von ihnen

in den Ruhestand. In dem Buch werden sehr verschiedene Lebensläufe vorgestellt: Es sind bekanntere Namen dabei wie Joachim Fest, Fritz Klein, Fritz Stern, aber auch völlig unbekannte.

Die Aufzeichnungen stammen zum Teil von den Zeitzeugen direkt oder von deren Nachkommen. Das Leo Baeck Institut in New York, das seit 1955 bislang 2.000 persönliche Lebensberichte deutschsprachiger Juden archiviert, war Jarausch eine weitere Quelle ebenso wie das Deutsche Tagebucharchiv in der badischen Kleinstadt Emmendingen, wo 10.000 autobiografische Dokumente untergebracht sind. Obwohl sich der Autor bewusst ist, dass diese Aufzeichnungen gerade aus der Retrospektive heraus tendenziös und rechtfertigend sein können, sind sie für ihn eine „fesselnde Quelle“ (S. 15). Er setzt sie mosaiksteinchenmäßig zusammen und erschafft damit eine kollektive Biografie des vergangenen Jahrhunderts.

Gegliedert hat Jarausch sein Werk nach den großen historischen Epochen der Deutschen Geschichte: Seine Zeitzeugen sind zwar in der Weimarer Republik geboren, dennoch beginnt er mit der Deutschen Kaiserzeit, die für seine Autoren als „positive Hintergrundfolie“ (S. 392) fungiert. Die Erzählungen der Großeltern- und Elterngeneration vermitteln deren Kindern und Enkelkindern ein Bild von Ordnung und Stabilität und lassen sie so behütet und in einer positiven Grundstimmung aufwachsen. Die Weimarer Republik wird als freundlich, milder Staat (S. 394) empfunden, die Kindheit darin als überwiegend glücklich.

Die Jugendzeit und das Erwachsenwerden unter den Nationalsozialisten wird als schwierigstes Kapitel beschrieben: Die Jugendlichen fühlen sich in der

Hitlerjugend oder im Bund deutscher Mädel wohl und aufgeräumt, dienen diese Organisationen auch dazu, der Enge des Elternhauses zu entkommen. Diese positiven Erinnerungen müssen im Nachhinein mit den Folgen der NS-Diktatur zusammengebracht werden. Viele der Zeitzeugen stellen sich ihrer Verantwortung und sehen ihre eigene Mitschuld. Andere versuchen, sich selbst zu rechtfertigen, indem sie sich mit dem Verweis auf ihr jugendliches Alter und ihre Unwissenheit exkulpieren. Der Zweite Weltkrieg ernüchert und zerstört viele Lebenspläne.

Nach 1945 müssen sich alle Zeitzeugen im darniederliegenden Deutschland zurechtfinden und ihre Existenzen aufbauen. Jarausch widmet jeweils ein Kapitel den demokratischen Reifeprozessen im Westen und den kommunistischen Enttäuschungen im Osten. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk kurz nach Erscheinen seines Buches auf dem deutschen Buchmarkt im September 2018 verriet er, dass er selbst als junger Mann 1960 nach Amerika ging, da ihm „die Adenauer-Gesellschaft zu sehr auf die Nerven ging“.

Eingestreut in den durchweg flüssig, schnörkellos und sehr feinfühlig geschriebenen Text sind 30 Fotos, die das Geschriebene veranschaulichen und von den Protagonisten selbst stammen. In vielen Abbildungen erkennt die Rezensentin, deren Vater mit Jahrgang 1929 ebenfalls in der Weimarer Zeit geboren ist, Parallelen zu ihrem eigenen Familienalbum. Die Fotos und die Zeitzeugenberichte sind zwar individuell angelegt, können aber durchaus repräsentativen Charakter beanspruchen.

Das Buch ist zuerst in den USA erschienen und wurde für den deutschen Markt sachkundig übersetzt. Abgerun-

det wird die Publikation von den Kurzbiografien der 80 Zeitzeugen und einem ausführlichen Anmerkungs- und Quellenapparat.

Das Buch kann für alle geschichtlich Interessierten wärmstens empfohlen werden: Der kühne Zeitzeugenansatz macht die Lektüre durchweg spannend und wie von nebenbei wird man durch nahezu 100 Jahre deutsche Geschichte geführt. Zudem lehrt uns das Buch, dass kollektives Lernen aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts weitergegeben werden muss, dass Demokratie verwundbar ist und dass der Einsatz, dafür zu kämpfen, sich jederzeit lohnt.

**BARBARA FÜRBEETH**  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

**Posselt, Bernd: Bernd Posselts Europa: Geschichte und Personen – Bauplan und Visionen. Regensburg: Pustet-Verlag 2018, 240 Seiten, € 20,00.**



Ja, er war quasi von Anfang an dabei, schon als 1979 das Europäische Parlament zum allerersten Mal gewählt wurde. Damals noch als Vertrauter und Pressesprecher des großen Europäers Otto von Habsburg. 1994 wurde Bernd Posselt dann zum ersten Mal selber Europa-Abgeordneter. Derzeit ist er der erste „ehrenamtliche Europaabgeordnete“, den nicht einmal seine Abwahl 2014 an der Parlamentsarbeit hinderte. Schon 1975 gründete er mit jungen 19 Jahren die Paneuropa-Jugend Deutschland. An der Wiedervereinigung Deutschlands war er auch nicht unbeteiligt – im August 1989 organisierte er das Paneuropa-Picknick zwischen Österreich und Ungarn mit, bei dem zahlreiche DDR-Bürger die kurzfristig und vorübergehend geöffnete österreichisch-ungarische Grenze überqueren konnten. Was bald darauf folgte, ist bekannt.

Als Sohn sudetendeutscher-steirischer Eltern, die Krieg und Vertreibung entwurzelt hatten, konsequent anti-nationalistisch erzogen, ergreift Posselt als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft Partei. Für die Aussöhnung zwischen Tschechien und Deutschland macht er sich stark, als Vorsitzender der Paneuropa-Union Deutschland für Europa. Dies sind nur

einige wenige der Stationen, die seinen ausgefüllten Lebensweg kennzeichnen.

Wer Bernd Posselt kennt, ihn auch ohne Mandat immer noch für Europa in Aktion erlebt, kann einen klaren, klugen, kommunikativen, vollends überzeugten Pan-Europäer ausmachen, einen Civis Europaeus. Vom Scheitel bis zur Sohle. Posselt ist in der Lage, in einem Fünf-Minuten-Radio-Interview komplexe Sachverhalte so nachvollziehbar zu erklären, dass auch der nicht-fachkundige Zuhörer versteht, worum es insgesamt und worum es ihm geht: um Europa, um Völkerverständigung, um Aussöhnung.

Dass jemand wie er über sein, über unser Europa schreibt, mag nur konsequent und zumindest thematisch nicht neu sein. Schade wäre es dennoch, dieses Buch nicht zu lesen. Neu ist nämlich schon, dass Posselts Europa nicht in der schwer verständlichen Amtssprache der Europäischen Institutionen daherkommt, sondern in Form von 29 Essays, die Europa historisch, kulturell, religiös, kulinarisch und politisch beschreiben und in denen Posselt vielfach persönliche Erfahrungen und Erlebnisse schildert. „Europa ist nichts Künstliches, es ist viel älter und wurzelt viel tiefer als die Nationalstaaten, die meist erst im 19. und 20. Jahrhundert entstanden sind“, schreibt er in seinem Vorwort. Posselt taucht in „Bernd Posselt erzählt Europa“ tief ein in die europäische Geschichte, beschreibt die prägenden Persönlichkeiten der europäischen Einigung, erklärt Grundlagen der Demokratie und des europäischen Lebensmodells, legt aber auch Entwürfe für die Zukunft Europas vor. Das Steckenbleiben des europäischen Einigungswerks sieht er kritisch, Nationalismus, Populismus und Renationalisierungstenden-

zen hält der Autor für gefährlich. Und Posselt belebt das europäische Narrativ wieder, die „grundlegende und sinnstiftende Erzählung von Europa“, das gerade jetzt von so vielen so schmerzlich vermisst wird.

Wenn „Bayern kann es auch allein“ anno 2012 schon mindestens eine sehr steile These war, ist „Bernd Posselt erzählt Europa“ die viel richtigere Antithese: „So sympathisch bloßes Kultureuropäertum oder ein Europa der Vaterländer zunächst erscheinen mögen, so wenig können sie die real existierenden Probleme unseres Kontinents lösen. [...] Glaubt wirklich jemand, man könnte auf Dauer mit den großen Herausforderungen wie den globalen Wanderungsbewegungen, dem Klimawandel, dem Welt-Ernährungsproblem, dem internationalen Terrorismus, den Umwälzungen in Afrika, dem Vorherrschaftsstreben Russlands und des Islamismus, der Abwendung der USA von Europa und dem Aufstieg Chinas, Indiens und ganz Asiens auf der Basis von europäischen Nationalstaaten fertig werden, die einmal zusammen arbeiten und einmal nicht?“, fragt der Autor zu Recht. Und die Antwort kann nur lauten: sicher nicht.

Und dennoch spricht sich Posselt gegen einen europäischen Zentralismus aus und argumentiert pro Subsidiaritätsprinzip. „EU und Nationalstaat müssen Kompetenzen an die Regionen abgeben oder ganz deregulieren, doch in den zentralen Fragen brauchen wir selbstverständlich mehr und ein besseres, das heißt handlungsfähigeres Europa.“ Und deswegen ist Posselt der Ansicht, brauche es „da, wo europäisches Handeln nötig ist“, „ein mit vollen demokratischen Rechten ausgestattetes Europaparlament, eine von diesem kon-

trollierte und gewählte Regierung, zu der sich die EU-Kommission [...] entwickelt hat, und einen sich auf die großen Grundfragen beschränkenden Europäischen Rat aus den Chefs der nationalen Regierungen, die Mehrheitsbeschlüsse fassen und diese dann effizient umsetzen können“. Alles andere soll Aufgabe der kleineren Einheiten bleiben. Wenn Posselt darüber hinaus für eine Definition klarer EU-Grenzen plädiert und dafür, dass Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein Teil der Gemeinschaft werden könnten, die Türkei aber nicht, hat er auch hier Recht.

Es ist auch dringend erforderlich, aufflammenden Nationalismus als echte Bedrohung wahrzunehmen und mehr darüber zu reden. Denn „wenn eine Generation glaubt, sie müsse für Frieden und Freiheit nichts mehr tun und hätte diese quasi automatisch in der Tasche, sind diese schon wieder gefährdet“. Ein Appell, der zur rechten Zeit kommt. Posselt ist auch darin zuzustimmen, dass es so etwas gibt, wie eine spezielle Aufgabe der Europäer in der Welt. Und dass es an uns selbst liegt, ob wir sie wahrnehmen und ob wir es in einer Weise tun, die Europa und einer gefährdeten Menschheit zum Nutzen gereicht.

Überflüssig zu erwähnen, dass einer wie er auch bei der Europawahl am 26. Mai wieder antritt. Ein Wahlerfolg ist ihm zu gönnen. Genauso wie ein reißen-der Absatz seines Buches, für das er übrigens kein Honorar erhält. Prädikat: absolut lesenswert.

THOMAS REINER  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Said, Behnam T.: Geschichte  
al-Qaidas. Bin Laden, der  
11. September und die tausend  
Fronten des Terrors heute.  
München: C.H. Beck 2018,  
239 Seiten, € 14,95.



Schon der Buchtitel deutet an, dass der Autor einiges aufzeigen will. So kehrt der Leser in die Anfangsjahre der Lebensläufe der Köpfe von al-Qaida, hier Usama Bin Laden und Aiman al-Zawahiri, zurück. Er erfährt, welche wichtige Lebensstation der Krieg in Afghanistan für die Herausbildung des Jihadismus bei den Protagonisten der Terrorgruppe bis zum 11. September gewesen ist. Said erzählt dann im Weiteren die Geschichte des „Kriegs gegen den Terror“ der US-Präsidenten, kritisiert die Auswüchse dieses Krieges, der mit fragwürdigen Methoden (Drohneinsätze) und Menschenrechtsverletzungen (Guantanamo) verbunden war.

Trotz einer anscheinend erfolgreichen „Jagd auf Bin Laden“ sei es aber bis heute nicht gelungen, das Netzwerk zu zerschlagen. Vielmehr haben viele der Schüler des Gründers von al-Qaida dessen Vorstellungen vom „Jihad“ in viele Länder der Welt transportieren können.

Das Buch ist daher als informativ zu bezeichnen und es ist verständlich geschrieben. So muss man auch zwischen direkten Nachfolgeorganisationen, Ablegern und zwischen Gruppierungen, die sich auf das Vorbild Bin Laden orientieren, unterscheiden. Das ist im Einzelfall schwierig, wie die Lektüre von Said

erkennen lässt. Viele Namen wie z. B. die al-Zawahiris und al-Zarqawis tauchen an verschiedenen Orten immer wieder auf.

Doch schon zwischen al-Qaida und dem IS lassen sich, so der Autor, deutliche Unterschiede erkennen. Denn während al-Qaida für reine Destruktion steht, so begnügte sich der IS nicht mehr nur damit zu zeigen, wogegen er ist, sondern auch, wofür er steht, für einen Islamischen Staat nämlich. Und so schreibt Said denn auch, „dass der Ansatz dieser Gruppe ein deutlich anderer“ war „als der von al-Qaida bis dato: Es wurden Staatsminister für unterschiedliche Ministerien ... berufen.“ (S. 154) Über solche Fragen, über eine Staatsidee hat sich Bin Laden nie große Gedanken gemacht. Bin Ladens Vorbildfunktion indes scheint schwächer zu werden. So meint Said bei der Betrachtung etwa der „Nusra-Front“ in Syrien feststellen zu können, dass der Name al-Qaida an sich kein Erfolgsfaktor mehr sei. (S. 165)

Auch auf einen anderen wichtigen Punkt geht der Autor ein, nämlich auf die Rolle des Iran. Im Zusammenhang mit den im November 2017 durch die CIA veröffentlichten Dokumente glaubt er feststellen zu können, dass es „zwischen Iran und al-Qaida ... zu keiner nennenswerten Kooperation“ gekommen ist. (S. 180) Dies lässt sich damit erklären, dass in den Reihen des Netzwerks, geprägt von sunnitisch-wahhabischem Gedankengut, eine zutiefst antischiitische Grundausrichtung erkennbar ist und der Iran selbst wiederum Probleme hat „mit sunnitischen Aufständischen im Land.“ (S. 187)

Said erwähnt die Veröffentlichung der Dokumente im November 2017, die den Iran betreffen. Unerwähnt bleiben bei ihm die zur Einsicht freigegebenen



Unterlagen des Abschlussberichts der Kommission 9/11 zu Saudi-Arabien. Es handelt sich hierbei um die vielzitierten „28 Seiten“. Diese 28 Seiten sind nur ein Bruchteil der Materialien der Kommission zum Königreich, viele Abschnitte sind zudem geschwärzt.

Was den Krieg in Afghanistan betrifft, so erwähnt Said, dass hier die anti-sowjetischen „Mujahidin“ von außen unterstützt wurden und dass „Saudi-Arabien diese zusammen mit den USA finanzierte und ausrüstete.“ (S. 36 f.) Er erwähnt die guten Kontakte Bin Ladens in die oberste Gesellschaftsschicht Saudi-Arabiens. Nicht wenige wohlhabende Saudis waren nur allzu bereit, ihrer religiösen „Pflicht“ zur Unterstützung des Jihad nachzukommen. (S. 38) Auch verfügte Bin Laden über gute Kontakte „zum saudischen Innenminister“. (S. 39) Auch zu Zeiten der Taliban etwa am Ende der 1990er-Jahre verfügten diese und damit auch al-Qaida über „wohlhabende und großzügige Gönner“ etwa „in Saudi-Arabien, Pakistan und den Vereinigten Arabischen Emiraten.“ (S. 61)

Selbst jene kleine Auswahl von 28 Seiten hat bei vielen Anlass zu Spekulationen bezüglich der Rolle von Mitarbeitern der saudischen Botschaft bei der Vorbereitung des verheerenden Anschlags von 9/11 gegeben. Eine im Jahr 2018 beim Federal Court von New York eingereichte Klage gegen Saudi-Arabien zeigt, dass vor allen Dingen Opfer und Hinterbliebene des 11. September mit den bisher zugänglichen Informationen nicht zufrieden sind.

Man mag dem Autor zugutehalten, dass er sich mit derartigen Spekulationen nicht beschäftigen wollte. Doch Said bleibt in weiten Teilen selbst spekulativ. Dies betrifft etwa Bin Ladens Aufenthalt in Afghanistan und Pakistan.

Said berichtet hier so, als ob er selbst ihn begleitet habe. Es handelt sich aber hier um den Rückgriff auf Sekundärliteratur aus der Feder anderer Autoren. Der Blick auf die Entwicklung der al-Qaida-Ableger seit 2001 macht das Buch aber sehr lesenswert.

PD DR. PETER L. MÜNCH-HEUBNER,  
UNIVERSITÄT AUGSBURG



Svensson, Birgit: *Mörderische Freiheit. 15 Jahre zwischen Himmel und Hölle im Irak*, Freiburg im Breisgau: Verlag Herder 2018, 237 Seiten, € 22,00.

Mit der völkerrechtswidrigen Militärintervention der USA, Großbritanniens und einer Koalition der Willigen in den Irak, an der sich Deutschland mit guten Gründen nicht beteiligt hat, begann 2003 der Dritte Golfkrieg. Er führte zum Sturz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein, der das Land bis dahin mit diktatorischer Härte präsidiert, aber auch zusammengehalten hatte. Wie sich im weiteren Verlauf der Geschichte zeigen sollte, war damit die Büchse der Pandora in diesem ethnisch und religiös äußerst vielfältigen „Schlüssel-land für die Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens“ (S. 7) geöffnet worden. Nicht nur der Irak selbst kam während und

nach der amerikanischen Besatzungsphase nicht mehr zur Ruhe und wurde zur zentralen Brut- und Heimstätte der Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Auch die Kriege in Syrien, Libyen oder im Jemen, die Krisen am Golf, im Libanon, die Flüchtlingskatastrophe in Jordanien, die Stellvertreterkriege zwischen Saudi-Arabien, dem Iran und Israel oder der Terror in Ägypten wären ohne die Ereignisse im Irak schwer vorstellbar. Das zurückliegende Jahr 2018 könnte nun allerdings einen Wendepunkt für das Land und die Region markieren. Von den 15 Jahren, die zwischen diesen beiden Eckpunkten liegen, handelt das hier anzuzeigende Buch der deutschen Journalistin Birgit Svensson, die sich in dieser Zeitspanne trotz der zumeist prekären Sicherheitslage kontinuierlich im Irak aufgehalten hat.

Die Autorin setzt mit der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 ein, als die vollmundig mit „Iraqi Freedom“ bezeichnete Invasion zur Befreiung des Irak ohne UN-Mandat begann. Dass sich diese vermeintliche Freiheit rasch als eine (so auch im Buchtitel festgehaltene) „Mörderische Freiheit“ herausstellte, die „den Irak an den Abgrund treiben sollte“ (S. 21), entfaltet sie in insgesamt zehn Kapiteln, die ihre Attraktivität aus einer wohl-dosierten Mischung aus profunder Sachkenntnis und persönlichem Erleben gewinnen. Dass ihre Beurteilungen von Ereignissen und deren Einordnung in größere Zusammenhänge mitunter eine subjektive Note tragen, bleibt dabei allerdings nicht aus. Nicht all ihren Theorien und Vermutungen wird man sich anschließen wollen.

Vieles von dem, was Birgit Svensson in ihrem Buch schildert, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Verdienst-

voll ist es dennoch, dass sie manches wieder in Erinnerung bringt und kontextualisiert. So etwa die verurteilungswerte Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen im Zweiten Golfkrieg 1990/91, die nach ihrem Scheitern die bislang schwersten Wirtschaftssanktionen nach sich zog, die jemals gegen ein Land verhängt wurden. „Der Zorn auf Saddam Hussein, der seine Bevölkerung hungern ließ, während er trotz Embargo in seinem Palast in Bagdad ein angenehmes Leben führte, hat sich tief in mein Bewusstsein eingegraben“, schreibt sie auf einem abenteuerlichen Trip Anfang 2003 per Anhalter von Kuwait aus nach Basra im Süden des Irak. „Für einen Augenblick denke ich, dass Deutschland sich vielleicht doch an der Kriegsallianz hätte beteiligen sollen, um diesen Schurken loszuwerden. Doch der Kriegsgrund war ein anderer. Hätte er einen humanitären Hintergrund gehabt, hätten Deutschland und Frankreich sich nicht entziehen können.“ (S. 26) Der Kriegsgrund Nummer eins, auch daran wird erinnert, war das angebliche Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, die nie gefunden wurden.

Auf den folgenden 200 Seiten wird der Leser mit auf eine Reise genommen, die ihn vom Sturz des Diktators zunächst in die Zeit der amerikanischen Besatzung führt. Mit Recht wird hier der Skandal von Abu Ghraib als tiefe Zäsur benannt. „Das Töten im Zweistromland kennt danach keine Tabus mehr.“ (S. 46) Während vor der Veröffentlichung der Fotos folternder US-Soldaten die Anschläge zumeist militärischen Zielen galten und denjenigen, die mit den Besatzungsmächten zusammenarbeiteten, richtete sich der Terror danach gegen alle. Als die amerikanischen Truppen 2011 schließlich abgezogen waren,

sei das Land endgültig „im Sumpf des Terrors“ (S. 61) versunken. Was die Menschen in diesen und den weiteren Jahren, in denen die Terrororganisation IS ihren zunächst unaufhaltsam scheinenden Siegeszug antrat, durchlebt haben, wird von Birgit Svensson anhand zahlreicher Begegnungen und Gespräche erzählt. Dem Leiden der Zivilbevölkerung dieses „Vielvölkerstaats“ (S. 101) auf diese Weise ein menschliches Gesicht verliehen zu haben, ist das große Verdienst dieses Bandes. Das Schicksal der Jesiden im Sinjar-Gebirge, der Turkmenen von Kirkuk oder der Christen in der Niniveh-Ebene wird durch Zeugnisse wie das der 28-jährigen Jesidin Nareen Shammo, das des kleinen Turkmenen mit „ergrautem Schnauzbart“ (S. 116) Hassan Turan oder das von Pater Joseph aus einem Kloster in der Nähe von Dohuk plastisch und greifbar. „Zwei Drittel der irakischen Christen“, so etwa die erschütternde Bilanz des Letztgenannten, „sien in den letzten zehn Jahren entweder ermordet worden oder hätten das Land verlassen.“ (S. 108)

Trotz all dieser Geschichten endet Birgit Svenssons Reise durch die letzten 15 Jahre des Irak nicht völlig hoffnungslos. Der militärische Sieg über den IS im Dezember 2017 und die Parlamentswahlen im Mai 2018 markierten in ihrer Lesart für die Menschen im Irak den Beginn einer „neuen Zeitrechnung“ (S. 184). „Die Schrecken haben die Menschen nachdenklich werden lassen“, zitiert sie zustimmend den jungen Fernsehmoderator Abdul Karim, „viele gehen nun auf Distanz zu dem harten Konfessionalismus, der das Land zuletzt geprägt hat.“ (S. 199) Dies gelte insbesondere für die junge Generation, welche die Mehrheit der irakischen Gesellschaft prägte. In ihren Händen liege es nun, das Land in

eine hoffnungsvolle Zukunft zu führen. Man möchte es den Menschen, „die so viel erlitten und gekämpft haben, gedemütigt wurden, geschlagen und gefoltert, die aber immer wieder auferstanden sind, ihre Würde bewahrt haben und voller Hoffnung in die Zukunft blicken“ (S. 13), wünschen.

DR. PHILIPP W. HILDMANN  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Hanisch, Rudolf: *Silicon Valley Bayern*. Straubing: Attenkofer-sche Buch- u. Kunstdruckerei 2018, 448 Seiten, € 24, 80.

Mit dem Band „Silicon Valley Bayern“ hat Rudolf Hanisch ein Werk vorgelegt, das schon längst hätte geschrieben werden müssen. Hanisch, der in der ersten Hälfte der Amtszeit von Ministerpräsident Edmund Stoiber 1993 bis 1999 die bayerische Staatskanzlei leitete, war selbst Akteur und Umsetzer des Transformationsprozesses des Freistaates Bayern zum Hightech-Standort. Die Devise Stoibers damals lautete „Nicht besitzen, sondern gestalten“. Getreu dieser investierte man daher die Veräußerungserlöse aus staatlichen Beteiligungen gezielt in Universitäten, Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie Gründerzentren,

um für Bayern einen massiven Innovationschub auszulösen.

Rudolf Hanisch ist es mit diesem eindrucksvollen Werk nicht nur gelungen, die Erneuerungsphase Bayerns in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zu beschreiben, sondern er spannt auch den Bogen von den ersten Anfängen der Umwandlung Bayerns vom Agrarstaat zum Industrieland bis in die heutige Zeit. Mit seinem Werk schließt er so eine schmerzliche Lücke in der Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte des Freistaats.

Der Vorteil der Ausarbeitung liegt darin, dass der Autor Einblick in die Innenansicht bezüglich der Macht der bayerischen Staatskanzlei gewährt, die einem außenstehenden Wissenschaftler so nicht zugänglich gewesen wären. In der Rückschau wird deutlich, dass die Hightech-Offensive der bayerischen Staatsregierung nicht nur ein techniko-orientiertes Innovationsprojekt, sondern auch in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet war. Dies wird vor allen Dingen dort deutlich, wo Hanisch das Bemühen um einen gesellschaftlichen Konsens herausarbeitet. So habe man sich bewusst darauf verständigt, nicht nur einige wenige Leuchtturmprojekte zu unterstützen, sondern eine möglichst breite Förderung aller Regionen angestrebt. Konkretisiert wird dies durch einen vom Autor selbst formulierten Programmsatz: „Silicon Valley ist unser Vorbild. Aber wir wollen nicht ein oder mehrere Silicon Valleys in Bayern schaffen, vielmehr soll ganz Bayern ein Silicon Valley werden.“ (S. 92)

Für die bis zum damaligen Zeitpunkt doch sehr zentralistische Politik des Freistaates Bayern war der Regionalansatz, verbunden mit dem Subsidiaritätsprinzip, absolut neu und innovativ. Die Projekte sollten nicht „von oben nach un-

ten“ vorgegeben, sondern „von unten nach oben“ entwickelt werden. Methodisch wurde dieses Ziel dadurch erreicht, dass in den jeweiligen Regierungsbezirken unter Leitung der Regierungspräsidentin Runde Tische eingerichtet wurden, an denen nicht nur die Vertreter der Universitäten und Fachhochschulen, sondern auch der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, der Gewerkschaften sowie der Städte und Landkreise vertreten waren. Beispielsweise wurde in der Region Nürnberg-Fürth-Erlangen mit einem informellen Gremium namens Wirtschaftsforum ein kongenialer Partner für die bayerische Staatsregierung gebildet.

Wie kenntnisreich Rudolf Hanisch die Entwicklungen an den einzelnen Standorten nachzeichnet, zeigt exemplarisch das Beispiel des Medical Valley Erlangen. Der Autor analysiert dabei die herausragenden technologischen Rahmenbedingungen des Universitätsstandorts Erlangen in Kombination mit dem extrem starken Bereich der Siemens AG in der Medizintechnik, heute bekannt als Siemens-Healthineers, damals als Siemens-Unternehmensbereich Medizintechnik.

Detailliert beschreibt er, wie bereits 1994 begonnen wurde, Privatisierungserlöse in den Medizinstandort Erlangen zu investieren. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch das außerordentlich erfolgreiche Wirken des ehemaligen Präsidenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Professor Nikolaus Fiebiger, nach dem das Zentrum für Molekulare Medizin Erlangen benannt wurde. In der Amtszeit von Ministerpräsident Stoiber galt eine klare Devise: „Medizintechnik ist Erlangen und Erlangen ist Medizintechnik“. Die gemeinsamen Bemühungen

des Freistaates Bayern und der Stadt Erlangen wurden dann 1997 durch die Entscheidung der Siemens AG unter dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Heinrich von Pierer gekrönt, ihre größte Investition nach der Wende in den alten Bundesländern mit dem Bau einer Fabrik in Erlangen mit einem Volumen von 200 Millionen Euro, vorzunehmen.

Detailliert beschreibt Hanisch dann auch die Entstehung des Innovations- und Gründerzentrums für Medizintechnik und Pharma (IZMP), das heute Medical Valley Center heißt, und das segensreiche Wirken des ehemaligen Chefs des Unternehmensbereichs Medizintechnik von Siemens, Professor Reinhardt, sowie des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Siemens AG, Hermann Franz. Kenntnisreich zeichnet der Autor dann den Transformationsprozess des Medical Valley Erlangen zum Medical Valley in der Europäischen Metropolregion Nürnberg nach, der durch den Gewinn des Spitzenclusterwettbewerbs des BMBF alleine 40 Millionen Euro für die Region einbrachte.

Das Beispiel „Medical Valley“ steht paradigmatisch für viele weitere außerordentlich segensreiche technologische Transformationsprozesse an nahezu allen weiteren Universitäts- und Hochschulstandorten in Bayern und erklärt, wie der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahrzehnten sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich zur Nummer Eins der Bundesländer avancierte. Für alle Leser, die sich für die jüngere Wissenschafts- und Wirtschaftsgeschichte Bayerns interessieren, ist dieses Buch eine Pflichtlektüre.

**DR. SIEGFRIED BALLEIS,  
ERLANGEN**



**Jesse, Eckhard / Mannewitz, Tom (Hrsg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlag 2018, 672 Seiten, € 98,00.**

Die Extremismusforschung ist in Deutschland mittlerweile ein etablierter Teil politikwissenschaftlicher Analyse. Das neue, von Eckhard Jesse und seinem Schüler Tom Mannewitz herausgegebene Handbuch will einen Überblick über Umfang und Leistungen dieses Forschungszweiges geben, ohne die Kritik daran zu unterschlagen. Dies ist umso wichtiger, als sich zwar weniger die theoretischen Grundlagen als die praktischen Ausformungen und Manifestationen des Extremismus permanent ausweiten und verändern. Das Handbuch liefert hierfür einen sachkundigen Überblick, der nicht zuletzt davon profitiert, dass die Autoren ausgewiesene Fachleute sind, die meist seit langem auf ihren Feldern arbeiten und die Materie sehr gut beherrschen.

Nach einem einleitenden Kapitel der Herausgeber, in dem die konzeptionellen Grundlagen des Bandes erläutert werden, beschreibt Eckhard Jesse die Grundlagen des Extremismusbegriffs. Neben einem historischen Exkurs geht er auch auf die Kritik daran sowie die Desiderata der Extremismusforschung ein. Das Kapitel wird wie die anderen auch mit einer kurzen kommentierten Bibliographie beschlossen. Das dritte Kapitel von Birgit Enzmann beschreibt

den demokratischen Verfassungsstaat als Widerpart des Extremismus. Es folgt ein Abschnitt von Uwe Backes über extremistische Ideologien, in dem neben politischem auch religiöser Extremismus behandelt wird sowie kurz die allen Extremisten gemeinsamen Strukturen beschrieben werden.

Erfreulicherweise kommt nicht nur die Theorie, sondern auch die Empirie zu Wort. Ein eigenes Kapitel von Viola Neu und Sabine Pokorny gibt einen fundierten Überblick über die empirische Extremismusforschung – ebenfalls für alle Erscheinungsformen. Das folgende Kapitel von Lazaros Miliopoulos beschreibt die theoretischen Ansätze zur Erklärung der Ursachen für politischen Extremismus. Tom Mannewitz legt eine gut strukturierte Zusammenstellung über Erfolgs- und Misserfolgbedingungen extremistischer Parteien vor und berücksichtigt dabei rechts- wie links-extremistische Gruppierungen. In den beiden folgenden Kapiteln werden dann Rechts- wie Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland ausführlich behandelt. Armin Pfahl-Traugher und Jürgen P. Lang geben jeweils einen lesenswerten Überblick über die beiden Bereiche – auf der Höhe der Forschung mit Literaturhinweisen und zusätzlich Angaben über Literatur aus der Szene.

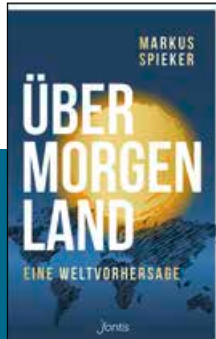
Auch dem Islamismus in Deutschland ist ein ebenso professionelles Kapitel von Thorsten Hasche gewidmet. Alexander Straßner gibt einen vergleichenden Überblick über Links- und Rechtsterrorismus in Deutschland und Tom Thieme nimmt denselben Ansatz für einen Vergleich von Extremismus in west- und osteuropäischen Demokratien. Rolf Frankenberger untersucht theoretische Ansätze, die den Zusammenhang von Systemtransformation und Extremis-

mus erklären. Die letzten Kapitel sind eher historisch-vergleichend angelegt. Jürgen W. Falter beschreibt den politischen Extremismus in der Weimarer Republik, wobei er nicht zuletzt seine eigenen wegweisenden Forschungsarbeiten über die Struktur der Mitglieder- und Wählerschaft der NSDAP einbaut, ohne konkurrierende Ansätze zu unterschlagen. Es folgen zwei kürzere Abschnitte von Bernd Jürgen Wendt über den Nationalsozialismus als Erscheinungsform des Rechtsextremismus an der Macht sowie spiegelbildlich von Stéphane Courtois über den Kommunismus. Ein ausführliches Literatur- und Personenverzeichnis folgt am Ende des Bandes, was heute auch bei seriösen wissenschaftlichen Publikationen keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Das Handbuch bietet (allerdings zu einem stattlichen Preis) einen hervorragenden Überblick über die bedeutenden Formen des politischen Extremismus in Deutschland und den Stand der Extremismusforschung. Für Studenten und Wissenschaftler, die sich auf diesem Feld betätigen, ist es uneingeschränkt zu empfehlen. Aber auch Praktiker und politische Bildner können den Band mit Gewinn verwenden. Andere Bereiche der Politik- und Sozialwissenschaft sollten ihn als Vorbild für vergleichbare Compendien nehmen.

**DR. GERHARD HIRSCHER,  
HANNSEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**

Spieker, Markus:  
Übermorgenland. Eine  
Weltvorhersage, Basel:  
Fontis Verlag 2019,  
320 Seiten, € 20,00.



Fernsehen – das ist es, was ein seriöser Korrespondent ermöglicht: Mitten im Alltag erweitert er meine unvermeidlich beschränkte Perspektive durch Bilder, Informationen, Kommentare und gibt mir dadurch Anregungen. Das kann vergewissern, irritieren, herausfordern. Für Markus Spieker ist es seit langem Beruf und Berufung, zuletzt vier Jahre lang im Auftrag der ARD aus Südasiens. In Buchform hat er nun reichlich Fernseh-Möglichkeiten vorgelegt, Gedankenanstöße, denen nachzugehen es sich lohnt.

Differenziert, vielseitig und oft zugespitzt umreißt der Journalist eine Außenperspektive auf Westeuropa und speziell Deutschland, die den Kopf schütteln lässt: über die Selbstbezogenheit, über aberwitzige Prioritätensetzungen und ein Verschlafen epochaler Entwicklungen anderswo. Asien ist darin von Aufstiegshunger und Gestaltungswillen geprägt, bei uns hingegen sind Bestandswahrung und Zurückhaltung oberste Ziele. Dank Wohlstand und technischer Entwicklung ließen sich Fachkräftemangel und Ehrgeizlücken zwar (noch) durch personelle Importe kompensieren, doch sei Unterbevölkerung ein ernstes Problem, ebenso

wie mangelnde Wertschätzung für menschliches Leben: „Während im überbevölkerten Indien ein Säuglingsretter wie Devendra Agrawal mit Ehrungen überhäuft wird, feiert man im nachwuchssarmen Deutschland die Abtreibungsärztin Kristina Hänel, die vom Gesetzgeber mehr Werbemöglichkeiten für ihre Tätigkeit einfordert, als ‚Rettlerin‘ – und zwar ausgerechnet im kirchensteuerfinanzierten evangelischen Magazin ‚Chrismon‘.“ (S. 104)

Auch in religiösen Fragen fällt der Vergleich frappierend aus. Spieker, der sich einmal mehr deutlich als Christ outet, beschreibt eine Vielzahl intensiver Begegnungen mit tief gläubigen Menschen in Asien. Hindus, Muslime, Buddhisten, Christen – allen gemeinsam ist die hohe Relevanz und Ernsthaftigkeit, die sich mit ihrer jeweiligen Glaubenspraxis verbinden. Selbst dort, wo keine expliziten Parallelen gezogen werden, hält dies einen provokanten Spiegel vor. Geradezu beschämend ist es dabei, wenn die Schicksale von verfolgten Christen wie Asia Bibi – gewiss das prominenteste seiner Beispiele – aufscheinen und den selbstkritischen Leser fragen lassen, wie leicht zuweilen eben diese Schicksale hierzulande relativiert, ignoriert oder ganz geleugnet werden, auch von Kirchenleuten, weil etwa die von „Open Doors“ genannten Zahlen oder der vom Hilfswerk verwendete Verfolgungsbegriff als „übertrieben“ eingestuft werden. Der Grund der Christenverfolgung liegt für Spieker unterdessen auf der Hand: „Ihr Glaube und ihr Zeugnis sind attraktiv, vor allem für Frauen, vor allem für soziale Randgruppen. Christen gefährden die Machtstrukturen, fordern die Religionsführer heraus, stören den Status quo.“ (S. 176) Spieker plädiert für christliches Selbst-

bewusstsein. Keine Einladung zur Selbstgefälligkeit, zum Herabsehen auf religiöse Mitbewerber wird ausgesprochen, wohl aber zu einem fröhlichen Wertschätzen des Eigenen, das den Vergleich mit Anderem nicht zu scheuen braucht. Im Gegenteil: Der christliche Glaube hat so vielen Menschen der Welt noch Etlliches zu bringen; neben ewiger Erlösung etwa diesseitige Rezepte gegen Unterdrückung von Randgruppen und Ausbeutung Abhängiger.

Seine eindrücklichen Schilderungen lassen zudem konkret werden, was für viele bislang eher abstrakt war, nicht zuletzt im Blick auf den medizinisch-technischen Fortschritt. Wenn die über 70-jährige Daljinder in Nordindien – ihr Mann ist noch rund zehn Jahre älter als sie – mithilfe künstlicher Befruchtung Mutter wird, dann werden existenzielle Fragen virulent. Was soll aus ihrem kleinen Armand werden, wenn sie beide nicht mehr für ihn sorgen können? Auch ihr Beispiel lässt Spieker von der dritten technischen Revolution sprechen, der bislang größten überhaupt: der digitalen (nach der landwirtschaftlichen und industriellen).

Und noch eine weitere Revolution ist bei ihm Thema: „Wenn man die sexuelle Revolution als großes soziales Experiment versteht, ist das Ergebnis nach fünfzig Jahren ziemlich eindeutig: Pornokonsum und Promiskuität machen unglücklich.“ (S. 222) Damit legt Spieker noch einen Finger in eine Wunde, deren klaffende Größe kaum jemand ernsthaft bezweifeln wird. Provokant schlägt er vor: „Ich finde, es ist höchste Zeit, dass wir die Folgen der sexuellen Revolution und der digitalen Entgrenzung überdenken. Wir müssen die Regeln im Internet und überhaupt im öffentlichen Raum den wirklichen

Bedürfnissen der Menschen anpassen, nicht zuletzt ihren Schutzbedürfnissen.“ (S. 224)

Im Blick auf die Zukunftsfähigkeit – individuell wie gesellschaftlich – betont der Historiker neben der Bereitschaft umzudenken insbesondere den immensen Wert von Beziehungen: „Gut dran sein werden in den kommenden Jahrzehnten diejenigen, die Sozialkapital angespart haben. Diejenigen, die über stabile und verlässliche Bindungen verfügen – zu Verwandten, Freunden, Nachbarn.“ (S. 260) Denn auch im Zeitalter sozialer Medien gelte: „Bewährt haben sich nach Jahrtausenden Zivilisationsgeschichte drei Solidareinheiten: die Familie, das Dorf, die Vor-Ort-Religionsgemeinschaft.“ (S. 260)

„Übermorgenland“ ist ein exzellentes Fernseh-Buch, das zum Nachdenken, Diskutieren und Positionieren einlädt. Möge es ins Gespräch führen.

DR. JONATHAN KÜHN  
PFARRER, HOLZKIRCHEN

Evans, Richard J.:  
Das europäische Jahrhundert.  
Ein Kontinent im Umbruch –  
1815-1914. München: DVA,  
2018, 1024 Seiten, € 48,00.



In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Studien zur Europäischen Geschichte entstanden. Insbesondere Heinrich August Winklers vierbändige „Geschichte des Westens“ sowie Jürgen Osterhammels oft zitierte Studie zum 19. Jahrhundert „Die Verwandlung der Welt“ seien hier genannt. Der britische Historiker Richard J. Evans, Dozent in Cambridge, legt mit „Das europäische Jahrhundert. Ein Kontinent im Umbruch – 1815-1914“ nun eine spannende Geschichte Europas mit einem etwas anderen Ansatz vor.

Der englische Titel, „The Pursuit of Power“, stellt bereits eine wesentliche Perspektive in den Mittelpunkt. Zwischen 1815 und 1914 ging es um Vorherrschaft, Machterhalt und Einfluss. Gleichzeitig bestimmen große gesellschaftliche Veränderungen diese ereignisreiche Periode. Der Autor schreibt, dass Anfang des 18. Jahrhunderts eine ganze Reihe von Kulturen und Staaten überall auf dem Globus in nahezu jeder Hinsicht, vom Lebensstandard bis hin zu kulturellen Errungenschaften, mit den europäischen Staaten gleichauf gewesen sei. Doch 1815 änderte sich dies – Europa hatte sich mittlerweile vom Rest der Welt abgesetzt. Diesen Vor-sprung konnte es bis in die Anfangsjah-

re des 20. Jahrhunderts hinein ausbauen. Diese Zwischenphase globaler Vorherrschaft Europas bildet für Evans eine Begründung dafür, die Jahre von 1815 bis 1914 als eigenständigen Abschnitt der europäischen Geschichte zu analysieren.

Auf zahlreichen Ebenen fand in dieser Zeit ein Wandel statt. Entwicklungen wie Europäischer Frühling, Soziale Revolution, Aufstieg der Demokratie, die ersten Auswirkungen von Imperialismus und Rassismus sind dabei die Kernthemen, die Europa im 19. Jahrhundert gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch radikal veränderten. Was in einer Dekade als modern empfunden wurde, galt in der nächsten als überholt. Solche gesellschaftlichen und politischen Veränderungen einem breiten Publikum zugänglich zu machen, ist Evans Anspruch. Er legt dabei einen Schwerpunkt auf die Einbeziehung der menschlichen Dimension. Er beginnt deshalb seine Kapitel jeweils mit der kurzen Lebensgeschichte einer Person. Hierfür wählt er folgerichtig vier Frauen und vier Männer aus verschiedenen europäischen Staaten aus. Zudem gliedert er das Buch in lediglich acht Kapitel. Diese Herangehensweise und sein Erzählstil tragen deutlich zur Lesbarkeit und Zugänglichkeit, auch für eine nicht akademische Zielgruppe, bei.

Im ersten Kapitel schildert Jakob Walter, ein württembergischer Veteran der Napoleonischen Kriege und Steinmetz, die Auswirkungen von Revolution und Krieg. Im zweiten Kapitel geht es, ausgehend von der Biographie eines russischen Leibeigenen, um die Neuformierung der Gesellschaft im Zuge von Agrarreformen und Wirtschaftsliberalismus. Im siebten Kapitel beginnt der Autor mit der Beschreibung, wie die Femi-

nistin Emmeline Pankhurst von einem Polizisten von den Toren des Buckingham Palace weggetragen wird, nachdem sie den Versuch unternommen hatte, König George V eine Petition zum Frauenwahlrecht zu überreichen. Mit solchen Schilderungen will Evans wiedergeben, wie die Menschen des 19. Jahrhunderts dachten und sprachen. Das gelingt außerordentlich gut.

Der Fokus auf frühere Umbrüche ist erhellend. Auch, um den Blick dafür zu schärfen, wie in früheren Epochen mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen umgegangen wurde und wie diese ganz individuell rezipiert wurden. Wenn der Autor die Umbrüche in Kultur, Politik und Technik zwischen 1815 und 1914 aufzeigt, wird einem klar, wie drastisch manche Transformationen für die damaligen Gesellschaften gewesen sein könnten. Möglicherweise ist es gerade diese Perspektive, die das Buch so lesenswert macht in einer Zeit, in der sich ein Staat zwar nicht aus Europa, mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch aus dem europäischen Staatenverbund verabschieden wird.

Die positiven Aspekte des Fortschritts wie die Emanzipation der Leibeigenen und religiöser Minderheiten oder die Anfänge des Feminismus mit der Forderung nach Gleichberechtigung waren ebenso prägend für das Jahrhundert wie die zahlreichen Konflikte. Das Streben nach Macht war nach Richard J. Evans vielen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren überall in Europa gemeinsam. Dies gilt für das imperiale Machtstreben von Staaten, Parteien und Revolutionären, aber auch gesellschaftliche Gruppen strebten nach Emanzipation und Gleichberechtigung.

Das Machtstreben machte auch vor weniger politischen Bereichen keinen

Halt, wie der Autor im Kapitel Fünf, „Die Eroberung der Natur“, nicht nur über Flüsse und Landwirtschaft, darstellt. Auch das Streben der Beherrschung des menschlichen Körpers und der Natur mittels der Psychologie oder durch die Entwicklung der Kriminalpolitik nahm seinen Anfang.

Wie jeder Historiker, der sich mit dem 19. Jahrhundert befasst, muss Evans sich auch der Frage annehmen, ob es einen deutschen Sonderweg gab. Dies streitet er ab und verweist darauf, dass die deutsche Geschichte Teil eines gesamteuropäischen Musters war. Ein „Sonderweg“ als solcher bestand schon eher für Britannien, das aufgrund seiner Seemacht, seiner lange dominierenden Rolle als „Werkstatt der Welt“ und dank beeindruckender Pionierleistungen auf vielen Lebensgebieten zur Zentralmacht des „Europäischen Jahrhunderts“ wurde. Aufbauend auf diesen Überlegungen verstehen die Leser vielleicht etwas besser, warum es diesem Land noch heute so schwerfällt, sich in Europa politisch und gesellschaftlich einzuordnen.

Abschließend ist festzuhalten, dass Evans keine Aneinanderreihung einzelner Nationalgeschichten vorlegt, wie es andere Geschichten Europas oftmals tun. Vielmehr argumentiert er konsequent europäisch und grenzüberschreitend und zeigt auf, dass es trotz aller Unterschiede zwischen Staaten, Regionen und Sprachen so etwas wie eine europäische Geschichte gibt. Diese ist durch grundlegende Gemeinsamkeiten wie wechselseitige Wahrnehmung und Beeinflussung, Kooperation, Konkurrenz und Konflikt geprägt. Teilweise bestimmen diese Gemeinsamkeiten, Verflechtungen wie auch Verwerfungen die europäische Politik bis zum heutigen Tage. Eine europäische Öffentlichkeit

wird von Richard J. Evans Betrachtungen ganz bestimmt profitieren. Vielleicht trägt diese Analyse sogar einen kleinen Teil zum Aufbau einer europäischen Identität bei.

ANDREAS HELLSTAB,  
BERLIN



Gehler, Michael / Steininger, Rolf: **17. Juni 1953: Der unterdrückte Volksaufstand. Seine Vor- und Nachgeschichte.** München: Olzog-Verlag 2018, 488 Seiten, € 29,95.

Der im November 2015 verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt hielt den 17. Juni 1953 für eine „tragische Entwicklung“. Denn dieses Datum verlief tragisch für die Ostdeutschen, die mit ihrem Protest ins Leere liefen. Viele Menschen verloren dabei ihr Leben.

Man kann von der These einiger Rezensenten, dass der Titel den Leser ein wenig in die Irre führen würde, zumal der Verlauf des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, der die ganze DDR erfasste, nicht im Dreh- und Angelpunkt der Darstellung steht, halten, was man will. Fakt ist, dass jedes historische Ereignis eine Vor- und eine Nachgeschichte hat und nicht nur an einem Tag X festgemacht werden kann. Sechseinhalb Jahrzehnte sind seit dem unterdrückten

Volksaufstand vergangen. Rolf Steininger und Michael Gehler, zwei ausgewiesene Zeithistoriker, haben diesen Tag näher durchleuchtet. Doch die nicht korrekt zum „Arbeiteraufstand“ klein geredete Auflehnung begann bereits vor dem 17. Juni. Es gab Protestbewegungen in Berlin, Bitterfeld und Halle. Die Sowjetunion wusste, dass der Westen den Osten Deutschlands nicht haben wollte. Die Sozialistische Einheitspartei, kurz SED, herrschte gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Steininger und Gehler legen mit diesem Werk ein kurzes Lehrbuch zum ersten Aufstand Ostdeutschlands vor. Bereits publizierte Aufsätze zur Vor- und Nachgeschichte des 17. Juni 1953 wurden aktualisiert und sachlich erweitert. Mehr noch: Sie dienen demzufolge auch als Ausgangsbasis für das vorliegende Buch. Gehler, der an der Universität Hildesheim lehrt, umreißt die Auflehnung als einen Fall von politischer „Besitzverwahrung in Ost und West“. Steininger, langjähriger Leiter des Innsbrucker Instituts für Zeitgeschichte, kommt dem gegenüber zu dem Schluss, dass das Datum, wie zuvor bereits angedeutet, der „Anfang vom langen Ende der DDR“ war.

Doch was war der Aufstand dann, der als ein Protest gegen keinesfalls berechnete, überhöhte Arbeitsnormen begann und als eine Aufbietung für ein vereintes, freiheitliches Deutschland endete? Diese Fragestellung ist im Hinblick auf den ersten Aufstand im Ostblock mehr als berechtigt. Man muss nicht alle geschichtlichen Hintergründe und Tatsachen kennen, um zu erkennen, dass der 17. Juni ein „Schlüsseldatum“ der europäischen Geschichte nach 1945 ist. Gehler betont das ausdrücklich. Aber es war ein Aufstand, der über

kurz oder lang fast schon das Ende der DDR mit sich führte. Der Umsturz von 1989 mit dem Fall der Berliner Mauer als Symbolbild des Eisernen Vorhangs weist augenscheinlich mehr als nur Parallelen auf. Nur gab es hier keine Toten zu beklagen.

Überdies legt der in Hildesheim lehrende und in Innsbruck ausgebildete Historiker Gehler den Fokus des Interesses in seiner Untersuchung auf die „Deutsche Frage“. Außenpolitische Bestrebungen und Aktivitäten der alliierten Siegermächte werden anschaulich dargestellt. Auch auf die Zwischenfrage, in welcher Beziehung die Stalin-Noten 1952 zum Abschluss eines Friedensabkommens mit Deutschland und den zur gleichen Zeit von der ostdeutschen SED-Führungsrige proklamierten Aufbau des DDR-Sozialismus zu setzen seien, wird geantwortet. Dabei werden der geschichtlich und politisch interessierte Leser an der Hand geführt und neben der Rezeption der Ereignisse rund um den 17. Juni aus der Sicht der Westmächte die Folgewirkung für die bundesdeutsche Integration gen Westen umrissen.

Zudem vertritt Gehler die Ansicht, dass das Misslingen des Aufstandes allen Gegnern eines Ausgleichs zwischen West und Ost zweckdienlich war. Mehr noch: Er half jenen, die an der Erhaltung ihrer Positionen und am Status quo festhielten. Namentlich kann Walter Ulbricht genannt werden, der im Falle einer gesamtdeutschen Verständigung wohl oder übel alles verloren hätte und bereits wenige Monate vor dem Aufstand von Moskau aufgrund seiner Staats- und Klassenkampfführung gerügt und kritisiert wurde.

Der westdeutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer kann auch als Profiteur angesehen werden. Denn seine

Schritte in Richtung Westeuropa konnte niemand mehr in Frage stellen. Bleibt noch die Ansicht Steiningers: In seinem Aufsatz „17. Juni 1953 – Der Anfang vom langen Ende der DDR“, in dem allgemein verständlich sowohl die Vorgeschichte als auch der Verlauf des Tages behandelt werden, kommen auch die westlichen Reaktionen nicht zu kurz. Außerdem beschreibt der Autor die Geschehnisse bis zum Zusammenbruch der DDR, die seines Erachtens nach ein „Irrweg der deutschen Geschichte“ war.

Abgerundet werden die historisch sehr ausführlichen Beiträge um unveröffentlichte Dokumente, eine sehr ausführliche Chronik und Zeitzeugenstimmen. Hans Modrow, Helmut Schmidt, Günter Schabowski und Egon Bahr sind nur einige von vielen, die dem Werk eine durchaus persönliche Note verleihen.

Die reich bebilderte Publikation fasst den spannenden, nachhaltigen und dennoch komplexen Forschungsgegenstand und die wissenschaftlichen Kontroversen rund um die Deutschlandpolitik Stalins gekonnt zusammen. Wer sich politisch und zeitgeschichtlich weiterbilden möchte, ist mit diesem Buch auf keinen Fall schlecht beraten. Die bereits angesprochenen Dokumente, 32 an der Zahl, helfen dem Leser, das Geschehene zu verstehen und das gesammelte Wissen zu vertiefen. Dazu dienen auch eine gute Chronologie der Geschehnisse rund um den 17. Juni 1953 und eine ausführliche Bibliografie.

ANDREAS RAFFEINER,  
BOZEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet [www.hss.de/publikationen/](http://www.hss.de/publikationen/) bestellt werden:



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
 Nr. 1/2019: Die „Gelbwesten“-Protestbewegung in Frankreich – Hintergründe und Schlussfolgerungen



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
 Nr. 2/2019: Fakten zur europäischen Strategie gegen Plastikmüll



**ARGUMENTATION KOMPAKT**  
 Nr. 3/2019: Religion und Rechtspopulismus



**AKTUELLE ANALYSEN**  
 69: Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze



**SONSTIGES**  
 Die 68er – konservativ. Reform statt Umsturz, hrsg. von Ursula Männle, Freiburg im Breisgau: Herder-Verlag, 2018, ISBN 978-3-451-38497-4 (über den Buchhandel erhältlich)

**VORSCHAU**

**POLITISCHE STUDIEN**

Nr. 485 „Digital ... aber sicher“ mit Beiträgen von Judith Gerlach, Thomas Goger, Thomas Janovsky, Thomas Petri und Maximilian Rückert

**Herausgeber:**

© 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München  
Lazarettstraße 33, 80636 München,  
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,  
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,  
Staatsministerin a. D.  
Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf  
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

**Redaktion:**

Barbara Fürbeth  
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)  
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)  
Susanne Berke (Redakteurin)  
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)  
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

**Graphik:** trurnit Publishers GmbH

**Druck:** Aumüller Druck Regensburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:  
vaso / Fotolia.com

